

rote blätter 11

Organ des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS - Herausgeber: Bundesvorstand des MSB Spartakus



In diesem Heft:

- 2. Bundeskongreß des MSB Spartakus
Berichte und Ergebnisse
- Kampf den Berufsverboten
- Hochschulpolitische Aufgaben im nächsten Semester
- Mitgliederversammlungen von vds und SVI
- Bericht aus der Demokratischen Republik Vietnam



STEFFEN LEHDORF:

Jeder einzelne ist aufgerufen

Der gemeinsame Beschuß von Bundeskanzler Willy Brandt und den Länder-Innenministern – sie nennen ihn Extremisten-Erlaß. Es hat nicht über ein Jahr seiner Anwendung bedurft, um allen Demokraten dieses Landes vor Augen zu führen, wer hier gemeint ist mit „Extremisten“: nicht NPD-Bundesvorstandsmitglied Professor Kosiek, nicht der rechtsradikale Historiker Rubin, nicht die Hunderte von Neonazi-Funktionären im öffentlichen Dienst, deren Namensliste die Demokratische Aktion unlängst veröffentlichte – gemeint ist der Wissenschaftler, der erkennt, daß man Marxismus nur in der dialektischen Einheit von Theorie und Praxis begreifen kann, der sozialdemokratische Lehrer, der für Reform des Deutschunterrichts eintritt, die parteilose Studentin, die ihre Kommilitonen mit der Vertretung ihrer Interessen trauten. Gemeint ist – wie oft haben wir es gesagt, wie oft hat es sich bewiesen – Jeder, der aktiv für Demokratie eintritt.

„Ein kluges Wort, und schon ist man Kommunist“ witzelt ein poppiges Poster. Allzu unrecht hat es nicht. Obwohl es natürlich tatsächlich in erster Linie die organisierten Marxisten sind, die vom Berufsverbot betroffen werden sollen: die Mitglieder der DKP, der SDAJ, des MSB SPARTAKUS – Verfassungsbruch.

Daß der Erlaß verfassungswidrig ist, inzwischen ist es selbst für den „Spiegel“ ein Allgemeinplatz: „Fraglos verstößt er gegen Leitsätze des Bundesverfassungsgerichts“. Das Magazin, das sich im Ruf eines publizistischen Gewissens sonnt, registriert und – geht zur Tagesordnung über.

Nicht so die 20 000 Bürger, die am 14. April in Dortmund ihre Forderungen nach „Freiheit im Beruf – Demokratie im Betrieb“ manifestierten und ihre Demonstration zur größten und breitesten Massenaktion gegen die Berufsverbote werden ließen. Aufgerufen hatten hunderte Betriebsräte, Gewerkschaftsfunktionäre, Jugend- und Studentenvertreter, Repräsentanten demokratischer Organisationen. Der Kreis zeigte: Der Ministerpräsidenten-Erlaß ist keine Sache der Schulen und Hochschulen allein, ist es nie gewesen. Und nicht umsonst fand diese Demonstration in Dortmund statt, dort, wo die Arbeiter von Hoesch durch solidarische Aktion, in direkter Konfrontation mit ihren Bossen, die Entlassung von acht Kollegen – aktive Sozialdemokraten und Kommunisten – verhinderten.

20 000 forderten: „Dieser Beschuß muß weg!“

Wörtlich den gleichen Satz hat Juso-Chef Wolfgang Roth (für F. J. Strauß selbst ein „Linksradikaler“) gesagt. Doch Wolfgang Roth war nicht in Dortmund. Er war in Hannover, frischgebackenes SPD-Parteivorstandsmitglied – er gab sich auf seinem Partitag mit einer Modifizierung des Berufsverbote-Erlasses zufrieden. Aber ein Verfassungsbruch läßt sich nicht verfeinern. „Dieser Beschuß muß weg!“

Ein schwedischer Reichstagsabgeordneter, Sozialdemokrat, staunte ungläublich, als man ihm berichtete, daß es in der BRD Berufsverbote gibt – wieder Berufsverbote gibt. Er will nicht glauben, daß in diesem Staat Zeitungen auf Leserbriefe und andere Meinungsäußerungen demokratischer Lehrer durchforstet und archiviert werden, daß es Fragebogen zur Gesinnungstreue gibt, daß es einen Schieß-Erlaß gibt, der nach dem Willen des baden-württembergischen Innenministers Schieß die Grundlage zur politischen Überprüfung jedes einzelnen Bediensteten des Öffentlichen Dienstes und jedes Bewerbers vorsieht – er will nicht glauben, daß es das alles wieder gibt.

Der 8. Mai ist der Tag der Befreiung vom Faschismus. Für die Autoren derartiger Erlasse ist dieses Datum der „Zusammenbruch“.

Da ist längst nicht alles zusammengebrochen von der alten Ordnung und sie bauen fleißig wieder auf. Sie höhlen das Grundgesetz aus, sie bauen demokratische Rechte ab. Wie weit sie damit kommen, liegt an jedem einzelnen von uns, liegt an der Bereitschaft, Solidarität zu beweisen, zu handeln. Nach dem Beispiel der Hoesch-Arbeiter, nach dem Beispiel der Aktionen, die die Verbeamtung von Ilse Jacob, Anne Lenhart, Rolf Geffken und anderen doch durchsetzten.

Am 12. Mai werden der schwedische Reichstagsabgeordnete und mit ihm Vertreter der demokratischen Öffentlichkeit des In- und Auslands nach Hamburg kommen, der Stadt mit dem SPD/FDP-Senat, der Vorreiter für die Berufsverbote war. Sie werden teilnehmen an der Konferenz „Funktion und Folgen der undemokratischen Berufsverbote“. Dieser Kongreß wird ein weiterer Anstoß sein, den Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte und für sozialen Fortschritt verstärkt weiterzuführen. Jeder einzelne ist aufgerufen.

- 2 Bericht vom 2. Bundeskongreß des MSB Spartakus
- 8 Solidaritätsmeeting mit 6000
- 9 Die Reaktion der bürgerlichen Presse

Hochschule

- 10 Die „Kongreß-Orientierung“
- 15 Schwerpunkt unserer hochschulpolitischen Arbeit im Sommersemester
- 17 Ergebnisse der vds-MV
- 18 SVI-MV geplatzt
- 19 Hochschule kurz
- 21 Berufsverbot verhindert: Der Fall Geffken

BRD

- 24 Massenaktionen gegen Berufsverbote
- 26 UZ wird Tageszeitung
- 27 Aus dem Kampf der Arbeiterjugend
- 29 Festival-News
- 30 BRD kurz
- 31 Polizei-Terror in Frankfurt

Internationales

- 32 Franz Hutzfeld berichtet aus Vietnam
- 37 „K“SV-Randalierer diskreditieren Vietnam-Solidarität
- 38 Befreiungskampf in den portugiesischen Kolonien
- 39 Weltfriedenskonferenz in Moskau
- 40 Festival-News
- 41 Internationales kurz

Theorie

- 42 Sozialdemokratie: Zur Diskussion um Langzeitprogramm und „Stamokap“
- 46 Marxistische Bildungsarbeit
- 49 Imperialistische Währungskrise betrifft auch Studenten

Kultur

- 52 Walser in DKP-Betriebszeitungen
- 54 Festival-News
- 55 Von der Heine-Universität zur Henkel-Uni
- 56 Einheit der Kulturation?
- 57 Kultur kurz
- 58 Leserbriefe

rote blätter

Herausgeber: Bundesvorstand des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS

Chefredakteur: Hartmut Schulze (verantwortlich)

Redaktion:

MSB SPARTAKUS

53 Bonn, Postfach

Druck: Plambeck & Co., Neumünster

Auflage: 18 000

Bitte beachten Sie die Beilagen der Deutschen Volkszeitung, des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen und des Röderberg-Verlags.



**2. Bundeskongreß
des MSB Spartakus,
Hamburg, 19.—22. Februar 1973**

• **Ein großer
Erfolg –
ein großer
Schritt voran
für die ganze
Studenten-
bewegung**





Fast alle Genossen der Hamburger Spartakus-Gruppen haben aktiv bei der organisatorischen Vorbereitung und Durchführung des Kongresses mitgeholfen. Nicht nur Schreibkräfte und Übersetzer arbeiteten — wie hier auf dem Foto — oft bis spät in die Nacht. Ihnen allen sei an dieser Stelle nochmals herzlicher Dank gesagt.



Oben: Die Lenin-Büste ist ein Geschenk der sowjetischen Genossen. Ihre Übergabe hat sich um zwei Tage verzögert: Bei der Zollkontrolle ist sie „aus Versehen“ zerbrochen. Ein Restaurator hat sie wieder zusammengefügt; sein Name soll nicht genannt werden — er hat Angst vor Berufsverbot.

Unten: Das Geschenk der FDJ-Delegation war eine komplette Songgruppen-Ausstattung. In einer Abstimmungs-Pause wurde sie gleich ausprobiert.



Wir können sagen, daß wir in den hinter uns liegenden Tagen gute Arbeit geleistet haben. Der Verlauf und die Ergebnisse unserer Diskussionen zeigen, daß wir keine satzungsmäßig fällige Pflichtübung absolviert haben, sondern unseren 2. Bundeskongreß bewußt zu einer entscheidenden Station für die Entwicklung unserer Verbandspolitik gemacht haben."

Das konnte der neu gewählte Vorsitzende des MSB Spartakus, Christoph Strawe, am Ende des 2. Bundeskongresses der Organisation der marxistischen Studenten in der Bundesrepublik feststellen. Vom 19. bis 22. Februar kamen in Hamburg, der Stadt Ernst Thälmanns, 369 Delegierte aus 66 ordentlichen Gruppen zusammen, um über die nächsten Aufgaben des Verbandes innerhalb der gesamten demokratischen Studentenbewegung sowie über die Probleme, die sich heute dem MSB Spartakus als einer marxistischen Massenorganisation, die seit ihrer Gründung im Mai 1971 ihre Mitgliederzahl auf 3000 verdreifachen konnte, stellen, zu diskutieren und Beschlüsse zu fassen.

Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Diskussion um das „Programm für das gemeinsame Handeln der Studenten“ unter dem Titel: „Für die eigenen Interessen kämpfen — mit der Arbeiterklasse verbünden“.

Nach wochenlanger intensiver Arbeit mit dem Programmentwurf und nach Verarbeitung hunderter Änderungsanträge und Verbesserungsvorschläge — nicht nur aus den Reihen der Mitglieder des MSB SPARTAKUS — wurde das Programm

Voranzeige

In Kürze erscheint das

Protokoll

2. Bundeskongreß
des MSB Spartakus

Inhalt:

Politischer Bericht des Bundesvorstands, die wichtigsten Referate und Diskussionsbeiträge, Berichte aus den Arbeitsgruppen, Anträge und Resolutionen, Grußworte und -schreiben, Pressespiegel

Bestellungen an:
facit, 53 Bonn,
Poppelsdorfer Allee 58 a



Der neue Bundesvorstand

Der Bundesvorstand wählte auf seiner ersten Sitzung das neue Sekretariat. Auf dem Foto — nach langen Sitzungen etwas abgeschafft: Karl-Heinz Heinemann, Klaus Görke (stellvertretender Vorsitzender), Steffen Lehndorff (stellv.), Christoph Strawé (Vorsitzender), Paul Schäfer (stellv.), Jürgen Büscher (stellvert.), Hartmut Schulze, Gunter Riechey, Klaus-Peter Zyweck, Andreas Mölich und Heiner Blasenbrei. Nicht auf dem Bild: Franz Hutzfeld und Michael Held.

Die weiteren Mitglieder des Bundesvorstands: H. Bolle, W. Breuer, O. Cernavin, P. Cipa, H. Dahldrup, P. Degkwitz, G. Dieckmann, Th. Ferber, M. Garthe, G. Grotz, R. Hauschild, B. Hesselmann, I. Janys, W. Klostermeier, J. Kort, B. Kosch, R. Krings, D. Krüger, W. Kümpel, B. Landefeld, R. Lüth, A. Macht, Michael Maercks (Foto links), der jetzt nach seiner erfolgreichen Arbeit als stellvertretender Vorsitzender seit der Gründung wieder ans Studieren geht, E. Mars, J. Meyer, Ch. Meyer, W. Müller, U. Müllerleile, B. v. Mutius, K. Naumann, M. Pfaab, Ch. Preiss, G. Riegel, Seifert, H. Siebold, D. Sommerfeld, U. Schofer, H. Schweer, J. Tautz, T. Voss, P. Wahl, F. Weigel, M. Weniger, G. Wenke, H. Wienert und M. Zimmermann. Kooptiert wurde der Genosse R. Pfeifer.

Mitglieder der Schiedskommission: die Genossen Nøy, Planer und Proft; Mitglieder der Revisionskommission: die Genossen Priester, Schwehla und Fornoni.

nach langer intensiver abschließender Diskussion am späten Abend des 21. Februar vom 2. Bundeskongress einstimmig verabschiedet.

Als zentrale Aussage dieses Kongresses soll dieses Programm den Studenten der Bundesrepublik Hilfe sein im Kampf gegen die reaktionäre Hochschulpolitik der Herrschenden, gegen Schmalspurausbildung, Studienreglementierung und antide-mokratische Lehrinhalte, für eine materiell abgesicherte Wissenschaft und Ausbildung im Dienste der arbeitenden Bevölkerung und des gesellschaftlichen Fortschritts. In diesem Sinne werden der MSB SPARTAKUS und das „Programm für das gemeinsame Handeln der Studenten“ entscheidend dazu beitragen, den studentischen Massenkampf, der in den letzten Monaten ein nie gekanntes Ausmaß erreichte, weiter zu vereinheitlichen, zu effektivieren und zu intensivieren.

Folgende weitere Anträge und Resolutionen wurden u.a. verabschiedet:

- Solidarität mit den palästinensischen Arbeitern und Studenten anlässlich des israelischen Terroraktes vom 21.2.73.
- Solidarität mit den griechischen Studenten im Kampf gegen den Faschismus.
- Solidarität mit den vom Berufsverbot betroffenen Studenten und Lehrern.
- Solidarität mit den am 15.2.1973 verurteilten Heidelberger Studenten.

- Anträge zur Vorbereitung der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin/DDR.
- Resolution zum Kampf der Völker Indochinas gegen den US-Imperialismus.

Satzungsgemäß wählte der 2. Bundeskongress des SPARTAKUS seine politischen Leitungsorgane neu. Nach ausführlicher Diskussion gaben die Delegierten ein einmütiges Votum für den 59köpfigen neuen Bundesvorstand und für die Schieds- sowie für die Revisionskommission ab. Auf seiner ersten Tagung wählte der Bundesvorstand anschließend einstimmig den Vorsitzenden und das Sekretariat. Alle seine Entscheidungen hat der Kongress nach ausführlichen und offenen Diskussionen getroffen. Dies und die gründliche Vorbereitung des Kongresses in den Gruppen unter Einbeziehung aller Mitglieder erklärt die Einmütigkeit, mit der in Hamburg politische Beschlüsse gefasst wurden.

Eine Atmosphäre der offenen, kritischen Diskussion herrschte auch in den Debatten der drei Arbeitskreise, die sich mit hochschulpolitischen Fragen, mit Fragen des ideologischen Kampfes an den Hochschulen und der internationalen Solidarität beschäftigten.

Internationale Solidarität — das war ein wichtiger Schwerpunkt der Kongress-Be-

ratungen, vor allem im Hinblick auf die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten. An erster Stelle steht hier die Verbundenheit mit den kämpfenden Völkern Indochinas. Auf einem Solidaritätsmeeting wurde bekanntgegeben: Innerhalb von vier Monaten haben Spartakisten runde 87 000 DM für das Ngyen Van Troi Kinderkrankenhaus gesammelt. Inzwischen hat der Bundesvorstand des MSB beschlossen, das Sammelziel bis zum Beginn des Festivals auf 100 000 DM zu erhöhen. Um seine Aufgaben der antiimperialistischen Solidarität in Zukunft noch effektiver wahrnehmen zu können, beschloß der MSB Spartakus auf dem Kongress einstimmig, einen Antrag auf Aufnahme in den Weltbund der Demokratischen Jugend zu stellen. So wurde auch der Vertreter des WBDJ, Ivo Vranja, dem die Behörden der Bundesrepublik zunächst die Einreise verweigerten, von den Delegierten begeistert begrüßt. Ivo Vranja, der Vertreter des Internationalen Studentenbunds und die zahlreichen Gäste von Bruderorganisationen aus dem sozialistischen und kapitalistischen Ausland dokumentierten durch ihre Anwesenheit eindringlich, welches internationale Ansehen die junge Organisation MSB Spartakus bereits genießt. Unter anderem richteten Genossen aus der Sowjetunion, aus der DDR, der CSSR, aus Bulgarien, Rumänien, aus Finnland, Dänemark, Spanien, Portu-



An einer Gedenktafel für die Ermordeten des Hamburger Zweiges der Weißen Rose legten die Delegierten rote Nelken und weiße Rosen nieder. Auf dem Foto: Czaba Kiss, ein Genosse aus Ungarn.

Ehrung für die Weiße Rose

Anlässlich des 30. Jahrestages der Ermordung der Geschwister Scholl und Christoph Probst nahmen die Delegierten des Bundeskongresses und die Gäste (unter ihnen auch der FDP-Bürgerschaftsabgeordnete Gerhard Weber) an einer Gedenkstunde für die Weiße Rose teil. Ursel Ertel von der VAN sagte in ihrem Beitrag: „... wir sehen heute auf dem Gebiet von Staat und Recht Erscheinungen und Entscheidungen, die sich nicht am Grundgesetz, sondern eher an den Verhältnissen vor dem 8. Mai 1945 orientieren, wie zum Beispiel die Wiedereinführung der Berufsverbote, die Verschleppung der Prozesse wegen NS-Massenmordes, die einer Amnestie auf kaltem Wege gleichkommt, der Fall des Widerstandskämpfers Fiete Schulze, dessen 1935 von der NS-Justiz verkündetes und vollstrecktes Todesurteil 1972 durch ein bundesdeutsches Gericht für rechtens erklärt wurde ...“ Christoph Strawé forderte auf: „Lernen aus der Geschichte! Das ist für uns keine Phrase, sondern Aufforderung zum gemeinsamen Handeln ... Mit den Worten der Geschwister Scholl, zum Kampf gegen den „imperialistischen Machtgedanken“, Kampf für eine Gesellschaftsordnung, in der „jedes Volk, jeder einzelne sein Recht auf die Güter der Welt“ verwirklichen kann.“

gal und Griechenland herzliche Worte der Solidarität und Freundschaft an die Delegierten.

Die 2. Bundesvorstandstagung konnte dann feststellen:

„Alle auf dem Kongreß anwesenden ausländischen Gäste waren überzeugt davon, daß hier die richtigen Aufgaben für den Verband und für die gesamte Studentenbewegung formuliert wurden. Die offene und kritische Diskussion der eigenen Praxis, der Versuch, die in zwei Jahren Kampf gewonnenen Erfahrungen gültig zu verallgemeinern und die Praxis des Hochschulkampfes ständig weiterzuentwickeln, wurde von unseren Bruderorganisationen mit Zustimmung aufgenommen. Das fand seinen Niederschlag auch in den Berichten der Presse der sozialistischen Länder über unseren Kongreß.“

Ausführliche Artikel veröffentlichten zum Beispiel die FDJ-Zeitschriften „Junge Welt“ und „Forum“. Auch das „Neue Deutschland“, die „Komsomolskaja Pravda“ und sozialistische Fernsehanstalten berichteten vom Kongreß.

Besonders herzlich begrüßten die Delegierten unter den Inländischen Gästen die Vertreter der Deutschen Kommunistischen Partei, Gerd Deumlich, Mitglied des Präsidiums, und der SDAJ, den Vorsitzenden Rolf-Jürgen Priemer. Der DKP-Vorsitzende Kurt Bachmann schrieb an die Delegierten:

„Die bürgerliche Presse rätselt oft über das „Geheimnis“ der Erfolge des MSB. Nun, es gibt hier gar kein Geheimnis, keine Tricks und Patentrezepte: Der Marxismus ist Anleitung zum Handeln, und im MSB sehen wir ihn in Aktion.“

Daher röhrt die Fähigkeit, konsequenter Kampf um studentische Interessen mit klaren Perspektiven zu verbinden. Und daher röhrt das Kampfziel: Studenten gehören an die Seite der Arbeiterklasse!

Diese Zielsetzung nützt nicht nur der Studentenschaft, weil sie so an die Seite der zukunftsbestimmenden geschichtlichen Kraft tritt, diese Zielstellung nützt auch der Arbeiterklasse, denn im Kampf gegen die Monopole sind Wissenschaft und Hochschule ein wichtiges Feld, auf dem jeder Verbündete zählt. Der MSB leistet so einen wichtigen Beitrag zur Entfaltung des Kampfes um eine antimonopolistische Demokratie und den Sozialismus ...“

Aus einem weiteren Grußschreiben, aus einem sechsseitigen handschriftlichen Brief von Professor Wolfgang Abendroth, soll hier ein kurzer Auszug zitiert werden:

„Die Gegenoffensive der Hochschul-Reaktion kann nur durch ein Bündnis der Studenten mit der Arbeiterbewegung abgewiesen werden. Ein Erfolg der Studentenbewegung – demokratische (und also nicht technokratische) Rationalisierung der Hochschulen und des Studiums, Beseitigung des Numerus clausus und Wahrnehmung der materiellen und beruflichen Interessen der Studierenden, gleichberechtigte Einbeziehung des Marxismus in Lehrkörper und Studium – läge im Interesse der vom

„BuF“ so viel beschworenen „Objektivierung der Wissenschaft“, weil er helfen würde, die antikommunistischen, lediglich den sozialen Status quo der gegenwärtigen Klassengesellschaft schützenden Vorteile in der Wissenschaft zu unterbinden. Er läge auch im Interesse der Arbeiterklasse und des sozialen Fortschritts, weil er hilfe, der Arbeiterbewegung neue Kräfte zuzuführen und ihre theoretischen und strategischen Konzeptionen zu verbessern. Es ist das Verdienst des MSB SPARTAKUS, dies Grundproblem verstanden zu haben und zu versuchen, gemeinsam mit anderen studentischen Gruppen, die sich diesen Einsichten annähern, die Masse der Studenten durch seine Propaganda und seine Aktionen zum Verständnis dieser Lage zu führen und sie zur Kooperation mit der organisierten Arbeiterbewegung, der gewerkschaftlichen wie der politischen anzuhalten.“

Besondere Aufmerksamkeit widmeten die Delegierten auch dem ausführlichen Beitrag des SHB-Vorsitzenden Hans-Bernhard Nordhoff, der deutlich machte, daß auch für den Sozialdemokratischen Hochschulgremium die Frage des Bündnisses mit dem MSB eine prinzipielle ist und nicht etwa eine von wahlaktischen Überlegungen bestimmte. Die Hamburger Jungsozialisten übermittelten dem Kongreß einen Beschuß ihres Landesarbeitsausschusses, in dem die Hoffnung ausgedrückt wird, daß von ihm aus „der Kampf von Studenten, Wissenschaftlern und allen anderen Hochschulangehörigen für Ausbau und demokratische Reform des Bildungswesens in der Bundesrepublik weitere Impulse erhält“.

Die zahlreiche Teilnahme von Vertretern demokratischer Organisationen und Verbänden wie vds, BAK, Bund Demokratischer Wissenschaftler, VAN, Arbeitskreis Festival, DFU und vieler anderer wurde zum Beweis für die konsequente Arbeit des MSB bei der Herstellung des Bündnisses aller Hochschulangehörigen im Kampf gegen die Formierung.

„Auf der Grundlage des Programms für das gemeinsame Handeln der Studenten“, so die 2. Bundesvorstandstagung, „werden wir im nächsten Semester daran gehen, dem Kampf der Studenten gegen Ländergesetze und Hochschulrahmenge setz, materiellen Bildungsnotstand, Kurz studium und reaktionäre Prüfungsordnungen, Berufsverbote und politische Disziplinierung neue Impulse zu geben, die Masse der Studenten in den Kampf für demokratische Alternativen einbeziehen. Daneben steht die aktive Vorbereitung der Weltfestspiele, Verstärkung der anti imperialistischen Solidarität.“

**Für die Interessen der Studenten!
Für das Bündnis mit der Arbeiterklasse!
Für die Solidarität im anti-imperialistischen Kampf!
Macht den Spartakus stark!**

125 Jahre Kommunistisches Manifest

SDAJ und MSB Spartakus



Besiegelte Freundschaft mit Komsomol und FDJ

Während einer gemeinsamen Veranstaltung von Spartakus und SDAJ „125 Jahre Kommunistisches Manifest“ am 22. Februar unterzeichnete Christoph Strawe für den MSB Spartakus mit Boris Namestnikow, Vizepräsident des Studentenrates der UdSSR und Leiter der Jugendabteilung des Zentralkomitees des Komsomol, und mit Hans Jagenow, Sekretär des Zentralrats der FDJ, Abkommen zur weiteren Vertiefung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen dem Spartakus und seinen Bruderorganisationen in der Sowjetunion und der DDR.

In beiden Protokollen werden ein regelmäßiger Informationsaustausch und gegenseitige Einladungen von Delegationen vereinbart. Die Unterzeichner beider Abkommen begrüßen die abgeschlossenen Verträge der UdSSR und der VR Polen mit der BRD sowie den Grundlagenvertrag zwischen der DDR und der BRD, bekunden ihren Willen, sich mit aller Kraft für das Stattfinden einer europäischen Sicherheitskonferenz einzusetzen, bekräftigen ihre Solidarität mit der für Demokratie und Sozialismus kämpfenden Jugend der ganzen Welt und vor allem mit dem kämpfenden Volk von Vietnam. In beiden Vereinbarungen werden die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in diesem Jahr in Berlin/DDR besonders gewürdigt.



6000 Gäste beim Meeting

So etwas hat es in der Bundesrepublik noch nicht gegeben, und kaum einer hatte erwartet, daß 6000 kommen würden. 6000 Teilnehmer beim großen Solidaritäts-Meeting des MSB Spartakus zum Abschluß seines 2. Bundeskongresses in Hamburg: Arbeiter, LehrerInge und Studenten, Mitglieder und Freunde des MSB Spartakus aus der ganzen Bundesrepublik haben sich am 24. Februar in Hamburgs zweitgrößtem Saal, der Halle 8 von Planten un Blomen, getroffen, um ihre Zugehörigkeit zur weltweiten antiimperialistischen Bewegung der Jugend zu dokumentieren.

Die Großkundgebung wurde zu einem Höhepunkt der Festivalvorbereitungen der bundesdeutschen Jugend. Alle Redner kamen darauf zu sprechen: Ivo Vranja, der Vertreter des Weltbundes der demokratischen Jugend, dem die Behörden der Bundesrepublik zunächst die Einreise verweigern wollten, bis die Intervention zahlreicher Jugendverbände schließlich das Visum erzwang, berichtete von den Aktivitäten der Jugendlichen in allen Ländern, die sich auf Ihre Fahrt nach Berlin vorbereiten; Horst Dietzel vom Zentralrat der FDJ übermittelte die Grüße von den Gastgebern der X. Weltfestspiele. „Frieden, Freundschaft, Solidarität – dafür kämpft die Jugend der Welt“, sang die FDJ-Singegruppe aus Karl-Marx-Stadt, und der ganze Saal sang mit. Begeisterung für Boris Namestnikow, den stellvertretenden Vorsitzenden des Studentenrats der UdSSR und Leiter der Abteilung Studentenjugend beim ZK des Komsomol: „Drushba, drushba!“ Nach Boris Namestnikow spielte das Lutschina-Ensemble, international bekannte Folklore-Gruppe aus der Sowjetunion.

Christoph Strawé ordnete in seinen Beitrag die Solidaritätsaktionen des MSB Spartakus und der demokratischen Jugend in der Bundesrepublik in die antiimperialistische Bewegung der Welt ein: Solidarität mit den nationalen Befreiungsbewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika; Solidarität mit der Jugend und allen Demokraten der kapitalistischen Welt, die gegen Faschismus und Reaktion und für demokratischen Fortschritt kämpfen. Vor allem aber: Solidarität mit den Völkern Indochinas, die zwar dem Imperialismus eine der größten Niederlagen seit der Zerschlagung des Hitlerfaschismus beigebracht haben, die den dauerhaften Frieden aber noch erkämpfen müssen. Mit den Worten der Singegruppe Karl-Marx-Stadt: „Die Kraterlandschaft, die ein Vietnamesen Heimat nennt, / die erste ruhige Nacht, die er seit vielen Jahren kennt, / die brauchen unsere Kraft und unsere Solidarität, / weil der Kampf ja weitergeht. / Die Solidarität geht weiter, mit dem Volk von Vietnam.“

Während der Veranstaltung erhält der MSB Spartakus ein Telegramm des Südvietnamesischen Studentenverbandes, in dem es heißt: „... Unser aufrichtiger Dank gilt Ihnen, den fortschrittlichen Jugendlichen und Menschen in der BRD, für die aktiven, vielfältigen Solidaritätsaktionen mit dem Volk Vietnams, die wir als einen wertvollen Beitrag zum großen Sieg der Bevölkerung und Studenten Südvietnams in ihrem Kampf gegen die US-Aggression zur nationalen Rettung betrachten.“

Auch Gerd Deumlich, Mitglied des Präsidiums der DKP, konnte in seinem Bei-

trag herzliche Kampfesgrüße aus Vietnam überbringen, telegraphisch übermittelt von Mitgliedern einer DKP-Delegation, die sich gegenwärtig auf Einladung der Partei der Werktätigen Vietnams in der DRV aufhält. Ein Mitglied dieser Delegation ist Franz Hutzfeld, neugewähltes Sekretariatsmitglied des MSB Spartakus.

Das Kulturprogramm dieses Nachmittags riß alle von den Stühlen. Viele waren vielleicht nur gekommen, um die "Stars" der Veranstaltung, Dieter Süverkrüp und Floh de Cologne, zu hören; aber auch die anderen Internationalen Gruppen rissen schließlich alle mit. Sie gaben ein eindrucksvolles Bild von der Breite demokratischen Kulturschaffens: Die Bonner Songgruppe mit alten und neuen Kampfliedern, die italienische Spitzengruppe II Contemporaneo, die an der Seite der KPI gegen den Neo-



Dieter Süverkrüp kam trotz Arbeitsüberlastung (er schreibt gerade an einer Kinderoper)

faschismus kämpft, Dieter Süverkrüp, der extra für dieses Meeting seine intensive Arbeit an einer neuen Kinderoper unterbrochen hatte. Die Lokomotive Kreuzberg, die Westberliner Band, die mit hartem Rock für die Aktionsgemeinschaft agitiert, die schon erwähnten Gruppen aus der DDR und der UdSSR, Christiane und Frederick mit "progressiven Kinderliedern", die finnische Songgruppe von SOL, der Bruderorganisation des MSB Spartakus, die im Nu alle ihre mitgebrachten Platten verkauften konnte, und natürlich der Floh aus Köln, der zum Abschluß mit Ausschnitten aus seiner "Rock-Jazz-Rakete Lucky Streik" den Saal zum Kochen und mit dem Löwenthal-Song – "Die Milch wird sauer, das Bier wird schal, im Fernsehen spricht der Löwenthal" – sogar zum Mitschunkeln brachte.



Pressekonferenz nach dem Kongreß

Von roten Blumen und Eichhörnchen

Stärker als beim Gründungskongreß war das Presseecho auf den 2. Bundeskongreß des MSB Spartakus. Rund 80 Journalisten aus der BRD – vom ZDF-Magazin bis zu Spontan, von der UZ bis zu elan –, aus dem kapitalistischen Ausland – z. B. der holländische Rundfunk oder die Zeitung der dänischen KP – und aus dem sozialistischen Ausland – von der Komsomolskaja Pravda bis zur Jungen Welt – waren anwesend. Hier ein kurzer Überblick über die Reaktion der Presse der Reaktion – als Vorgesmack auf den ausführlichen Pressespiegel im Protokoll-Buch.

... sein Aktionsprogramm unter dem Titel „Für die eigenen Interessen kämpfen, mit der A... – mit der Arbeiterklasse verbünden...“

Ja, mit der Berichterstattung über den Kongreß hatten es die Kollegen von der bürgerlichen Presse nicht leicht. Der oben zitierte Nachrichtensprecher vom Norddeutschen Rundfunk, für den die Arbeiterklasse der Stein des Anstoßes war, lieferte hierfür noch das niedlichste Beispiel.

Erst wollten sie den Kongreß ja ganz totschweigen, jedenfalls offensichtlich die Kollegen von der sogenannten liberalen Presse. Aber dann preschten am ersten Kongreßtag die „Welt“ und das „Handelsblatt“ mit groß aufgemachten, vom Standpunkt der Herrschenden sauberen Einschätzungen des MSB Spartakus vor. Die Kampfblätter der Monopole reagierten, wie man es von ihnen erwartet: Beschimpfung und Diffamierung der demokratischen Studentenbewegung, streckenweise grenzenloses Unverständnis aber auch Eingeständnis der Stärke des MSB Spartakus. Zum Beispiel RCDS-Boss Langguth. Er,

das Parteivorstandsmitglied der CDU, behauptete im „Deutschland-Union-Dienst“, die jüngsten SP-Wahlen hätten bewiesen, daß „der zunehmend aktiver werdende MSB Spartakus“ über „ungeheure Geldsummen verfügt, die sich nur aus einer Finanzierung von Seiten der DKP oder der DDR erklären lassen“. Das sind also die einzigen Argumente der Reaktion. Bis heute hat der RCDS auf das Spartakus-Angebot einer gegenseitigen Einsichtnahme der Bilanzen nicht reagiert.

Gift und Galle spuckten Michael H. Spreng und sein Komplize Kimmich – berücksichtigt wegen Kumpel mit Neonazis als Hamburger RCDS-Chef – in der Welt; ein besonderer Dorn im Auge ist ihnen die konsequente Bündnispolitik des Spartakus – verständlich. „MSB Spartakus treibt Beschäftigungstherapie mangels politischer Kontroversen“ lautete eine Welt-Schlagzeile. Nun ja, diese Therapie wird die Springer-Journalie und Co noch genügend beschäftigen.

Eine andere Taktik schlug die Presse ein, die sich selbst liberal nennt. Hier waren

Fortsetzung auf Seite 20

HOCHSCHULE

Vom bloßen antiautoritär-demokratischen Protest zu einer konsequent antimonopolistischen Bewegung

Eine Standortbestimmung des Kampfes der Studenten und die Aufgaben, die der 2. Bundeskongreß des MSB Spartakus formulierte

„Die entscheidende Aufgabe dieses Kongresses war es, den Kampf für die Ziele unserer Grundsatzserklärung in eine neue Etappe einzuleiten und die Frage zu beantworten, wie es uns gelingen kann, die Masse der Studenten in den demokratischen Kampf einzubeziehen, mehr Studenten als Mitglieder und Anhänger für den MSB zu gewinnen, noch besser zu lernen, dem Kampf der Studenten, der in diesen Monaten überall in der Bundesrepublik einen nie gekannten Aufschwung nimmt, Richtung und Ziel zu geben.“

(Schlußwort des Kongresses).

Der folgende Beitrag soll diese Aufgaben konkretisieren:

Um das, was auf dem 2. Bundeskongreß des MSB SPARTAKUS diskutiert und beschlossen wurde, in seiner Bedeutung richtig einschätzen zu können, ist es notwendig, den Entwicklungsstand der Studentenbewegung zu reflektieren und zu bestimmen, welche Phase der Entwicklung der SPARTAKUS selbst erreicht hat.

Die positive Entwicklung des MSB SPARTAKUS ist vor allem darauf zurückzuführen, daß von dieser Organisation Antwort auf Fragen gegeben werden konnte, die sich für die Studentenbewegung nach dem Scheitern einer politischen Konzeption stellten, die den Studenten eine Rolle zugewiesen hatte, die sie gewaltig überfordern mußte, nämlich den Kampf aller Ausgebeuteten und Unterdrückten auszuführen. Dazu kam, daß der Studentenbewegung zu dieser Zeit eine politische Theorie fehlte, mit deren Hilfe eine Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse möglich gewesen wäre, die die Ausarbeitung einer Strategie zur Überwindung

des kapitalistischen Systems ermöglicht hätte.

Die Klärung der historischen Rolle der Arbeiterklasse, die Überwindung aller Ideologien, die die revolutionäre Kraft der Arbeiterklasse leugneten und die Erarbeitung der Strategie des antimonopolistischen Kampfes waren notwendig, um die Antwort auf folgende Fragen geben zu können: Welchen Beitrag können Studenten im Kampf gegen das kapitalistische System leisten? Was sind die gegenwärtigen Aufgaben sozialistischer Studenten? Können sie mehr tun, als das kapitalistische System zu entlarven und den Sozialismus zu propagieren?

„Mit SPARTAKUS, im SPARTAKUS, Kampf der Studenten an der Seite der Arbeiterklasse, für eine demokratische Hochschule, für Frieden, Demokratie und Sozialismus“. — In dieser Lösung des 1. Bundeskongresses spiegelten sich die allgemeinen Aufgaben eines marxistischen Studentenbundes wider. Wir sammelten

wichtige Erfahrungen bei der Entwicklung von Forderungen, bei der Organisierung von Aktionen, die dem Kampf der Studenten für die Durchsetzung ihrer sozialen und politischen Interessen deshalb eine wirkliche Perspektive gaben, weil es antimonopolistische Forderungen waren und weil diese Aktionen die Erkenntnis förderten, daß ohne einen entschlossenen Kampf gegen die Macht der Monopole keinerlei Verbesserung der Lage zu erreichen ist.

Diese Strategie des antimonopolistischen Kampfes erlaubte es uns also, Studenten über den Kampf um unmittelbare Interessen an die Erkenntnis über die Notwendigkeit grundlegender antimonopolistischer Umgestaltung heranzuführen; auf diese Weise konnten wir Studenten von der Notwendigkeit der Bredung der Monopolmacht und der Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung überzeugen. Die eigenen Kampferfahrungen und unsere politisch-ideologische Arbeit führen dazu, daß heute eine große Zahl von Studenten mit uns, mit den Marxisten davon überzeugt ist, daß Demokratie für die Massen und Herrschaft des Monopolkapitals unvereinbar sind. Das heißt nicht, daß diese Studenten alle überzeugte Sozialisten sind, aber der erste Schritt dahin ist getan, denn der grundlegende Widerspruch zwischen dem die Demokratie negierenden Imperialismus und den nach mehr demokratischen Rechten und

Freiheit strebenden Massen ist für sie nachvollziehbar geworden.

Es gelang dem SPARTAKUS in den ersten zwei Jahren seines Bestehens, mehr als 3000 Studenten für den Marxismus, für die Organisierung im MSB zu gewinnen, und die ideologische Festigung des SPARTAKUS in der Auseinandersetzung mit dem rechten und linken Opportunismus herzustellen.

Die Voraussetzungen dafür, daß auf dem 2. Bundeskongreß festgestellt werden konnte: die Aufgabe, auf die wir uns jetzt konzentrieren müssen, heißt, die Mehrheit der Studenten für den demokratischen Kampf zu gewinnen, den SPARTAKUS stärker unter den studentischen Massen zu verankern, die Massenarbeit des Verbandes umfassender zu entwickeln, wurden im Kampf selbst geschaffen. Wenn eine marxistische Organisation sich auf die Massenarbeit konzentrieren kann, dann ist das ein Ausdruck der Tatsache, daß diese Organisation eine höhere Stufe ihrer Entwicklung erreicht hat.

Während der 1. Bundeskongreß gezeigt hatte, daß sich der SPARTAKUS eine Strategie des Hochschulkampfes erarbeitet hatte, demonstrierte der 2. Bundeskongreß, daß der SPARTAKUS in der Lage ist, auf der Grundlage dieser Strategie den „Kampf der Studenten an der Seite der Arbeiterklasse“ praktisch herzustellen, d. h. nicht nur die Avantgarde, sondern die Massen selbst zu politischem Handeln zu veranlassen. Nur durch die Einbeziehung der Massen in den demokratischen Kampf können die objektiven Voraussetzungen für die Verwirklichung der Ziele der Grundsatzklärung geschaffen werden; die Theorie wird eben erst dann zur materiellen Gewalt, wenn sie die Massen ergreift. Eine Veränderung der Macht- und Herrschaftsverhältnisse in der BRD kann nur von den Massen selbst durchgesetzt werden.

Die Massenaktionen des letzten Semesters sind sowohl Ergebnis des verschärften Angriffs des Monopolkapitals und seines Staates auf die sozialen und politischen und die Ausbildungsinteressen der Studenten, als auch das Resultat einer wachsenden Erkenntnis unter den Studenten, daß die Misere an den Hochschulen gesellschaftliche Ursachen hat, etwas zu tun hat mit den Besitz- und Machtverhältnissen in der BRD.

Damit mußte der Versuch scheitern, die Studenten an die Kette einer sozialdemokratischen Reformpolitik zu legen, ihnen weiszumachen, die Unterstützung der Sozialdemokratie, z. B. im Wahlkampf sei ausreichend, um eine positive Veränderung ihrer eigenen Lage zu erreichen.

An diesen Versuchen hatte es nicht gefehlt. Im Wahlkampf von SPD und FDP waren alle Weichen auf „Integration“ gestellt. Auch die Jungsozialisten waren dabei. Unter der Überschrift „Rettet die Bildungsreform Klaus von Dohnanyis“ warben sie in ihrer Wahlkampfzeitung für Willy Brandt und die SPD. Doch die Euphorie eines Walter Scheel, der der Studentenbewegung schon den Toten-

schein ausgeschrieben hatte, verflog sehr schnell. Die Studentenbewegung erwies sich jetzt als ein stabileres politisches Element als noch in ihrer antiautoritären Phase. Die ideologisch-politische Reife der Studentenbewegung war gewachsen, und zwar deshalb gewachsen, weil diese Bewegung sich stärker von einer radikal-demokratischen zu einer antimonopolistischen Bewegung entwickelt hatte: Größere Teile der Studenten verstehen heute ihren Kampf um Demokratie in Wissenschaft und Ausbildung als Kampf gegen die ökonomische und politische Macht des Großkapitals.

So wie vorläufig der sozialdemokratische Versuch der Integration gescheitert ist, so erwiesen sich ebenfalls alle Anstrengungen der äußersten Reaktion als vergeblich, unter den Studenten verloren gegangenes Terrain zurückzuerobern. Das manifestierte sich am deutlichsten in der im Sande stehengebliebenen großangelegten antikommunistischen Offensive des RCDS.

Inzwischen sind zwei Tendenzen für das Herangehen der herrschenden Klasse an ihr Problem „Studentenbewegung“ kennzeichnend: 1. Es soll auf jeden Fall verhindert werden, daß Arbeiter und Studenten gemeinsam vorgehen. Die reale Gefahr eines antimonopolistischen Bündnisses von Arbeiterklasse und Intelligenz beschäftigt die Gazetten der Unternehmerverbände immer stärker.

2. Es soll auf jeden Fall dafür gesorgt werden, daß der dringend benötigte Nachwuchs an beliebig verwendbaren und gegen die Arbeiterklasse einsetzbaren intellektuellen Handlangern gesichert wird. Die Verschärfung des Konkurrenzdrucks, das Rechnen auf die Angst um den Arbeitsplatz gehören dabei zum Kalkül. Schon aus dieser kurzen und deshalb notwendigerweise unvollständigen Einschätzung ergeben sich eine ganze Reihe wichtiger Schlüssefolgerungen.

1. Eine Verschärfung der Lage an den Hochschulen, eine gestiegene Kampfbereitschaft der Studenten erfordert vom

rote blätter

SPARTAKUS-Politik aus erster Hand

Information Dokumentation Argumentation Theorie

Organ des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS 1.-

Wenn Sie die roten blätter nicht am Büchertisch des MSB SPARTAKUS in der Hochschule erhalten können, bestellen Sie ein Abonnement bei

rote blätter, MSB SPARTAKUS, 53 Bonn 1, Postfach

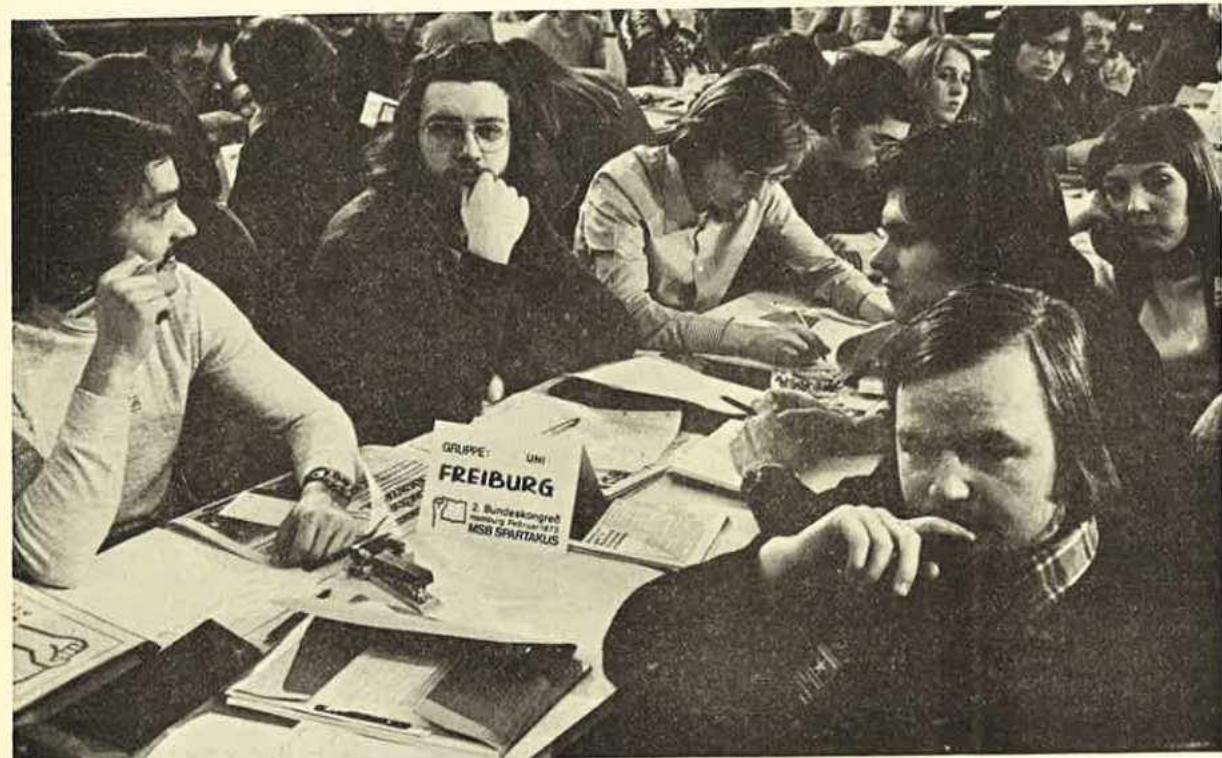
Name:

Hochschule:

Ort:

Straße:

Unterschrift:



SPARTAKUS ein anderes Herangehen an die Arbeit unter den Massen als in einer Phase relativer Ruhe. Wer da im alten Trott weitermacht, der wird die gewachsenen Möglichkeiten, Aktionen zu initiieren, nicht nutzen können und wird sich, statt an der Spitze der Bewegung schnell an ihrem Schwanz wiederfinden; die Mehrheit der Studenten für den demokratischen Kampf zu gewinnen, heißt also zuerst und vor allem in der gegenwärtigen Phase: Massenaktionen zu initiieren und zu organisieren.

2. Wenn es richtig ist, daß sich die Studentenbewegung stärker von einer radikal-demokratischen zu einer antimonopolistischen Bewegung entwickelt hat, so bedeutet das für den SPARTAKUS: In der Agitation und Propaganda klar den antimonopolistischen Charakter unserer Politik herauszuarbeiten; keinen Zweifel daran zu lassen, daß demokratischer Kampf heute, unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus, nichts anderes heißen kann als Kampf der Arbeiterklasse und der verbündeten Klassen und Schichten gegen die ökonomische und politische Macht der Monopole, daß Demokratie im Imperialismus nichts anderes heißen kann als mehr Rechte für die lohnabhängigen Massen und andererseits Einschränkung und schließlich Überwindung der Macht des Monopolkapitals, daß also der Kampf um demokratische Rechte und Freiheiten, um eine demokratische Ausbildung, um die materielle Absicherung des Studiums nicht losgelöst geschehen werden kann von den Klassenwidersprüchen in dieser Gesellschaft, daß dieser Kampf heute Teil der Klassenauseinandersetzung in der BRD geworden ist. Würden wir diese Erkenntnisse den studentischen Massen verschweigen, würden wir nicht nur unseren Aufgaben als revolutionärer marxistischer Organisation der Studenten nicht gerecht werden, nämlich eine politisch-ideologische Erziehungsarbeit unter den Studenten zu leisten, würden sogar hinter dem sich entwickelnden Bewußtsein der Massen zurückbleiben.

3. Gerade durch die Entwicklung der Massenkämpfe werden sich immer mehr Studenten, die von diesen politischen und sozialen Massenbewegungen erfaßt werden, die Frage stellen: was können wir Studenten wirklich durchsetzen, hat unser Kampf überhaupt einen Sinn? Diese Fragen werden auch deshalb entstehen, weil — wie wir feststellen können — der Angriff des Monopolkapitals und seines Staates auf die politischen, sozialen und Ausbildungsinteressen der Studenten fortgesetzt werden wird und die Lage an den Hochschulen sich weiter verschlechtern kann, und zwar trotz der Massenkämpfe. In diesen Fragen, in dieser Skepsis spiegelt sich ja durchaus eine richtige Erkenntnis wider, nämlich daß die Studenten ohne das Bündnis mit der Arbeiterklasse ihre Interessen nicht durchsetzen können. Doch die einzige richtige politische Schlüffolgerung aus dieser Erkenntnis, daß die Studenten ihren Mas-

senkampf dazu benutzen müssen, das Bündnis mit der Arbeiterklasse herzustellen, entsteht nicht spontan. Spontan wird sich eher Resignation oder sektiererischer Voluntarismus einstellen. Also ist es unsere Aufgabe, wie auf dem Kongreß formuliert wurde, dafür zu arbeiten, daß die Aktionen der Studenten von dem Ziel bestimmt sind, die Gleichgerichtetheit der Interessen aufzuzeigen, Verständnis und Unterstützung der arbeitenden Bevölkerung für die Forderungen der fortschrittlichen Studenten zu wecken. Dabei werden wir die Versuche der herrschenden Klasse und ihrer Ideologien zu berücksichtigen haben, die Unterstützung der Werktagen für ihre Hochschul- und Bildungspolitik herzustellen. Ihre zu diesem Zweck betriebene Demagogie hat in der letzten Zeit ein kaum gekanntes Ausmaß erreicht.

4. Daß vom Kongreß die Weiterentwicklung des MSB SPARTAKUS auch quantitativ als der marxistischen Massenorganisation der Studenten auf die Tagesordnung gesetzt wurde, ist nicht nur Resultat der inneren Entwicklung des MSB. Wie in der Arbeiterklasse so ist auch in der Studentenbewegung die Organisiertheit der entscheidende Faktor für die Stärke der Bewegung.

Wenn sich die Studentenbewegung in den vor uns liegenden schwierigen und langwierigen Kämpfen kontinuierlich politisch und ideologisch weiterentwickeln soll, wenn die zu erwartenden Massenbewegungen zu dieser Weiterentwicklung beitragen sollen, dann ist das nur dann sicherzustellen, wenn es uns gelingt, den MSB SPARTAKUS in den Massenkämpfen zu stärken und damit den Grad der Organisiertheit der Studentenbewegung entscheidend zu erhöhen.

Die Studentenbewegung wird stark durch die Kampfbereitschaft der Studenten selbst und durch den weiteren Ausbau der Positionen der marxistischen Organisation der Studenten. Massenkampf und Organisiertheit sind kein Widerspruch, sondern bedingen einander. Die Massenkämpfe selbst sind es doch, die die Frage aufwerfen: wie soll es nach der Aktion weitergehen.

Die Organisierung im MSB SPARTAKUS muß deshalb über die Beteiligung an den Massenaktionen hinaus zu der entscheidenden Kampfperspektive fortschrittlicher Studenten werden. Nur so kann die Gefahr vermieden werden, daß die Periode des Aufschwungs der Massenkämpfe ohne eine wirkliche Veränderung des Kräfteverhältnisses zu Ende geht. Deshalb wurde der Diskussion über die verschiedenen Methoden und Formen, wie fortschrittliche Studenten an den SPARTAKUS herangeführt werden können, wie sich der SPARTAKUS noch stärker unter den studentischen Massen verankern kann, auf dem Kongreß eine zentrale Bedeutung zugemessen.

5. Ebenfalls intensiv diskutiert wurde eine andere Kampfperspektive, von der sich schon jetzt abzeichnet, daß sie in Zukunft an Bedeutung gewinnen wird. Studium

MARXISTISCHE BLÄTTER 2



Inhalt u. a.: ein Aufsatz von Heinz Schäfer:

„Was ist staatsmonopolistischer Kapitalismus?“

der auch als Sonderdruck beim Verlag angefordert werden kann

Zwei weitere Buchempfehlungen aus dem Verlag Marxistische Blätter:

Walter Hollitscher: Sexualität und Revolution

112 Seiten, DM 4,50



Oskar Neumann:
„Sicher ins Jahr 2000“?
Dieses Buch stellt konkrete Untersuchungen an über einzelne wichtige Bereiche (Rüstung oder Sicherheitspolitik, Medien für Massen oder für die Monopole, Umwelt, Automatisierung, Freizeit, Bildung) wo Fortschritt nur durch Veränderung der Machtverhältnisse zugunsten der Arbeitenden zu erzielen ist und nicht durch technokratische „Lösungen“ à la SPD-Langzeitprogramm.

Reihe Marxismus aktuell, 150 S. DM 6,50

Verlag Marxistische Blätter
6 Frankfurt/Main
Heddernheimer Landstraße 78a

und Politik in der Weise miteinander zu verbinden, daß die kritische Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Wissenschaft und die Erarbeitung und Aneignung demokratischer Ausbildungsziele, die dazu beitragen können, für die werktätige Intelligenz Voraussetzungen für eine demokratische Berufspraxis zu schaffen — über diese Frage wird im SPARTAKUS schon seit dem Erscheinen des ersten Entwurfs für ein Studenten-Aktionsprogramm intensiv beraten.

Demokratische Ausbildungsziele, das ist keine dritte Ideologie, jenseits von bürgerlicher oder sozialistischer Ideologie, das sind politische Prinzipien, die sowohl das Interesse der Studenten an einer qualifizierten Ausbildung zum Ausdruck bringen, als auch das Interesse der werktätigen Bevölkerung an solchen Lehrern, Ärzten, Juristen, Technikern etc., die die Bedürfnisse der lohnabhängigen Massen über die Profit- und Herrschaftsinteressen des Großkapitals stellen. Der SPARTAKUS, so wurde auf dem 2. Bundeskongreß festgestellt, hat die Aufgabe, durch seinen ideologischen Kampf, durch die Propagierung des Marxismus in den Seminaren und Instituten mehr Studenten für den politischen Kampf um eine solche demokratische Studienreform zu gewinnen, und durch diesen politischen Kampf, den er gemeinsam mit allen fortschrittlichen Studenten führt, die Möglichkeiten für die ungehinderte Darstellung des Marxismus im Lehrbetrieb zu schaffen.

Es sind verschiedene Überlegungen, die dazu führten, daß der Kongreß den SPARTAKUS auf diese Aufgabe orientierte. Zum einen eröffnet sich damit eine weitere wichtige Möglichkeit, den Imperialismus zu bekämpfen. Statt abstrakter Appelle, die auf den Vollversammlungen und Demonstrationen so gerne an die kämpfenden Studenten gerichtet werden: mehr zu tun, als nur zu protestieren, können hier konkrete Voraussetzungen für die

NEU:

„Für die eigenen Interessen kämpfen — Mit der Arbeiter- klasse verbünden“

Programm für das gemeinsame
Handeln der Studenten

MSB SPARTAKUS

Die vom Kongreß verabschiedete endgültige Fassung ist jetzt erhältlich — bei jedem Spartakus-Mitglied oder beim Spartakus-Bundesvorstand, 53 Bonn, Postfach

100 Seiten, Mindestpreis 50 Pf

schulen — können Konflikte im Fachbereich selbst wiederum zum Ausgangspunkt politischer Massenaktionen werden. Zum anderen wird das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz durch die Tätigkeit fortschrittlicher Angehöriger der Intelligenz sowohl im Produktions- als auch im Reproduktionsbereich gestärkt, können negative Erfahrungen, die die arbeitende Bevölkerung im täglichen Leben mit reaktionären, arbeiterfeindlichen „Akademikern“ machen, abgebaut werden.

Das zweifellos wichtigste Ergebnis des Bundeskongresses ist die Verabschiedung des Studentenaktionsprogramms. Die Arbeit mit diesem Programm ist für den SPARTAKUS von zentraler Bedeutung, denn dieses Programm erfüllt die Anforderungen, die beim gegenwärtigen Stand des Hochschulkampfes an ein solches Dokument gestellt werden:

— es ist für die studentischen Massen geschrieben worden, die immer stärker vom antimonopolistischen Kampf erfaßt werden, und erfüllt damit eine direkte agitatorische Funktion. Indem es die verschiedenen Möglichkeiten aufzeigt, als Student den Imperialismus zu bekämpfen, führt es diejenigen Studenten, deren spontane Unzufriedenheit groß, deren Kampferfahrungen jedoch gering sind, einen Schritt weiter auf dem Weg zur aktiven und bewußten Teilnahme am demokratischen Kampf.

— es beantwortet Fragen, die sich angesichts der Verschärfung der politischen Lage an den Hochschulen für immer mehr Studenten stellen werden. Fragen nach einer Strategie des studentischen Kampfes, in die sich die Aktionen, an denen sie selbst teilgenommen haben, einordnen lassen.

Die Arbeit mit dem Programm ist also für den SPARTAKUS eine wichtige Hilfe bei seiner politisch-ideologischen Erziehungsarbeit an den Hochschulen.

— indem es Studenten mit der Theorie und Politik des MSB SPARTAKUS vertraut macht, werden sie an den SPARTAKUS herangeführt. Das Programm ist also ein Beitrag bei der Weiterentwicklung des Verbandes als marxistischer Massenorganisation.

Der Kongreß hat es uns noch einmal vor Augen geführt: die gegenwärtige Situation der Studentenbewegung erfordert von einer revolutionären Organisation bedeutend mehr als bloßen Aktionismus. Wir würden einen großen Fehler machen, würden wir gerade jetzt auf eine intensive Diskussion strategischer Fragen verzichten. Wenn der Kampf unter veränderten Bedingungen stattfindet, entstehen neue Probleme für die Entwicklung unserer Politik. Wo sie nicht diskutiert und gelöst werden, da beginnt die Politik den Ereignissen „nachzutragen“.

Die Arbeit mit den Dokumenten des 2. Bundeskongresses ist die beste Möglichkeit, eine solche Nachtrabepolitik zu vermeiden und der Rolle als Avantgarde gerecht zu werden.

ZEITSCHRIFT FÜR ENGAGIERTE KUNST

Damitz Verlag

8 München 40 Kaiserstraße 54

tendenzen

88 BÜHnenbau +
THEATERARBEIT
NACH BRECHT

tendenzen erscheint 6 mal jährlich, Umfang 60 Seiten. Einzelheft DM 5,—, Abonnement DM 27,—, Studentenabo DM 23,—.

Welches sind die Schwerpunkte unserer hochschulpolitischen Arbeit im nächsten Semester?

Auszüge aus dem politischen Bericht des Sekretariats an die 2. Tagung des Bundesvorstandes des MSB Spartakus

Wir müssen uns darauf einstellen, daß sich die Auseinandersetzung um die reaktionäre Hochschulreform, vor allem in Form der Hochschulgesetze, verschärfen wird. In Bayern und Schleswig-Holstein stehen Hochschulgesetze zur Verabschiedung an. In Baden-Württemberg ist jetzt der Entwurf eines neuen Hochschulgesetzes vorgelegt worden. In einigen SPD/FDP-regierten Ländern sind Gesamthochschulgesetze geplant, die aber perspektivisch auf alle Hochschulen zutreffen werden. Ende Mai soll das Hochschulrahmengesetz vom Kabinett verabschiedet werden. Mit seiner endgültigen Verabschiedung durch den Bundestag ist jedoch nicht vor Herbst zu rechnen. Mit dem Hochschulrahmen-gesetz soll die Zentralisierung von Planungs- und Entscheidungskompetenzen beim Staat endgültig abgesegnet werden, sollen schon realisierte oder geplante Formierungsmaßnahmen, wie weitgehende Ausschaltung studentischer Mitbestimmungsmöglichkeiten, einen bundeseinheitlichen Charakter bekommen und damit unangreifbar erscheinen.

Unsere Forderungen

Im Kampf gegen die Hochschulgesetze verbinden wir unmittelbare Forderungen, die man durch breiten Druck auch in die Parlamente hineinzwingen kann, mit den konstruktiven demokratischen Alternativen, die nur längerfristig durchzusetzen sein werden. Wir stellen dabei folgende Forderungen in den Vordergrund:

1. Forderungen, die sich gegen die staatliche Fachaufsicht richten. Die demokratischen Selbstverwaltungsrechte der Hochschulen stellen für uns eine wichtige Kampfposition gegen die Formierungsmaßnahmen der Monopole dar, die in einer breiten Front aller Hochschulangehörigen verteidigt werden müssen.

Die Forderung nach gleichberechtigter Mitbestimmung aller Hochschulangehörigen. Unterstützt durch das Bundesverfassungsgerichtsurteil über die Mitbestimmung an den Hochschulen (das am 29. Mai 1973 gesprochen werden soll) wollen CDU/CSU, SPD-Führung und FDP „Fehlentwicklungen an den Hochschulen korrigieren“, d.h. die Mitbestimmung der Studenten über entscheidende Fragen der Hochschule, wie Berufungen oder Forschungsfragen, drastisch beschneiden. Für die Durchsetzung ihrer inhaltlichen Forderungen sind jedoch Einflußmöglichkeiten und Mitbestimmungspositionen für die Studenten eine wesentliche Stütze.

2. Die Forderungen nach freier politischer und gewerkschaftlicher Betätigung an der Hochschule, nach unabhängigen Interessenorganen der Studenten. Mit der Einschränkung demokratischer Rechte und Freiheiten, mit der politischen Kastrierung der eigenständigen Interessenvertretungsorgane der Studenten wollen die Herrschenden jeglichen Widerstand gegen ihre Maßnahmen aus dem Weg räumen. Für die Studenten jedoch sind diese Rechte die Luft, die sie zum Atmen brauchen, sind die Bedingung für den erfolgreichen Kampf für ihre materiellen, ausbildungsbezogenen und politischen Interessen.

3. Forderungen gegen die Reglementierung des Studiums. Die politischen Handlanger des Monopolkapitals betonen immer wieder, daß Kernstück Ihrer Hochschulgesetze die Reform des Studiums und der Prüfungen sei. Richtig daran ist, daß wesentlich

durch die Hochschulgesetze Kurzstudiengänge, Regelstudienzeit und Studienjahr durchgesetzt werden sollen. Die Senkung der Ausbildungskosten im Interesse der Profite des Monopolkapitals, die Aufrechterhaltung des Meinungsmonopols reaktionärer Dozenten ist in der Tat eines der Hauptziele der staatsmonopolistischen Hochschulreform. Für uns wird es also auch darum gehen, die Herrschenden mit unseren — im Interesse von Studenten und Arbeiterklasse liegenden — demokratischen Ausbildungszügen und unseren Vorstellungen für eine demokratische Berufs-praxis zu konfrontieren.

Kristallisierungspunkt HRG

Kristallisierungspunkt aller reaktionären Maßnahmen, von der perfekteren Planung der materiellen Misere bis zu den dirigistischen Eingriffen der Staatsgewalt in Fragen des Studiums und der Prüfungen ist das Hochschulrahmengesetz. In diesem seinem Charakter wird es ansatzweise durchaus auch von vielen Studenten begriffen. Deshalb, und das zeigt auch die Erfahrung des 1. 12. 71, werden sich große Teile der Studenten gegen das Hochschulrahmengesetz mobilisieren lassen. Deshalb gilt es im Sommersemester den Kampf gegen das HRG vorzubereiten, um im Wintersemester zentrale bundesweite Aktionen durchzuführen. Es wird dann darauf ankommen, solche Kampfformen zu entwickeln, die die Solidarität der Studenten wecken, ihre Kampfbereitschaft demonstrieren und zu einer wirklichen Information der Werktätigen über die Ziele des Hochschulkampfes beitragen. Die genaue Festlegung der Kampfformen gegen das HRG ist jedoch abhängig zu machen von der Entwicklung des studentischen Massenkampfes gegen die Länderhochschulgesetze im Sommersemester.

Bestandteil der Hochschulformierung sind auch Bestrebungen durch eine Besoldungs- und Beamtenrechtsneuregelung, die Aufteilung der Hochschullehrer in forschende und lehrende Hochschullehrer gesetzlich abzusichern. Zusätzlich sollen mit einer solchen Personalstrukturreform alte Ordinarienprivilegien vollends wieder hergestellt werden. BAK und GEW haben gegen diese geplanten Maßnahmen Protest erhoben und mit Streikkämpfen gedroht. Unsere Aufgabe wird es sein, diesen Kampf von Hochschullehrern und Assistenten zu unterstützen. Wir müssen darlegen, daß sich diese Personalstrukturreform auch gegen die Interessen der Studenten richtet, weil ihnen damit eine wissenschaftliche Ausbildung unmöglich gemacht werden soll. Das was wir in unserem Studentenaktionsprogramm zum Bündnis aller Hochschulangehörigen gesagt haben, muß im Sommersemester im Kampf gegen die Bundesratsvorlage zur Besoldungsneuregelung konkret werden.

Kampf gegen Studienreglementierung

Das vergangene Semester hat gezeigt, daß die Großkapitalisten nun ernst machen wollen mit der Reglementierung des Studiums. Durch Rahmenprüfungsordnung sollen Kurzstudiengänge und Regelstudienzeit durchgedrückt werden. Gleichzeitig haben Uni-, PH- und Fachhochschulstudenten massenhaft den Kampf gegen

die Studienformierung aufgenommen – wie in NRW und Hamburg. Die Herrschenden werden weiterhin verstärkt den Studenten Studien- und Prüfungsordnungen aufzwingen wollen, die die fortschrittlichen Alternativen zum reaktionären Lehrbetrieb abblocken und die Studenten politisch disziplinieren sollen.

Im Kampf gegen die Studienreglementierung wird es darauf ankommen, erstens darzustellen, daß diese Art der Studienreform nichts als restriktive Kapazitätspolitik ist, mit der die Studentenzahlen den ungenügenden Kapazitäten der Hochschulen angepaßt werden sollen. Kurzstudiengänge sind die Antwort der Monopolbourgeoisie auf ihre Unfähigkeit, die materielle Misere im Ausbildungssektor zu beseitigen.

Zweitens müssen wir konkret nachweisen, daß fachborniert und schlecht ausgebildete Wissenschaftler nicht der Arbeiterklasse nützen, sondern der Monopolbourgeoisie. Argumentationen sind von uns zu entwickeln, die der Demagogie der herrschenden Klasse wirkungsvoll begegnen. Wir müssen den Beweis antreten, daß das Kurzstudium zu einer Dequalifizierung der Masse der Studenten führt, die Konkurrenz unter ihnen in Ausbildung und Beruf erhöht und ihre Berufsperspektive verunsichern hilft. Drittens führen wir den Kampf gegen die Reglementierung des Studiums mit unseren im Programm formulierten konstruktiven Alternativen. Das bedeutet, daß wir unsere demokratischen Ausbildungsziele, unsere Vorschläge für eine demokratische Berufspraxis in die Bewegung gegen reaktionäre Prüfungsordnungen hineinragen und damit dazu beitragen, dem Kampf der Studenten eine Perspektive zu geben. Es gilt, unsere inhaltlichen Forderungen an eine demokratische Ausbildung weiterzuentwickeln und zu präzisieren.

Wir werden alle Initiativen von Gewerkschaften und demokratischen Verbänden im Hochschulbereich unterstützen, die darauf abzielen, die Vorstellungen über eine demokratische Studienreform zu vereinheitlichen und gemeinsames Handeln aller fortschrittlichen Kräfte vorzubereiten. Viertens weisen wir darauf hin, daß Bundeswehrhochschulen und private Eliteuniversitäten Vorreiterrolle bei der „Studienreform“ spielen sollen. Das heißt für uns, den Kampf gegen die Militarisierung von Forschung und Lehre, gegen reaktionäre, herrschaftssichernde Lehrinhalte zu verstärken. Fünftens führen wir den Kampf gegen die Versuche,

noch in diesem Semester einen Staatsvertrag abzuschließen über das Instrumentarium zur Studienreform, mit dem der dominierende Einfluß des kapitalistischen Staates auf die Studieninhalte abgesichert werden soll. Wir werden die Vorstellungen der Kultusministerkonferenz mit unseren Forderungen nach gleichberechtigter Mitbestimmung aller Hochschulangehörigen und Einbeziehung der Gewerkschaften in der Studienreformkommission konfrontieren.

Aktionen gegen Bildungsnotstand

An eine Beseitigung des materiellen Bildungsnotstandes ist gegenwärtig nicht zu denken. Der Finanzplanungsrat beschluß über die Kürzung der Bildungsausgaben 1975 um 5 Milliarden DM wird im Grunde genommen nicht angetastet. Der Numerus clausus wird sich vor allem zu Beginn des WS weiter verschärfen und die gesamte Misere soll in Form des Bildungsgesamtplans noch vor der Sommerpause des Bundestages auf Jahre festgeschrieben werden. Deshalb muß der Kampf gegen den materiellen Bildungsnotstand weiter geführt und verbreitet werden. Die geplante Verabschiedung des Bildungsgesamtplans muß von uns zu einer Kampagne gegen die materielle Misere genutzt werden. Dabei gilt es die Ansätze des Bündnisses von Lehrern, Schülern, Lehrlingen und Studenten auszubauen und alle Spaltungsversuche der Herrschenden abzuwehren. Wir unterstützen deshalb öffentlichkeitswirksame Aktionen gegen den Bildungsnotstand, an denen sich alle vom Bildungsnotstand Betroffenen beteiligen, und die geeignet sind, die Solidarität der arbeitenden Bevölkerung zu erreichen.

Wir berücksichtigen, daß die Alternativen zu dem umfassenden Bildungsgesamtplan, der die Weichen für das Bildungswesen auf Jahre hinaus stellen soll, nur ein gesamtes demokratisches Bildungsprogramm sein kann. Wir entwickeln deshalb in enger Zusammenarbeit mit der SDAJ Vorstellungen, wie das Bündnis verschiedene Studentenorganisationen, Arbeiterjugendorganisationen, Schülergruppen, Lehrer und Eltern zu fördern ist und gemeinsame Forderungen hinsichtlich aller Bereiche der Bildungspolitik unter besonderer Berücksichtigung der beruflichen Bildung entwickelt werden können.

Besondere Aufmerksamkeit gilt es allen Bewegungen gegen NC und Studienmisere zu schenken. Zu Beginn des Wintersemesters soll der NC endgültig zum zentralen Lenkungsinstrument für die Bedarfspläne der Monopole gemacht werden. Rigid Auslese ist für das Wintersemester an vielen Hochschulen bereits angekündigt, einige Hochschulen drohen bereits dicht zu machen. In dieser Situation wird der Kampf gegen den NC ein Schwerpunkt der Kampagne gegen die materielle Bildungsmisere sein. Dazu müssen alle MSB-Gruppen in der nächsten Zeit Verbindungen mit der SDAJ und progressiven Schülerorganisationen aufnehmen und Aktionen gegen den NC vorbereiten. Wir schlagen dem VDS und einzelnen ASTen vor, Kontakte mit den Gewerkschaften und Schülervertretungen zu knüpfen, um spätestens zu Beginn des Wintersemesters öffentlichkeitswirksame Aktionen durchzuführen. Gerade in diesen Kämpfen muß der Abschnitt unseres Programms „Bildung statt Rüstung“ präzisiert und propagiert werden.

Weg mit den Berufsverboten!

Genossinnen und Genossen! Größte Bedeutung gewinnt für uns der Kampf gegen die Berufsverbote und politische Disziplinierung, für freie politische Betätigung. Angehörigen der fortschrittlichen Intelligenz soll die freie Berufsausübung verwehrt werden. Gleichzeitig haben die jüngsten Aktionen gegen die Einschränkung demokratischer Rechte und Freiheiten deutlich gemacht, daß Erfolge erzielt werden können. Der solidarische Kampf der Arbeiter von Hoesch verhinderte die Entlassung von 8 fortschrittlichen Kollegen. Das gemeinsame Handeln von Sozialdemokraten und Kommunisten, von Lehrern, Schülern und Studenten setzte die Einstellung von Ilse Jacobs u. H. B. Lennart in den Schuldienst und von Rolf Geffken als Justizreferendar durch. Der breite Widerstand gegen den Ministerpräsidentenerlaß, gegen jeglichen Abbau demokratischer Rechte muß jetzt in gemeinsamen Aktionen aller Demokraten seinen Ausdruck finden. Dann wird es auch möglich sein, den verfassungswidrigen Ministerpräsidentenerlaß vom Tisch zu bekommen.

Marburger Blätter

Illustrierte Studentenzeitung
Redaktion und Verlag 355 Marburg an der Lahn,
Erlenring 5
Hsg. vom AStA d. Philipps-Universität

- Folgende Nummern sind u. a. noch zu haben:
- Nr. 138 Bildung und Ausbildung
 - Nr. 139 Marx an die Uni
 - Nr. 140/1 Von der Utopie zum Klassenkampf
 - Nr. 142 SPD
 - Nr. 143 Gegen studentische Isolierung — für gewerkschaftliche Orientierung
 - Nr. 144 Frauenemanzipation im politischen Kampf
 - Nr. 145 Studenten gegen Sozialistengesetz
 - Nr. 146 Der programmierte Lehrer
 - Nr. 147 Aasgeier über der Demokratie
 - Nr. 148 Wolfgang Abendroth emeritiert
 - Nr. 149 Die Wahl der Qual
 - Nr. 150 Vietnam — ... und erkämpfen entschlossen den Frieden

Der Preis pro Einzelheft beträgt 1,- DM. Ab 10 Heften einer Nummer gibt es 20 % Rabatt, ab 30 Heften einer Nummer 40 % Rabatt.

Jahresabonnement 7,-, Studenten u. Schüler 5,- DM.

Neue Qualität der Aktionseinheit

In der Nacht zum 27. März, nach 5 Tagen (und Nächten) Diskussion, nachdem die Neuwahl des VDS-Vorstands vollzogen ist, gibt der Jungsozialist Ottmar Schreiner (Saarbrücken) für den neu gewählten VDS-Vorstand eine Erklärung ab.

„Wie in der Arbeiterbewegung, so ist auch in der Studentenbewegung das gemeinsame Vorgehen von Kommunisten und Sozialdemokraten, aller fortschrittlichen Kräfte, dort, wo es gemeinsame Interessen gibt, ein wichtiger Beitrag zur Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses gegen die Macht des Kapitals, gegen die politische Reaktion“, heißt es in dieser Erklärung.

Die 25. ordentliche Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Studentenschaften geht zu Ende mit einem Bekenntnis zur Aktionseinheit der fortschrittlichen Studenten. Neben 2 Mitgliedern des Sozialdemokratischen Hochschulgremiums (SHB), Gerhard Kiem und Harald Stappmanns und 2 Spartakisten, Reinhard Pfeiffer (Köln) und Peter Wahl (Frankfurt) war zum erstenmal auch ein Mitglied der Jungsozialisten in den Vorstand des VDS gewählt worden.

Dieser Wahl vorausgegangen war die Verabschiedung eines Aktionsprogramms für das nächste Jahr und die Annahme wichtiger Anträge zur Solidarität mit den ausländischen Studenten, zur Studienreform, zur sozialen Lage der Studenten und den aktuellen Aufgaben der internationalen Solidarität. Eingebracht wurden diese Anträge von den ASten, die gemeinsam von SHB und SPARTAKUS gestellt werden. Diese Beschlüsse werden die politische Grundlage für das Bündnis von SHB, SPARTAKUS und Jungsozialisten im VDS-Vorstand sein. Sie entsprechen den Anforderungen, die in der gegenwärtigen Situation an die demokratische Studentenbewegung gestellt sind, und zwar deshalb, weil sie berücksichtigen, daß der Angriff des Monopolkapitals und seines Staates auf die sozialen, politischen und Ausbildungsinteressen der Studenten nur dann erfolgreich abgewehrt werden kann, wenn es gelingt, die Unterstützung der arbeitenden Bevölkerung für die Forderungen der fortschrittlichen Studenten zu gewinnen, wenn wir es schaffen, solche Aktionen zu initiieren und zu organisieren, die von der Masse der Studenten unterstützt werden und die dazu beitragen, das Bündnis von Arbeiterklasse und Intelligenz zu stärken. Voraussetzung dafür wiederum ist, daß von den fortschrittlichen Studenten inhaltliche Alternativen zur reaktionären Bildungspolitik der Herrschenden erarbeitet und zum Ziel von Massenaktionen werden. Der demokratische Kampf der Studenten läßt sich nur auf der Basis von Forderungen führen, die die Interessen der Studenten zum Ausdruck bringen und die gleichzeitig keinen Zweifel daran lassen,

dass sich diese Interessen nur durch den solidarischen Kampf gegen die ökonomische und politische Macht des Monopolkapitals durchsetzen lassen. Die Studentenbewegung braucht diese demokratischen Alternativen, um den Zusammenhang zwischen der Lage der arbeitenden Massen und ihrer eigenen Situation in der Aktion aufzuzeigen. Nur dann kann der Demagogie der herrschenden Klasse und ihrer Ideologen wirkungsvoll begegnet werden, die alles daran setzen, um die Studenten von den lohnabhängigen Massen zu isolieren. An der Fähigkeit, von bloßen „Weg mit“-Parolen wegzukommen, läßt sich recht deutlich ablesen, wer eine Strategie des Hochschulkampfes besitzt und wer nicht. Und damit wären wir auch schon bei

einer Beurteilung des Auftretens der verschiedenen politischen Gruppierungen auf der VDS-MV. Die verschiedenen maoistischen Gruppen NRF (Heidelberg), „K“SG-ML (Stuttgart) und der sogenannte „K“SV ersetzten die fehlende politische Konzeption durch eine Polemik gegen SPARTAKUS und SHB, eine Polemik, deren Niveaulosigkeit ein erschreckendes Ausmaß angenommen hat. Das Auftreten des „K“SV führte zur Annahme eines Antrages durch die Mitgliederversammlung, der die Parallelen zwischen den antikommunistischen und chauvinistischen Parolen des „K“SV („Osteuropa muß befreit werden“) und den antikommunistischen Ausfällen der Strauß und Barzel aufzeigt. Bezeichnenderweise sahen sich die übrigen maoistischen Gruppen veranlaßt, sich bei diesem Antrag der Stimme zu enthalten, da diese Parallelen zu offenbar geworden waren. Doch auch solche Gruppen wie die NRF unterschieden sich auf dieser MV nur unwesentlich vom „K“SV. Der Versuch, den „Revisionismus“ zu entlarven, führte zu solch hirnrissigen Vorwürfen wie dem, der SPARTAKUS, der SHB und natürlich der VDS wollten das politische Mandat liquidieren. Das gemeinsame Vorgehen von „K“SV und „K“SG und NRF manifestierte sich auch in einem Antrag zu den Aktionen der Arbeiter von Hoesch und Mannesmann. In diesem Antrag war zwar vom notwendigen Kampf gegen die Unternehmerwillkür nicht die Rede, desto mehr aber vom Kampf gegen die Gewerkschaftsführung („Weg mit (!) der reaktionären Gewerkschaftsführung“). Als



Der neue vds-Vorstand bei einer Pressekonferenz: (v. l. n. r.) Ottmar Schreiner (Juso), Reinhard Pfeiffer (MSB Spartakus), Gerhard Kiem (Sozialdemokratischer Hochschulgremium) und Peter Wahl (MSB Spartakus). Nicht auf dem Foto zu sehen: Harald Stappmann (SHB)

auch noch die Geschichten, die dabei von der DKP erzählt wurden, als offensichtliche Lügen entlarvt werden konnten, mußte der Antrag von den Maoisten zurückgezogen werden. Dieser Bankrott ihrer Politik wurde auch an der Hochschulpolitik offenbar. Den verbalen Anspruch der NRF, den demokratischen Kampf der Studenten „offensiv“ führen zu wollen, steht die Unfähigkeit gegenüber, diesen Anspruch zu realisieren. Doch offensiv wird der Hochschulkampf nicht durch die Beigabe des Wörtchens „offensiv“ — von der Stufe der bloßen Reaktion auf bestimmte Maßnahmen der herrschenden Klasse wird sich dieser Kampf nur dann fortentwickeln, wenn klare antimonopolistische Alternativforderungen von der Studentenbewegung vertreten werden. Parolen der NRF, wie „Kampf der staatlichen Fachaufsicht“, „Kampf der kapitalistischen Ausbildung etc. tragen defensiven Charakter, sie sind nicht geeignet, den gemeinsamen Kampf von Arbeitern und Studenten herzustellen. Diese MV hat es ganz deutlich gemacht: Dieser VDS wird sich weder zurückentwickeln zu einer ständischen Lobby, noch zu einem sektiererischen Kluftgel. Er ist und bleibt ein Kampfinstrument der gesamten demokratischen Studentenbewe-

gung. Die Anwesenheit des Kollegen Todtenberg als Vertreter des DGB-Bundesvorstands, die Teilnahme von Vertretern der GEW, des Bundes demokratischer Wissenschaftler, der Bundesassistentenkonferenz, der Jungdemokraten und anderer ist Ausdruck der gewachsenen Stärke des VDS und der neuen Möglichkeiten, der reaktionären Bildungspolitik der herrschenden Klasse ein festes demokratisches Bündnis gegenüberzustellen.

Die bisherige Politik des VDS, gemeinsam entwickelt und getragen von SHB und SPARTAKUS hat sich in der Praxis bewährt. Die neue Qualität der Aktionseinheit im VDS ist dafür ein Ausdruck. Ohne Zweifel wird die SPD-Führung auch in Zukunft versuchen, den VDS an die Kette ihrer Politik zu legen. Der sozialdemokratische „VORWÄRTS“ hat deutlich zum Ausdruck gebracht, daß man dabei auf die Mitwirkung der Jungsozialisten im VDS rechnet. Doch es gibt eine gute Grundlage für die Aktionseinheit von SHB, SPARTAKUS und Jungsozialisten im VDS. Das sind die klaren politischen Aussagen dieser MV, und die sind nicht von der SPD-Führung verfaßt worden.

tenschaft arbeiten. Den Gerichtsentscheid nahmen die politischen Sekten im SVI zum Anlaß, die MV zum Platzen zu bringen. Sich selbst ihre Unfähigkeit bescheinigend, erklärten sie, sie könnten die Studentenzahlen an den FH-Schulen nicht ermitteln. Damit konnte keine Beschlussfähigkeit festgestellt werden. Diese Schmierenkomödie reiht sich würdig ein in die gesamten Methoden der ultralinken Gruppen und des SVI-Bundesvorstandes:

- mit Hilfe verschiedenster Manipulationen versuchten diese Gruppen ihre Mehrheit im SVI zu erhalten, so durch nicht ausgewiesene Delegationen. Z.B. wurde eine Stimmendelegation der FH Lippe an die FH Köln vorgespielt, gegen die vom Studentenparlament der FH Lippe legitimierte Delegation,
- nach der Vorlage der Einstweiligen Anordnung ließen diese Gruppen vollends ihre demokratische Maske fallen, MSB- und SHB-Vertretern wurde das Wort verboten, der SVJ-Bundesvorstand drohte den gewerkschaftlich orientierten ASten mit dem Hausrat.

Wohin diese Politik, die aufgrund ihres Hasses gegen SHB und MSB den eigentlichen Gegner, das Großkapital, aus dem Auge verliert zeigen die Beispiele von Bonn, Köln und Frankfurt:

Die putschistische Aktion der Rathausbesetzung in Bonn, die militänen Provokationen anarchistischer Gruppen anlässlich gerechtfertigter Protestaktionen gegen die Bodenspekulanten im Frankfurter Westend, tätliche Angriffe gegen Flugblatt verteilende MSB-Genossen in Köln dienen nicht dazu, die berechtigten Forderungen und Aktionen der demokratischen Bewegung gegen Bodenspekulation und Mietwucher, gegen die Unterstützung des faschistischen Thieu-Regimes durch die Bundesregierung in der Bevölkerung zu vermitteln. Sie haben im Gegenteil nur eine Funktion: das Bündnis von Studenten und arbeitender Bevölkerung zu verhindern. Bezeichnend ist, daß die Gruppierungen, die sich SVI-Mehrheitsfraktion nennen, sich nicht von diesen Provokationen distanzieren, ja sogar die Träger dieser Aktionen, wie der „KSV“ Teil der „Mehrheitsfraktion“ sind.

Deshalb müssen alle fortschrittlichen Studenten diesen Gruppen eine klare Absage erteilen. SHB, MSB, die gewerkschaftlich-orientierten ASten werden auf der Grundlage ihres, auf dieser MV vorgelegten Programms zur Weiterentwicklung der demokratischen Studentenbewegung beitragen und darauf hinarbeiten, daß der SVI zum Bestandteil der demokratischen Bewegung wird.

Gegen die unerträgliche Phrasendreschelei der linkssektiererischen Gruppen setzen wir eine Politik, die auf die Herstellung des Bündnisses von arbeitender Bevölkerung und Studenten und der Aktionseinheit aller von der Reglementierungs- und Formierungspolitik der Herrschenden Betroffenen orientiert.

Gewerkschaftlich orientierte ASten gegen die Liquidatoren der verfaßten Studentenschaft! Auszug aus ihrer Erklärung

SVI-MV geplatzt!

Vom 12. bis 15. 4. sollte in Köln die 27. o. MV des SVI, des studentischen Dachverbandes der FHS in der BRD und Westberlin, stattfinden. Die MV ging zu Ende, ehe sie richtig begann. Schuld daran sind jene politischen Gruppen, die ihre gruppenegoistischen Interessen über das Gesamtinteresse der Studenten stellen; deren Politik sich objektiv gegen die verfaßte Studentenschaft richtet. Diese den SVI-Bundesvorstand tragenden Gruppen praktizieren seit einigen Jahren ein Verfahren, das die Zahl der Stimmen auf der Mitgliederversammlung mit den gezahlten Beiträgen der Studenten koppelt. Dieses Verfahren bedeutet nichts anderes, als den reaktionären Bestrebungen der Herrschenden, die verfaßten Studentenschaften zu schwächen oder sogar abzuschaffen, in die Hände zu arbeiten.

Durch die Zerschlagung der verfaßten Studentenschaft in Baden-Württemberg und Bayern und die Einschränkung der Beitragshoheit in anderen Ländern, erhalten viele ASten nur noch in beschränktem Umfang Beiträge von den Studenten. Daher werden diejenigen, die am stärksten von den reaktionären Maßnahmen der herrschenden Klasse betroffen sind, durch die Anbindung ihrer Stimmenzahl an gezahlten Beiträgen eindeutig benachteiligt. Statt vom SVI besonders unterstützt zu werden, werden diese ASten in ihren Mitgliedsrechten beschnitten.

Bemerkenswert ist, daß andere Dachverbände — wie der vds — solche merkwürdigen Verfahren der Einschränkung von Rechten der Mitgliedsstudentenschaften nicht praktizieren.

Die gewerkschaftlich orientierten ASten haben auf der SVI-MV versucht, ihre Auffassung in langen Diskussionen durchzusetzen. Die sektiererischen Gruppen waren nicht bereit, auf diese Argumente einzugehen, und hielten an ihrem gegen die verfaßte Studentenschaft gerichteten Verfahren fest. Um dennoch den Mitgliedsasten zu ihrem elementaren Stimmrecht zu verhelfen, sahen die gewerkschaftlich orientierten ASten sich genötigt, die Satzungsbestimmung, nach der jedes Mitglied im SVI pro angefan gene 250 Studenten eine Stimme erhält, per Einstweiliger Anordnung durch einen Amtsgericht durchzusetzen. Daß dieses Mittel angewandt werden mußte, fällt auf die ultralinken Gruppen zurück, die an der Aushöhlung der verfaßten Studen-

Hochschule kurz

Neues Lieblingskind

Die „Welt“ hat ein neues Lieblingskind unter den Studenten entdeckt: Die sogenannte DSU/SLH (Deutsche Studentenunion, Sozialliberaler Hochschulverband). Dieser Club stand zwar mit seinen 7 Stimmen auf der vds-MV ziemlich traurig da und hat auch sonst nichts an den Füßen; aber immerhin: Er ist „neben dem CDU-nahen RCDS der einzige nicht marxistische Studentenverband“. Und darum braucht er nur zu pupsen und die Welt drückt's als ernst zu nehmende Äußerung ab.

Vom RCDS will sie nämlich nichts mehr wissen. Der hat so jämmerlich versagt auf seinem letzten „Bundeskongreß“ Anfang März. So ein klagender Bericht über die dortigen Verfallserscheinungen der CDU-Hochschultruppe, das Letzte, was man im Springerblatt über ihn lesen konnte. Ganze 70 Delegierte waren nämlich erschienen (ein schöner Ausweis innerverbändlicher Demokratie bei einem Verband, der nach eigenen Angaben mal 4000, mal 5000 Mitglieder hat — gelogen sind natürlich beide Zahlen), ganze 70 Jung-Rechte also, die dann keinen einzigen politischen Antrag zustande brachten,

sich die Nächte mit Geschäftsordnungsdebatten vertrieben und schließlich doch noch mit Ach und Krach CDU-Parteivorsitz-Mitglied Langguth erneut zum Boß machten.

Darum ist die „Welt“ nun also mucksch, ignoriert zur Zeit den RCDS und schreibt zum Beispiel so Lächerliches wie: „Eine demokratische Struktur des VDS will die DSU/SLH durch progressive Aktionen an den Hochschulen durchsetzen.“

Uni München geht UZ-Enthüllungen nach

München. J. M. — Die Universität München sieht sich gezwungen, die vom SS-Führer a. D. Freiherr Rühle von Lilienstern 1943 dort verfaßte antisemitische Doktorarbeit zu überprüfen und ihm gegebenenfalls den Dr.-rer.-pol.-Grad zu entziehen (siehe dazu UZ vom 19. 1. 1973). In diesem Zusammenhang gab Rektor Prof. Dr. Lobkowicz sieben Wochen nach Eingang des begründeten Antrags bekannt: „Die Universität wird die Angelegenheit rechtlich überprüfen.“

SS-Sturmbannführer a. D. und „Ritterkreuzträger“ Lilienstern fungiert heute

in Frankfurt am Main als Hauptgeschäftsführer des Rationalisierungskuratoriums der Deutschen Wirtschaft (RKW) und an der Universität Stuttgart als Professor, also als Erzieher von Studenten. Durch die Aberkennung des Doktorgrades wäre die akademische Befähigung für die Professur nicht mehr gegeben.

Aberkennung

Dem Rektor der Jenaer Universität liegt ein Antrag zur Aberkennung des Doktorstitels vor, den der ehemalige SS-Standartenführer und Warschauer Gestapo-Chef Ludwig Hahn trägt. Hahn lebt in Bünningstadt (BRD).

CDU will eigene private Hochschule im Sachsenwald gründen

Der CDU nahestehende Kreise wollen im Sachsenwald bei Hamburg — die Grundstücke dort gehören der Familie von Bismarck — eine private Hochschule gründen, die staatlich anerkannt werden soll. Der Verein wurde bereits in das Gründungsregister eingetragen. Zu den Gründern gehört der berüchtigte Professor Pascal Jordan, ein Atomphysiker, der als CDU-Bundestagsabgeordneter die Anwendung von Atomwaffen verteidigt; Jordan war im Nazi-Reich publizistisch und „wissenschaftlich“ an hervorragender Stelle tätig gewesen. Ferner der Publizist Dr. Ernst Samnaber und Dr. Irmgard Prahl von der Hamburger CDU.

Die Universität ist auf eine Kapazität von 1000 Studienplätzen angelegt; die Studenten sollen aus disziplinarischen Gründen in einem Internat leben, ihr Studium wird von Stiftern finanziert, so daß eine völlige Abhängigkeit gegeben ist. Die Sachsenwald-Gründung ist ein Glied in der Kette ähnlicher Vorhaben der Unternehmer und der CDU, von linken Studenten freie Elite-Hochschulen zu gründen.

SHB ehrt Bebel

Zum 60. Todestag August Bebels am 13. August 1973 führte der Sozialdemokrati-



sche Hochschulbund im Herbst 1973 einen wissenschaftlichen Kongreß durch, der das Werk August Bebels als Vorkämpfer der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung vor dem 1. Weltkrieg würdigen und die Aktualität seines Werkes für den Kampf in der BRD verdeutlichen soll. Dieser Kongreß soll ein Forum sein, um Ziele und Klasseninhalte sozialistischer Politik innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung zu diskutieren. Der SHB wird sich verstärkt für eine Beschäftigung mit der Geschichte der Arbeiterbewegung an den Schulen und Hochschulen in der BRD einsetzen. In dem Bebel-Aufruf des SHB-Bundesvorstandes vom 14. 2. 1973 heißt es u. a., daß Bebels proletarischer Internationalismus, der sich besonders in dessen Parteinaahme für die Pariser Commune und die russische Revolution von 1905 äußerte, dem SHB für seine Solidarität mit den um ihre Befreiung von imperialistischer Ausbeutung kämpfenden Völkern der Dritten Welt zum Vorbild dient.

Auch das noch!

Von der DKP wurden für 1971 rund 4,5 Millionen DM an Spenden überwiesen. Darüber hinaus sind vermutlich etwa 90 Millionen DM aus Moskau und Ost-Berlin in die Kassen der Jungrevolutionäre geflossen.

Das Fränkische Volksblatt vom 9. 3. 73 über den MSB Spartacus

DFU veröffentlicht Bundeswehrhochschule - Curricula

„Den etwas ungewöhnlichen Titel „Bei uns können Sie in Ruhe studieren“ sowie die Titelblatt-Idee — Oberleutnant mit Doktorhut — haben nicht die Herausgeber erfunden, sondern die In-

«Bei uns können Sie
in Ruhe studieren!»



der Bundeswehr für Werbung Verantwortlichen selbst. Unter dieser „Werbeidee“ soll die Werbekampagne für den Offiziersnachwuchs laufen vgl. SPIEGEL Nr. 24/1972). Der Untertitel „Bundeswehrhochschule — Hochschule der Nation?“ stammt natürlich von uns. Der Inhalt der Broschüre enthält neben einer kurzen Einschätzung des Projek-

tes Bundeswehrhochschule Material der Bundeswehr, z.T. unveröffentlichte Dokumente und Stellungnahmen verschiedener Gremien und Gruppen. Darüber hinaus dokumentiert er öffentlichen Protest, vornehmlich im Raum Hamburg.“

Die DFU hat auf einer Pressekonferenz bisher geheimgehaltene Dokumente über Bundeswehrhochschul-Curricula veröffentlicht. Einen Tag vor der angekündigten Pressekonferenz sah sich dann auch die Hardthöhe gezwungen, Teile dieser Papiere herauszurücken. Die Scheu ist verständlich, erhalten die Curricula doch schön klare Formulierungen im Sinne Schmidts: „Wenn wir es nicht schaffen, daß wir den aus den Fugen geratenen Universitäten zeigen, wie eine militärische Uni einwandfrei arbeiten kann — wer denn dann?“ Die Papiere sind bei der DFU-Bundesgeschäftsstelle, 5 Köln 30, Venloer Straße 383, erhältlich.

SHB-Dokumente erscheinen

Ein Buch mit den Beschlüssen seiner 13. ordentlichen Bundesdelegiertenversammlung vom November vorigen Jahres, zu denen auch ein neues Grundsatzprogramm gehörte, hat jetzt der Sozialdemokratische Hochschulbund veröffentlicht. Es umfaßt 150 Seiten und kostet 6,— DM. Bestellungen an: Sozialdemokratischer Hochschulbund (SHB), 53 Bonn, Rosental 11.

einem Dutzend Rundfunk-Kommentaren und Zeitungsartikeln in der FR oder im Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt. Er vergleicht die Spartakisten, um wenigstens etwas Abwechselung in seine ansonsten gleichlautenden Berichte zu bringen, mal mit „dem freundlichen Vertrauensmann von nebenan“ und mal mit einem Eichhörnchen. Wie er auf letzteres kommt, verrät er nicht.

Die Zeitschrift „betrifft: erziehung“ schreibt zu der ganzen Berichterstattung durch die bürgerliche Presse: „Gewisse Teile der bundesdeutschen Journalistik ließen sich freudig so sehr irritieren, daß nur wenig über den Inhalt der Diskussion auf dem Hamburger Kongreß in ihren Spalten blieb. Hieß doch z.B. die FAZ hauptsächlich für mitteilenswert, daß viel geklatscht und wenig „an Feierabend, Jungfernstad, Reeperbahn und Große Freiheit“ gedacht wurde. Unverständlich? Schließlich ging es um „das Einfache, das schwer zu machen ist“.“

Herrn Ministerpräsidenten

Heinz Kühn

4 Düsseldorf

Staatskanzlei

Aus einer Kurznotiz der „Frankfurter Rundschau“ vom 26.3.1973 haben wir mit großer Freude entnommen, daß Sie „jederzeit bereit sind, alle Mitglieder des Spartakus-Bundes kostenlos zu einem zweijährigen Studium in die UdSSR und wieder zurückzubringen“. Wie vermutlich auch Sie sind wir der Auffassung, daß wir durch ein Studium in der Sowjetunion uns bei weitem besser für unsere künftigen Berufe qualifizieren würden, als das an den u.A. infolge steigender Rüstungsausgaben und bleibender Devisenausgleichszahlungen an die USA materiell darniederliegenden Hochschulen der BRD möglich ist. Auch die Forderung des MSB SPARTAKUS: „Marx an die Uni!“ ist ja in der Sowjetunion seit nunmehr bereits 50 Jahren verwirklicht. Zudem teilen wir die Ihrem Angebot sicherlich zugrunde liegende Überzeugung, daß eine zweijährige Erfahrung der Vorteile des realen Sozialismus unsere Genossen in ihrem Kampf nur verstärken kann.

Die Fachhochschulgruppe Frankfurt am Main des MSB SPARTAKUS möchte daher von Ihrem großzügigen Angebot gern Gebrauch machen und bitte Sie, uns für die Reise- und Aufenthaltskosten von zunächst fünf Genossen 55 900,— DM auf unser Konto Nr. 25 73 05 36 bei der Bank für Gemeinwirtschaft Frankfurt/Main, Zweigstelle NW-Stadt, zu überweisen. Wir bitten um ihr Einverständnis, mit der „Verschickung“ jeweils umsichtig vorgehen zu dürfen.

Die oben angegebene Summe ergibt sich aus den Kosten für einen Hin- und Rückflug nach Moskau über Berlin-Schönefeld (ca. 1100 DM) und dem BaFöG-Satz für 24 Monate (10 800 DM), jeweils mal fünf. Der Bundesausbildungs-Förderungs-Gesetz-Satz von 420 DM reicht zwar wegen der fortschreitenden Inflation in der BRD weder zum Leben noch zum Sterben, bei dem stabilen Stand des Rubels und den bekannt niedrigen Lebenshaltungskosten in der Sowjetunion dürfte er für dort jedoch mehr als ausreichend sein.

Im festen Vertrauen darauf, daß ein künftiges Mitglied im Parteivorstand der SPD sein einmal gegebenes Wort auch halten wird, verbleiben wir in Erwartungen baldiger Zahlungen

mit sozialistischen Grüßen
MSB SPARTAKUS
Fachhochschulgruppe Fim.
gez. Gaby Riegel

Fortsetzung von Seite 9

die Diffamierungen subtiler. Hier wurde das irre Vorurteil gepflegt, Spartakisten seien doktrinär, hölzern, ja sexfeindlich. Den Vogel schoß die alte Tante „Zeit“ ab: Nina Grunenberg, eine nette Dame etwa Ende vierzig und somit ihrem Organ adäquat, ließ ihre Leser in einem halbseitigen Artikel auf Seite 2 wissen, die Spartakisten seien Puritaner bei Tag und bei Nacht. (Überschrift: „Auf der Suche nach der roten Blume“). Tatsache: Die Genossen waren weder auf der Suche nach der roten Blume noch auf der Suche nach der roten Bluse, sondern haben Politik gemacht. Daß sie nicht tanzten und nicht lachten (so der NDR) ist nun aber auch gelogen. Konkret-Reporter Brüggemann kann da sicher ein Lied von singen. Das meiste Geld mit der Berichterstattung vom Kongreß muß zweitelles Herr Ortwin Loewe gemacht haben. In rund

Erfolgreich gegen Berufsverbot

Ein beispielhafter Erfolg gegen die skandalbefrachtete verfassungswidrige Berufsverbotspolitik des Hamburger SPD/FDP-Senats konnte innerhalb von knapp zwei Wochen durch das breite Bündnis einer Protestbewegung erkämpft werden.

Ohne offizielle Begründung, mit dem lediglichen Hinweis auf seine „schriftstellerische Tätigkeit“ erfuhr der Spartakus-Genosse Rolf Geffken zwei Tage vor (!) seinem 1. juristischen Staatsexamen, daß der Senat „Bedenken“ habe, ihn als Beamten auf Widerruf in den Referendardienst beim Hansatischen Oberlandesgericht Hamburg einzustellen.

Während ganz offensichtlich die Mitgliedschaft Rolf Geffkens im MSB SPARTAKUS sowie die Herausgabe des Taschenbuches „Klassenjustiz“, einer Broschüre „Arbeitsrecht im Kapitalismus“ und verschiedener Aufsätze der „Grund“ für diese Bedenken waren, hatte der Senat im Zusammenspiel mit dem „Verfassungsschutz“ keinerlei Bedenken gehabt, im Herbst 1972 den über Hamburg hinaus satisam bekannten Neo-Nazi Jürgen Rieger in das Beamtenverhältnis auf Widerruf im Gerichtsreferendardienst aufzunehmen. Es sei auch darauf hingewiesen, daß Rolf Geffken zufällig ein internes Schreiben des Präsidenten des OLG zu Gesicht bekam, dem die Kopie eines „K“SV-Flugblattes beigelegt war, in dem er als „MSB-Führer“ denunziert worden war. Mit dieser Kopie startete die Justizbehörde — entgegen späterer „K“SV-Behauptungen — kein Manöver, um den „K“SV von der Studentenschaft zu isolieren. Denn es handelte sich dabei um ein geheimes Schreiben, das Rolf Geffken auch nicht „zugespielt“ wurde. Da der Justizsenator noch am 28. 2. 73 in einem Rundfunkinterview des NDR sagte, man müsse die „Rolle“ Geffkens im MSB prüfen, andererseits Rolf Geffken aber keine leitende Funktion im MSB ausgeübt hat, kann nur der Schluß gezogen werden, daß das besagte „K“SV-Flugblatt eine zentrale Rolle in der Verhängung dieses Berufsverbots gespielt hat. Dies beweist erneut, wem dieser „K“SV objektiv in die Hände spielt und wessen Interessen er vertritt.

Die sofortige Einleitung einer Protestkampagne durch den MSB SPARTAKUS, insbesondere im juristischen Bereich der Uni Hamburg, zeigte einer breiten Öffentlichkeit den wirklichen Charakter dieser skandalösen Machenschaften von SPD/FDP-Senat und Amtshelfer „Verfassungsschutz“: Hatte der Senat nicht gezögert, den Faschisten Rieger² anstandslos zu verbeamten, so versuchte er jetzt, den Genossen Geffken mit der Vorlage eines maßgeschneiderten Angestelltenvertrages zu erpressen, wonach er während einer sechsmonatigen Probezeit mit einer „jederzeit möglichen“ Kündigung hätte

rechnen müssen, falls er in den Räumen Hamburger Gerichte eine der von ihm verfaßten Schriften verteilt hätte.

Hieraus ist zu schließen: Die Differenzierung nach politischen Gründen in Beamten- und Angestelltenstatus für Referendare widerspricht nicht nur oklatant dem Gleichheitssatz des Art. 3 GG. Die Auswirkungen wären, daß ein Verwaltungsgericht in einem anschließenden

ausüben. Auch wenn es nicht zum Rauschmiß kommt, so erscheint doch der Angestelltenstatus in der Personalakte. Diese Diskriminierung bekommt der Referendar in seinen Ausbildungsstationen ständig zu spüren und bedeutet ein stückchenweises Durchsetzen des Berufs- und Ausbildungsverbots. Der Fall Geffken hat aber alle Studenten eindringlich belehrt, sich auf diesen Kuhhandel niemals und unter keinen Umständen einzulassen, und hat allen die Notwendigkeit gezeigt, Angestelltenverträge für politisch unliebsame Referendare prinzipiell zu bekämpfen.



Prozeß, in dem es um die Verbeamtung geht, das Rechtsschutzinteresse an einem solchen Prozeß überhaupt vernichten könnte, weil ja der Bewerber durch die Unterschrift unter den Angestelltenvertrag ausgedrückt hat, daß er auf weitergehende Ansprüche verzichtet hat. Zwar kann auch nach der herrschenden Meinung in der juristischen Literatur niemand auf Grundrechte verzichten, wie aber die Gerichte entscheiden, kann nicht von vornherein gesagt werden — denn juristische Konstruktionen lassen sich immer finden, um ein gewünschtes Ergebnis zu begründen. Eine jederzeitige Kündigungs möglichkeit soll unablässigen politischen Druck auf den „angestellten“ Referendar

Auf Initiative der Sektion Jura des MSB SPARTAKUS beteiligten sich zahlreiche demokratische Organisationen im Rahmen einer Aktionsgruppe am Aufruf zur Protestveranstaltung am 28. 2. 73 gegen das Berufsverbot für Rolf Geffken.

Schwerpunkt der Diskussion in der Aktionsgruppe war das Problem, daß binnen 10 Tagen durch den Druck der demokratischen Öffentlichkeit der SPD-Senat gezwungen werden mußte, Rolf Geffken in das Beamtenverhältnis auf Widerruf einzustellen. Deshalb ging die Aktionsgruppe davon aus, daß ein juristisches Vorgehen vollkommen sekundär ist.

Diese Einschätzung erwies sich als richtig, denn sämtliche Forderungen wurden auf

Lehrermaßregelung

Der berüchtigte Ministerial-Erlaß betreffend Partei-zugehörigkeits-Verbot der Beamten fängt an, sich auszuwirken. Der Junglehrer Fritz Beyes ist Knall und Fall auf die Straße gesetzt worden, zuerst ohne Begründung, hinterher hat man ihm bescheinigt, daß man ihn deswegen fristlos entlassen habe, weil er als kommunistischer Bezirksverordneter im Bezirk Lichtenberg hervorgetreten sei. In seinem Beruf hat man nicht das geringste an ihm auszusezen vermocht. Dieses unerhörte Vorgehen, das man kommunistischen Lehrern gegenüber anwendet – von einem ähnlichen Verfahren gegen nationalsozialistische Lehrer hat man noch nichts gehört –, hat seine gebührende Antwort gefunden in einem spontanen Schulstreik, der zum Ausdruck bringt, daß Kinder und Eltern nicht gewillt sind, eine derartig empörende Vergewaltigung stillschweigend hinzunehmen. Man darf auf das weitere Verhalten des Ministeriums Grimme gespannt sein.

Grund des schnellen und kompromißlosen Drucks der demokratischen Öffentlichkeit erfüllt.

Eine studentische Delegation von AStA und Fachschaftsrat Jura hatte beim Justizsenator und beim Präsidenten des OLG gleichlautende Protesterklärungen abgegeben, in denen die politischen Aktionen angekündigt wurden. Während der Präsident des OLG — entgegen der Juristausbildungsordnung (JAO) — sich für nicht zuständig erklärte („Ich muß erst beim Justizsenator rückfragen“), bewirkte der Besuch beim Senator immerhin, daß am folgenden Tag ein Anruf beim AStA der Uni einging, in dem dieser beschworen wurde, doch zu „warten, bis ein endgültiger Bescheid“ im Fall Geffken ergohe.

Dies war deshalb interessant, weil kurz zuvor der Chef der Referendarabteilung Rolf Geffken noch damit vertraut gemacht hatte, eine Begründung sei „höchstens im Prozeß“ zu erwarten. Der Druck der sich abzeichnenden Bewegung zeigte also die ersten Erfolge.

Zu diesem Zeitpunkt lagen bereits einstimmig verabschiedete Resolutionen der Jusos von Schleswig-Holstein, Bremen und Hamburg vor, in denen die sofortige Verbeamtung Rolf Geffkens gefordert wurde. In einem Brief der Justizbehörde an den AStA wurde mitgeteilt, „ein ablehnender Beschuß des Senats sei bislang nicht ergangen“, im Falle der Ablehnung stünde Herrn Geffken auch der Rechtsweg offen (Überprüfung der Senatsentscheidung durch Verwaltungsgerichte). Nachdem die Organisationen der Aktionsgruppe in den folgenden Tagen die Öffentlichkeit durch zahlreiche Flugblätter alarmierte, verabschiedete die Vertrauensleuteversammlung der Abteilung Seeschiffahrt der OTV eine solidarische Resolution. An den Hauptvorstand der Gewerkschaft wurde die Forderung gerichtet, dem Kollegen Geffken umfassenden gewerkschaftlichen Schutz zu gewähren. Rolf Geffken hatte als Mitglied der OTV den Seeleuten im Warnstreik vom Februar 1972 durch ein „Streikrechtspapier“ konkrete Unterstützung gegeben. Die Tatsache, daß mit R. Geffken ein Kollege von einem Berufsverbot bedroht wurde, der nicht nur abstrakt, sondern konkret seine Kenntnisse in den Dienst der arbeitenden Bevölkerung gestellt hatte, faßten die Seeleute in den Worten zusammen:

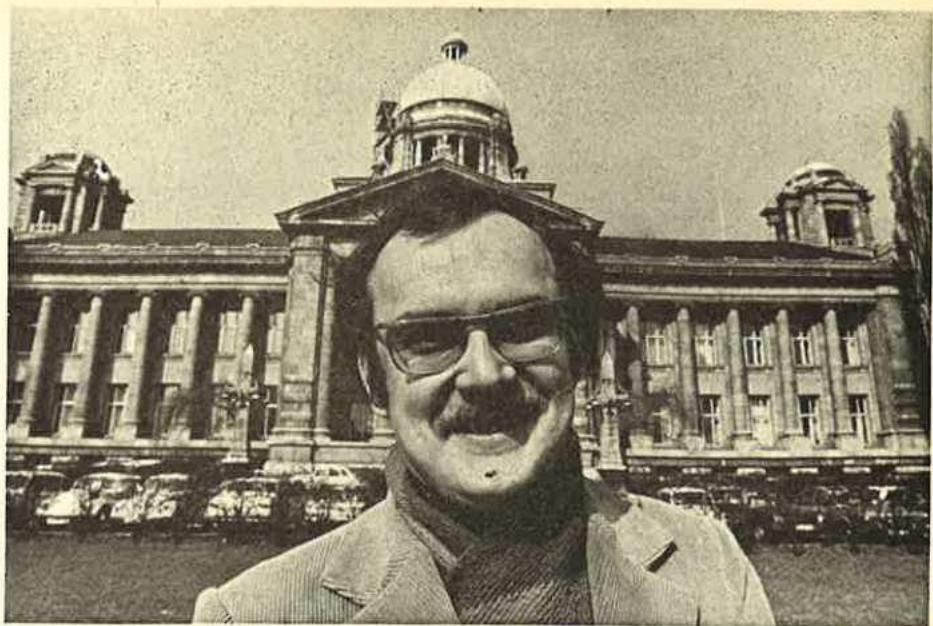
„Wir Seeleute brauchen solche Juristen wie den Kollegen Rolf Geffken. Wir fordern daher die sofortige Verbeamtung unseres Kollegen und protestieren auf schärfste gegen jeden Diskriminierungsversuch seitens Senat und Justizbehörde!“ Nicht nur die durch die Solidarität der Seeleute erzielte enorme Verbreiterung der Front, sondern die Tatsache daß hier jedermann sichtbar wurde, daß die Berufsverbote gegen die Arbeiterklasse und nicht nur etwa gegen linke „Akademiker“ gerichtet sind, gaben der Bewegung einen bedeutsamen Aufschwung und signalisierten den Herrschenden, daß der um

Aus: Linkskurve Nr. 10, Oktober 1930

Studenten und Universität so gern gelegte Bann gebrochen war. Es beweist auch, daß eine wesentliche Bedingung für den Erfolg im Kampf gegen die Demontage demokratischer Rechte die Politik gewerkschaftlicher Orientierung innerhalb der Studentenschaft ist.

Als erneut eine studentische Delegation an Justizsenator Seeler einen offenen Brief überreichte, in dem über das Ausmaß der Proteste informiert wurde³ und der Senator gewarnt wurde, die Entscheidung auf die lange Bank zu schieben, wies der Senator darauf hin, daß er ungern unter Druck entscheide, er wolle „als sozialdemokratischer Politiker“ den Landesparteitag abwarten. Immerhin hieß das: Der Senat hatte den Druck der alarmierten Öffentlichkeit bereits zu spüren bekommen. Die sofortigen politischen Aktivitäten waren gerade die Bedingung dafür, daß die Gefahr eines langwierigen Prozesses verringert wurde.

Am 28. 2. fanden eine Pressekonferenz des ASTA, die Protestveranstaltung mit 200 Personen sowie der SPD-Landesparteitag statt, vor dem Studenten den an den Justizsenator gerichteten offenen Brief an die Delegierten verteilt. Dadurch und durch sorgfältige Information der Presse durch den MSB Spartakus über die kriminellen Aktivitäten des Neonazi Rieger sah sich der Senat endgültig gezwungen, den Genossen Geffken als Beamten auf Widerruf einzustellen. Der Senat rechtfertigte sich, der „Verfassungsschutz“ ha-



Rolf Geffken vor dem Hanseatischen Oberlandesgericht

be im Falle Rieger geschlagen, nun wolle er aber ein Disziplinarverfahren gegen Rieger einleiten.

Gegen einen allgemeinen Antrag für die Beendigung der demokratfeindlichen Berufsverbotspolitik auf dem Landesparteitag brachte der Vorstand nur noch eine knappe Mehrheit auf, nachdem rechte SPD-Führer antikommunistische Parolen auf die Delegierten losgelassen hatten (SPD-Bürgermeister Schulz: „Ich kenne nichts Reaktionäres als Kommunisten in diesem Lande“.⁴)

Bei den wirklichen Reaktionären in diesem Lande wird die rechte SPD-Führung mit dieser Hölle nur Beifall erheischen können, z.B. durch „Welt“- und „FAZ“-Leitartikel.

Der MSB SPARTAKUS hat eine Dokumentation zum Fall Geffken herausgegeben, welche u.a. zahlreiche Auszüge aus der Presse- und Rundfunkberichterstattung enthält: Hamburger Morgenpost, Hamburger Abendblatt, Bild-Zeitung, NDR, Stuttgarter Zeitung, Süddeutsche Zeitung,

Frankfurter Rundschau, Nordsee-Zeitung Bremerhaven, Berliner Extra-Dienst, Die Zeit, UZ, die tat, Der Spiegel, DVZ.

Titel: Der Fall Rolf Geffken, Dokumentation des erfolgreichen Kampfes gegen ein verfassungswidriges Berufsverbot. — Preis DM 1.50

Versand durch: Brücken-Verlag GmbH, 4000 Düsseldorf, Postfach 1928



**Bitte einsenden an: MSB SPARTAKUS,
53 Bonn, Postfach**

- Ich möchte zu einer Mitgliederversammlung des Spartakus am Ort eingeladen werden.
- Ich möchte Mitglied im Spartakus werden.
- Ich bitte um Informationsmaterial über den MSB SPARTAKUS.

(Gewünschtes ankreuzen)

Name _____

Vorname _____

Hoch- bzw. FH-Schule _____

Ort _____

Straße _____

Unterschrift _____

BRD



20 000 Bürger

protestierten am 14. April in Dortmund für die sofortige und ersetzbare Aufhebung des Berufsverbots-Erlasses. Die Demonstration unter der Losung „Freiheit im Beruf – Demokratie im Betrieb“ wurde zur bisher größten Manifestation gegen die Berufsverbote. Aufgerufen hatten zahlreiche demokratische Organisationen, viele Betriebsräte und Jugendvertreter.

12. Mai, Hamburg

Konferenz mit internationaler Beteiligung
gegen die Berufsverbote

Hunderte von Wissenschaftlern, Betriebsräten und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens (unter ihnen auch eine Reihe von Bundestagsabgeordneten) haben bereits den nebenstehenden Aufruf unterzeichnet.

AUFRUF

Vor über einem Jahr haben die Ministerpräsidenten „Grundsätze zur Frage der verfassungfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst“ verabschiedet. Dieser Beschuß hat historische Vorbilder und weckt böse Erinnerungen, zum Beispiel an das Sozialistengesetz und den Adenauer-Erlaß. Die nach der Verabschiedung des Ministerpräsidentenbeschlusses bekannt gewordenen Fälle haben gezeigt, daß dieser Beschuß eindeutig gegen die Kräfte gerichtet ist, die für gesellschaftlichen Fortschritt eintreten: Bewerber werden abgelehnt. Verbeamungen verweigert, Entlassungen verfügt. Manches spricht dafür, daß einige solcher Diskriminierungen bisher unbekannt geblieben sind. Nicht erfaßbar ist die Fülle von Einschüchterungen und Versicherungen, die über Schule, Hochschule und den öffentlichen Dienst hinaus in das gesamte Arbeitsleben Einzug gehalten hat.

Von Anfang an wurden schwerwiegende politische und rechtliche Bedenken gegen diesen Beschuß erhoben. Besonders in letzter Zeit verstärkt sich der Widerstand, dem sich immer breitere Kreise anschließen. Es wird nicht länger hingenommen, daß die aufgrund der historischen Erfahrungen vom Grundgesetz vorgeschriebene demokratische Ordnung der Bundesrepublik weiter eingeengt wird. Es liegen immer mehr Beweise dafür vor, daß die verfassungsmäßige Ordnung gerade von denen verletzt wird, die sich zu ihren Hütern erklären – und das mit der Behauptung, sie zu schützen.

Vorgänge in anderen Bereichen zeigen die gleiche Tendenz: Einengung der Möglichkeit der Austragung innerbetrieblicher Auseinandersetzungen, die Einengung des Rechtes auf freie Meinungsäußerung für Arbeitnehmer durch das Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 28. 9. 1972 („Maulkorb-Urteil“), die Forderung nach Einschränkung des Grundrechtes auf Kriegsdienstverweigerung, Versuche zur Ausdehnung der Berufsverbotspraxis auf die Kirchen und zur Einschränkung der Meinungsfreiheit für Journalisten.

Offensichtlich ist auch der Widerspruch zwischen einer Außenpolitik der Entspannung und einer Innenpolitik, die gerade diejenigen zu disziplinieren versucht, die sich besonders aktiv für die Entspannung einsetzen. Insofern

ist die gesamte europäische Öffentlichkeit betroffen. Es ist eine historische Erfahrung, daß das Vorgehen gegen Demokraten in Deutschland keine deutsche Angelegenheit allein ist, sondern eine Gefahr für Demokratie und friedliches Zusammenleben in Europa darstellt. In den westeuropäischen Demokratien wäre der Ministerpräsidentenbeschuß unmöglich.

Durch den jüngst gefaßten Beschuß von Ministerpräsidenten und Bundeskanzler, „die Erfahrungen mit dem Ministerpräsidenten-Beschluß auszuwerten“, wird der ganze Komplex von juristischen und innen- wie außenpolitischen Fragen erneut diskutiert werden. Das Berufsverbot kann aber nicht in rechtsstaatliche Formen gebracht werden. Die Antwort kann nur sein:

- Der Grundsatzbeschuß muß fallen,
- ausgesprochene Berufsverbote müssen rückgängig gemacht werden,
- Berufsverbote und Diskriminierungen von
- Demokraten und Sozialisten im öffentlichen
- Dienst müssen aufhören.

Dies ist durch den breiten Widerstand der Öffentlichkeit zu erreichen.

Wir rufen deshalb die deutsche und internationale Öffentlichkeit zur Beteiligung an einer Konferenz am 12. Mai 1973 in Hamburg mit dem Thema „Funktion und Folgen der antidemokratischen Berufsverbote in der BRD“ auf.

Bitte abtrennen und einsenden an:

Ingrid Kurz, 2 Hamburg 6, Schanzenstraße 115

Ich unterstütze den Aufruf zu einer Konferenz mit internationaler Beteiligung gegen Berufsverbote am 12. Mai 1973 in Hamburg.

Name:

Vorname:

Anschrift:

Beruf/Funktion:

Datum: Unterschrift:

Die UZ wird Tageszeitung!

Unsere Zeit, die UZ, die Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei, wird im Herbst Tageszeitung – das hat der Parteivorstand auf der 7. Tagung im März beschlossen. Wirklich ein bedeutsamer Beschuß, gerade auch für die Studenten in diesem Land. Denn diese Zeitung hat seit ihrem Bestehen Woche für Woche bewiesen, daß sie sich am konsequenteren für die Belange der fortschrittlichen Studenten einsetzt, daß sie ihrem Kampf für eine demokratische Hochschule an der Seite der Arbeiterklasse die beste Unterstützung geben kann – eben weil sie eine Arbeiter-Zeitung ist. In einem Aufruf des Parteivorstands der DKP heißt es:

Die UZ unterstützt den Kampf der arbeitenden und lernenden Jugend. Die Schaffung einer solchen Tageszeitung kommt den Wünschen und Hoffnungen aller jungen Sozialisten, aller jungen Menschen entgegen, die sich in wachsendem Maße in die Kämpfe für Demokratie und Fortschritt und für die Überwindung des kapitalistischen Ausbeutersystems einsetzen. Die UZ ist eure Zeitung! Kämpft mit der UZ für eure Grundrechte!

Täglich werfen Pressemonopole wie Springer Millionen Blätter auf den Markt, verbreiten Konzerne, Unternehmerverbände und kapitalhorige Parteien ihre Politik, dringen Funk und Fernsehen auf die Menschen ein. Doch was dort geboten wird, richtet sich gegen die Interessen des arbeitenden Volkes. Hinter einer oft trügerischen Fassade steht die Absicht, die Herrschaft des Großkapitals zu verteidigen.

Dagegen wird die UZ die einzige Tageszeitung sein, die nicht an der Kette des Kapitals liegt. Unabhängig von den Konzernen, unabhängig von einer Regierungspolitik, die dem Großkapital dient, kann sie allein täglich die Informationen liefern, die das arbeitende Volk braucht. Sie allein kann ihm täglich helfen, das Lügengespinst der arbeiter- und gewerkschaftsfeindlichen, antikommunistischen Meinungsmanipulation zu durchschauen.

Aus der UZ wird Tag für Tag zu erfahren

sein, wie die arbeitenden Menschen ihre unmittelbaren Interessen selbst wahrnehmen können, sie wird ihnen helfen, ihre demokratische Aktivität zu organisieren. Täglich wird zuverlässig zu erfahren sein, was die Kommunisten wollen, jetzt und für die Zukunft, was Sozialismus ist. Weil sie die Gegenwartsinteressen mit dem Kampf für eine sozialistische Zukunft der Bundesrepublik verbindet, wird die UZ die einzige sozialistische Tageszeitung dieses Landes sein!

Ein solche Zeitung kämpft für die arbeitende Bevölkerung – aber sie kann nur mit der arbeitenden Bevölkerung kämpfen. Denn gegen eine solche Zeitung steht das ganze herrschende System. Unter der Herrschaft der Millionäre einer Tageszeitung

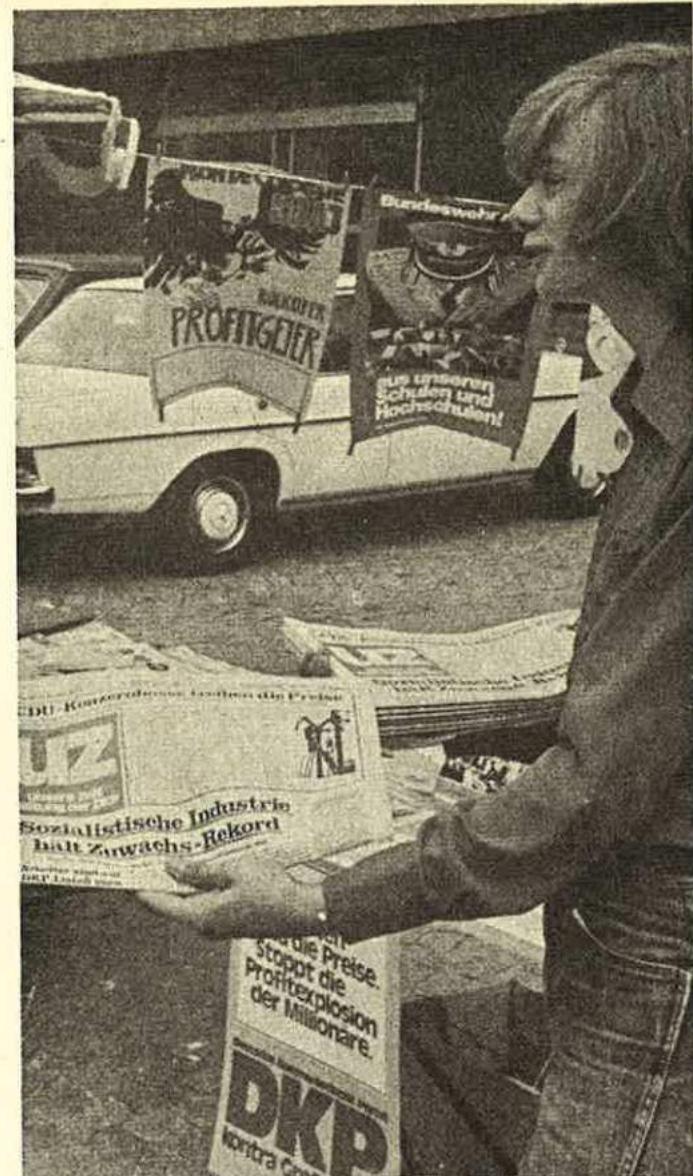
für die arbeitenden Millionen herauszugeben – das bedarf der Hilfe und Solidarität der arbeitenden Menschen.

Deshalb ruft die DKP die Arbeiter und Angestellten, die Jugendlichen und Frauen der Bundesrepublik auf: Unterstützt uns dabei, in der Bundesrepublik eine von den Konzernen unabhängige Tageszeitung zu schaffen! Damit nützt Ihr Euch selbst. Denn alle, die Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt wollen, brauchen täglich die UZ! Jeder kann helfen, die UZ zur Tageszeitung zu machen.

Kauft, abonniert, lest und verarbeitet die UZ, die Zeitung der DKP, die Zeitung der arbeitenden Menschen! Spendet für die UZ! Abonniert schon heute die künftige Tageszeitung UZ!"

Für jeden fortschrittlichen Hochschulangehörigen sollte das eine Selbstverständlichkeit sein!

Heute noch einschreiben – als Erstabonnement: Dr. Wenzel-Verlag GmbH,
41 Duisburg 12, Pothmannstraße 12



elan-Redakteure verurteilt

In einer Verhandlung vor dem Kieler Amtsgericht wurden Mitte März der stellvertretende Chefredakteur des Jugendmagazins „elan“, Peter Bubenberger, und sein Mitarbeiter Bernd Sorge wegen Hausfriedensbruchs zu je 200 DM Geldstrafe ersatzweise je 10 Tage Haft, verurteilt. Sie hatten 1972 in den Howaldtswerken (Deutsche Werft AG) Ausbilder und Lehrlinge interviewt, um schweren Vorwürfen gegen veraltete Ausbildungspraktiken der Konzernleitung nachzugehen. Am Verlassen des Werksgeländes waren sie zunächst vom Werkschutz gehindert worden, bis herbeigerufene Polizei freien Abzug verschaffte.

Die Werksleitung erstattete Anzeige wegen Hausfriedensbruchs. Beide erhielten einen Strafbefehl über je 400 DM. Aufgrund ihres Einspruchs wurde mündliche Verhandlung anberaumt. Im Prozeß betonte Bubenberger, die Bundes- und landeseigene Werft stehe wegen Größenordnung und ihres U-Boot-Baus für das faschistische Griedenland im Blickpunkt öffentlichen Interesses. Es sei kein Einzelfall, daß Journalisten durch Leitungen von Großkonzernen behindert werden. Sorge rief die völlig überalteten Maschinen und Ausbildungspraktiken in der HDW-Lehrwerkstatt wieder in Erinnerung: „Ministerpräsident Stoltenberg als Vertreter des Bundeslandes, das erhebliche staatliche Beteiligung an der HDW hat, und Werftdirektor Lennings gehören auf diese Anklagebank. Sie sind verantwortlich dafür, daß z.B. 56 Prozent der Elektromechanikerlöhne von HDW die Prüfung nicht bestehen.“

In Zeugenaussagen hielten Ausbilder es für normal, das Journalisten Lehrwerkstätten aufzusuchen. Im Plädoyer betonte der Staatsanwalt, die Achtung vor den Motiven der angeklagten Journalisten



elan-Redakteur Peter Bubenberger (rechts) und Bernd Sorge (links) mit ihrem Rechtsanwalt Herbert Lederer vor dem Kieler Amtsgericht.

könne nicht versagt werden; jedoch sei hier das Hausrecht zu schützen, Verteidiger Lederer entgegnete, das öffentliche



Dieser Vogel wird in diesen Wochen an alles geklebt, was reaktionär ist, was mit Militarismus zu tun hat und was gegen Mitbestimmung ist. Es ist das Pfandsiegel der Arbeiterjugend. Wer sich an der Aktion „Roter Kuckuck“ beteiligen will, schreibe an: elan, 46 Dortmund, Brüderweg 16.

Anliegen der journalistischen Arbeit beider müsse honoriert statt verfolgt werden. „Daß dieses Verfahren möglich ist, offenbart bereits seinen politischen Charakter.“ Beide hätten sich für die dem Druck der Großkonzerne am meisten hilflos Ausgelieferten eingesetzt. Bubenberger schloß, der Ankläger habe in verrotteten Maschinen kein Verbrechen gesehen, aber: „Wir haben ein Jugendarbeitsschutzgesetz. Mich aber bringt der erneute Strafantrag zu Überlegungen, wie gering die Verstöße gegen dieses Gesetz geahndet werden.“ Das Gericht folgte dem Antrag auf Bestrafung.

CSU: Schwarze Gewerkschafts- Opposition mobilisiert

Die CSU des Franz Josef Strauß begibt sich an die gewerkschaftliche Front: Unter dem Aushängeschild „Christlich-Soziale Arbeitnehmerschaft in der CSU“ (CSA) will sie ab sofort in Betrieben und Dienststellen eigene „Betriebsgruppen“ bilden. Die CSA-Aktivisten werden aufgefordert, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Bei allen Bezirkssekretariaten der CSU sowie in allen Großstädten sollen für die schwarze Gewerkschafts-
Opposition (Motto: Verhindern, daß sich die DGB-Gewerkschaften zu „sozialistischen Richtungsgewerkschaften“ entwickeln) eigene „Arbeitnehmersekretariate“ errichtet werden. Ihre Forderungen an das Parlament: Das Betriebsverfassungs- und das Personalvertretungsgesetz sollen dahingehend verändert werden, daß Minderheiten wie die CSA mit auf die Listen bei Betriebsratswahlen gesetzt werden müssen.

Der gewöhnliche Kapitalismus

„Eine norddeutsche Kleiderfabrik (DOB und HAKA) hat uns folgendes Angebot unterbreitet:

Zum Verkauf oder zur Verpachtung stehen zur Zeit zur Verfügung 110 Arbeitnehmer. Die gesamte Gebäudefläche beträgt ca. 2000 qm. Eine Erweiterung auf 220 bis 240 Mitarbeiter ist ohne weiteres möglich.

Firmen, die an diesem Angebot interessiert sind, bitten wir, sich schriftlich an uns zu wenden.

Mit vorzüglicher Hochachtung
VERBAND DER BERLINER
BEKLEIDUNGSINDUSTRIE E.V.
gez. Dessaу“

Aktionen für bessere Berufsausbildung

Von der Bundesarbeitstagung der DGB-Gewerkschaftsjugend zu Fragen der Berufsbildung und des Jugendarbeitsschutzes berichtet Wolfgang Bartels

Am 10. und 11. März 1973 fand in Solingen eine Bundesarbeitstagung der Gewerkschaftsjugend zu Fragen der Berufsbildung und des Jugendarbeitsschutzes statt. Diese Tagung geht zurück auf einen Beschuß der 8. DGB-Bundesjugendkonferenz im November 1971 in Dortmund. Da es damals zu einigen Grundfragen unterschiedliche Auffassungen gegeben hatte, wurden nun in Solingen einheitliche und für die Gewerkschaftsjugend verbindliche Auffassungen erarbeitet.

In seiner Begrüßungsrede stellte DGB-Bundesjugendsekretär Walter Haas fest: „Die Arbeit der Gewerkschaftsjugend muß nach dieser Konferenz auf der Grundlage der Tagungsergebnisse verstärkt fortgesetzt werden.“

In ihrem einführenden Referat übte Maria Weber, stellvertretende DGB-Vorsitzende, scharfe Kritik an der Berufsausbildung in der Bundesrepublik. Die Zustände seien ein „Skandal“. Sie forderte von der Bundesregierung die Steigerung des Anteils für Bildungsausgaben am Bruttosozialprodukt auf acht Prozent, „auch wenn dies zum Beispiel auf Kosten des Wehrdiensts gehen sollte.“

Der Vorsitzende der GEW, Erich Frister, erklärte: „Eine aktive Bildungspolitik ist ohne Einbettung in eine entsprechende aktive Gesellschaftspolitik nicht zu verwirklichen, sie ist auch ohne schwere Konflikte mit den Inhabern wirtschaftlicher Macht und ihren Verbündeten in Politik und Publizistik nicht durchzusetzen.“

In einer abschließenden Diskussion um den Begriff der „Arbeitslehre“ forderte die Gewerkschaftsjugend, daß dieses Fach weiterzuentwickeln ist: „Gegenstand der Arbeitslehre muß der Zusammenhang von Produktion und ihrer Verwertung sowie den gesellschaftlichen Bedingungen, un-

ter denen sich dieser Prozeß vollzieht, sein... Die gesellschaftliche Bedeutung von Arbeit und ihrer Verwertung ist nicht zu erfassen, ohne die rationale Auseinandersetzung mit den Interessengegensätzen, die sich aus den Produktions-, Macht- und Besitzverhältnissen ergeben.“ Zur Finanzierung der Berufsausbildung erklärte die Arbeitsgruppe, daß eine Prioritätenverlagerung der öffentlichen



„Sofort, sofort, diese Veränderung der Rückgräte in so jungen Jahren!“

Haushalte zugunsten der Bildung und zu Lasten des Rüstungsetats notwendig sei. Als konkrete Aktionen der Gewerkschaftsjugend für bessere Bildung und Berufsbildung wurde u.a. festgelegt:

- Auf Bundesebene wird im Winterhalbjahr vom DGB und seinen Gewerkschaften eine „Aktion Berufsbildung“ durchgeführt.
- Auf Ortsbene sind öffentlichkeitswirksame Aktionen, wie z.B. die Erstellung schwarzer Listen von Betrieben mit schlechten Ausbildungsverhältnissen einzuleiten.
- Die Schwerpunkte der Forderungen zur beruflichen Bildung sind in die Vor-

bereitung und die Parolen des 1. Mai aufzunehmen.

Die Tagung verabschiedete eine Entschließung, die die sofortige Aufhebung des verfassungswidrigen Berufsverbots-Beschlusses der Ministerpräsidenten der Länder fordert. Den Mannesmann-Arbeitern wurde in einer Solidaritäts-Adresse zu ihrem Erfolg gratuliert. Für den Wiederaufbau Vietnams wurden 1808 DM gesammelt.

Riesenfest am 27. Mai in Dortmund: 15 Jahre elan

Unsere Schwesterzeitung elan — das sozialistische Jugendmagazin — feiert Geburtstag. 15 Jahre elan, das sind 15 Jahre Kampf für die Rechte der arbeitenden Jugend; ein erfolgreicher Kampf und darum eben auch ein Grund zum Feiern. Das passiert am 27. Mai im Goldsaal von Dortmund: Internationales Jugend-Pressefest mit Gästen aus aller Welt, mit Jugend- und Studentenzeitschriften aus der BRD (auch die roten Blätter werden dabei sein). Ab 14.30 Uhr gibt's ein Songgruppen-Festival, es folgt eine Filmschau und dann kommen ab 19.00 Floh de Cologne, Kittner, Süverkrüp, Peter Schütt, Hartmut König mit einer Singegruppe aus der DDR, Juan und Jose und viele andere. Es gibt Ausstellungen und jede Menge Überraschungen.

elan
das sozialistische Jugendmagazin
erscheint in der
Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund, Brüderweg 16

- Ich möchte ein kostenloses Probeexemplar von elan zugeschickt bekommen
 Ich bestelle ab _____ bis auf Widerruf, jedoch für mindestens ein Jahr, das sozialistische Jugendmagazin elan (Jahresabonnement 13 DM einschließlich Zustellgebühr)

(Unterschrift)

(Name und Anschrift)

Gemeinsamer Aufruf

wichtiger Beitrag zur Aktionseinheit der demokratische Jugend der BRD

Nach eingehenden Beratungen haben der Arbeitskreis Festival und die Koordinierungsgruppe X. Weltfestspiele folgenden gemeinsamen Aufruf des Initiativausschusses X. Weltfestspiele verabschiedet:

Der Initiativausschuß X. Weltfestspiele begrüßt den Aufruf des Internationalen Vorbereitungskomitees, in der Zeit vom 28. Juli bis 5. August 1973 in Berlin/DDR die X. Weltfestspiele durchzuführen, die unter dem Motto: „Für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft“ stehen. Wir rufen die Jugend der Bundesrepublik Deutschland im Sinne der Zielsetzung des Festivals zur Teilnahme an den Weltfestspielen der Jugend und Studenten auf. Wir gehen davon aus, daß die X. Weltfestspiele dazu beitragen, die Bestrebungen der Jugend- und Studentenorganisationen mit unterschiedlichen politischen, philosophischen und religiösen Anschauungen für Solidarität, Frieden und Freundschaft, zur Entwicklung der Zusammenarbeit, des Verständnisses und der Freundschaft der Jugend der Welt zu stärken.

An den Weltfestspielen werden junge Menschen aus fast allen Ländern der Welt teilnehmen. Die Jugend der Bundesrepublik Deutschland sollte die Möglichkeit zur Information, zur Zusammenarbeit und zur politischen Diskussion und Darstellung der eigenen politischen Auffassungen durch eine möglichst breite Beteiligung nutzen. Im Rahmen der vielfältigen politischen, kulturellen und sportlichen Veranstaltungen werden die Jugendlichen aus der Bundesrepublik Deutschland durch die Teilnahme am Festival dazu beitragen, den Prozeß der internationalen Entspannung zu fördern, zwischen den Völkern bestehende Vorurteile abzubauen und die Freundschaft zwischen jungen Menschen aus aller Welt herzustellen und auszubauen.

Der Initiativausschuß X. Weltfestspiele vertritt die Auffassung, daß die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten ein wichtiges Ereignis im Streben der Jugend und Studenten der Welt nach einem Leben ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg, nach Solidarität, Frieden und Freundschaft ist.

Er strebt in voller Autonomie der einzelnen Jugend- und Studentenorganisationen und unter Beachtung der verschiedenen politischen, religiösen und weltanschaulichen Grundlagen gemeinsame Handlungen für gemeinsam als richtig erachtete Ziele bei der Vorbereitung und Teilnahme am X. Festival an.

Die unterzeichneten Verbände werden sich dafür einsetzen, daß im Rahmen des Festivals konkrete Schritte erörtert wer-

den, die den weltweiten Kampf gegen Imperialismus, Rassismus, Kolonialismus unterstützen. Wir wenden uns gegen die Verfolgung religiöser und weltanschaulicher Überzeugung sowie gegen die Verfolgung von Kommunisten, Sozialdemokraten und anderen Demokraten. Wir setzen uns ein für die erfolgreiche Durchführung einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, für konkrete, von allen Beteiligten akzeptable Schritte zur Abrüstung, für den Ausbau der wirtschaftlichen, kulturellen und technischen Kooperation der europäischen Staaten, für umfassenden Gewaltverzicht und Anerkennung der europäischen Nachkriegsgrenzen. Die Einrichtung eines Systems der europäischen Sicherheit wird zeigen, daß Staaten mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Systemen in friedlicher Weise zusammenleben können.

Wesentliche Grundlagen der europäischen Zusammenarbeit und des Friedens sind die Verträge von Moskau und Warschau sowie das Viertäteabkommen vom 3.9.1971, an dem auch die beiden deutschen Staaten wesentlich ihren Anteil haben. Ein Konzept der europäischen Sicherheit wird sich nur verwirklichen lassen, wenn die beiden deutschen Staaten ihre Beziehungen auf der Basis des Grundvertrages normalisieren und in die Vereinten Nationen aufgenommen werden. Wir gehen davon aus, daß zur Sicherung des Friedens in der Welt auf Dauer eine Stärkung der UNO gewährleistet werden muß. Wir fordern alle Staaten der Welt auf, die in der Charta der Vereinten Nationen festgelegten Menschenrechte und Grundfreiheiten zu verwirklichen. Deshalb werden wir mit unserer Teilnahme am Festival insbesondere deutlich machen, daß wir uns gegen faschistische und autoritäre Regimes wie Spanien, Portugal, Griechenland und die Türkei wenden. Der Initiativausschuß X. Weltfestspiele erklärt seine Solidarität mit den Völkern Indochinas. Wir fordern den sofortigen Abzug aller fremden Truppen aus ganz Indochina und die Einstellung aller Kriegshandlungen und die konsequente Verwirklichung des Pariser Friedensabkommens. Wir setzen uns ein für die Selbstbestimmung und die Freiheit des vietnamesischen Volkes.

Wir verurteilen die Aggression der USA gegen die Völker Indochinas und appellieren an die Bundesregierung, sich dieser Verurteilung anzuschließen, sich materiell ohne politische Voraussetzungen am Wiederaufbau Vietnams wirkungsvoll zu beteiligen und auf die Einhaltung des Friedensabkommens für Vietnam zu drängen. Die Jugend der Bundesrepublik rufen wir auf, die materielle Solidarität mit Vietnam zu verstärken.

b. w.



Mitglieder des Arbeitskreises Festival sind:

Verband Deutscher Studentenschaften (VDS), Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ), Sozialdemokratischer Hochschulbund (SHB), Marxistischer Studentenbund Spartakus, Studentenverband der Sozialhochschulen (SVS), Schülernetzwerk der allgemeinbildenden Schulen des Landes Nordrhein-Westfalen, Landesjugendpresse Nordrhein-Westfalen, Deutsche Friedensgesellschaft/Internationale der Kriegsdienstgegner (DFG/IdK), Verband der Kriegsdienstverweigerer (VK), Service Civil International/Deutscher Zweig (SCI), Demokratischer Kulturbund Deutschlands, Werkkreis Literatur der Arbeitswelt, Arbeitsgemeinschaft Pläne, Unidoc-Filmgesellschaft, Jugendmagazin elan, Antiimperialistische Informationsbulletin, Deutsche Friedensunion, Jugendarbeitskreis (VVN) — Bund der Antifaschisten.

Mitglieder der Koordinierungsgruppe X. Weltfestspiele sind:

Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend, Bund der Deutschen Katholischen Jugend, Bund Deutscher Pfadfinder, Deutsche Beamtenbund-Jugend, Deutsche Esperanto-Jugend, Deutsche Jungdemokraten, Deutsche Schreberjugend, Gewerkschaftsjugend/DGB, Jugend der Deutschen Angestelltengewerkschaft, Junge Europäische Föderalisten, Jungsozialisten in der SPD, Naturfreundejugend Deutschlands, Solidaritätsjugend Deutschlands im RKB, SJD — Die Falken, Verband Christlicher Pfadfinder.

Wir sind davon überzeugt, daß nur eine breite Teilnahme unterschiedlicher Gruppierungen zu einem Erfolg des Festivals führen kann. Dazu gehört auch, daß die unterschiedlichen Standpunkte gegenseitig geadtzt werden und die Diskussion im Geiste der Zusammenarbeit und der internationalen Solidarität erfolgt.

Wir rufen die Jugend der Bundesrepublik Deutschland zur aktiven Mitarbeit bei der Vorbereitung und Durchführung der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten auf und wollen damit einen Beitrag für die Freundschaft und Zusammenarbeit der Jugend der Welt leisten.

Doch Demokrat

90 Prozent der Bundeswehrkasernen tragen Namen von Leuten, die auch schon in der Nazizeit gefeiert wurden, z.B. die von Ludendorff, Hindenburg oder Lettow-Vorbeck. Eine entsprechende Anfrage der DKP-Wochenzeitung „UZ“ wurde dem sozialdemokratischen Verteidigungsminister Leber vorgelegt, der sodann durch seinen Pressesprecher Krause telefonisch mitteilen ließ: „Ihre Fragen werden nicht beantwortet“. Und im weiteren Gespräch: „Hindenburg war doch Demokrat“.



Auf Einladung der SDAJ besuchte zum erstenmal der Erste Sekretär des ZK des Leninschen Komsomol, J. M. Tjashelnikow, als Leiter einer Delegation des sowjetischen kommunistischen Jugendverbands die Bundesrepublik. Während des einwöchigen Aufenthalts fanden zahlreiche Gespräche mit Vertretern westdeutscher Jugendverbände aber auch mit offiziellen Stellen der BRD statt. Im Mittelpunkt des Besuchs stand die Unterzeichnung eines Protokolls über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen dem Komsomol und der SDAJ. Unser Foto, aufgenommen während eines Empfangs beim Partivorstand der DKP, zeigt von links nach rechts im Vordergrund die Genossen Christoph Strawé, Vorsitzender des MSB Spartakus, Rolf Jürgen Priemer, Bundesvorsitzender der SDAJ, J. M. Tjashelnikow und den stellvertretenden DKP-Vorsitzenden Herbert Mies.

BRD kurz

Neue Juristenzeitung

Der PAHL-RUGENSTEIN-VERLAG, Köln, hat die erste Nummer einer neuen juristischen Fachzeitschrift vorgelegt: „Demokratie und Recht“, 6 DM je Einzelnummer (im Abonnement 5 DM, Studenten-Abo 4 DM) und erscheint vierteljährlich. Als Herausgeber zeichnen zwölf großenteils erlaubte Namen von wissenschaftlichem Rang, unter ihnen Wolfgang Abendroth, Helmut Ridder und Gerhard Stubv. Der Inhalt der ersten Nummer begründet die Absichten der Herausgeber: Recht wird konsequent als gesellschaftliches Verhältnis von Menschen begriffen, Drei Beiträge behandeln „Darstellung und Kritik der Bodenpolitik und des Bodenrechts in

der BRD — Vorschläge zur demokratischen Umgestaltung“, „Bodenrechtliche Aspekte des Städtebaus der DDR“ und „Funktions- oder Formwandel des Eigentums?“ Ein besonderes Bonbon ist eine Besprechung des Buches „Der Staat der Industriegesellschaft“ von Ernst Forsthoff. Der Diplom-Politologe Hans-Dieter Bamberg zerflückt „die erste längere Globaldarstellung des Themas aus der Hand eines systemkonformen Juristen“ so vollständig, daß von dem Staats- und Verwaltungsrechtler Forsthoff, Träger des Adenauer-Preises der Deutschland-Stiftung, nichts übrig bleibt als die Erbärmlichkeit scheinwissenschaftlicher Obrigkeitspropaganda.

Kriegsdienstverweigerung

In einem allerdings noch nicht rechtskräftig gewordenen Urteil hat erstmals ein Gericht einen Wehrpflichtigen, der nach Erhalt des Einberufungsbescheides seinen ersten Wohnsitz nach Westberlin verlegt hat, von der Anklage der Fahnenflucht freigesprochen. Das Landgericht Kiel äußerte die Auffassung, daß ein Bürger der Bundesrepublik, der nach Westberlin zieht, automatisch Westberliner Bürger wird und damit die Westberliner Verfassung in Anspruch nehmen kann, die das Recht der Kriegsdienstverweigerung, ohne daß daraus Nachteile entstehen, beinhaltet. Die Staatsanwaltschaft hat dagegen Revision eingeleitet.

Nazi-Professoren hetzen ungehindert

Die „Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1939“ konnte die revanchistische „Notverwaltung des deutschen Ostens“ Mitte April ungehindert in Bonn fordern. Für die „Popularisierung des Reichsgedankens“ wurde die Gründung der „Reichsakademien Königsberg, Breslau und Prag“ und die Errichtung der „Stiftung deutsches Ostkreuz“ beschlossen. Hauptredner waren der Bonner Völkerrechtsprofessor und NPD-Funktionär Münch und der Vertreter nazistischer Gruppen in den USA, Professor App. Der US-Nazi rief unter dem Gejohle der Neonazis aus: „Wir müssen den gottlosen atheistischen Barbaren im Osten die Stirn bieten!“

Letzte Meldung

Offizielles Kommuniqué

Auf Einladung der Delegation der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam (PRR) in Paris führten am Montag, dem 16.4.73, als Vertreter der Initiative Internationale Vietnam-Solidarität (IIVS) Frank Werkmeister, Franz Hutzfeld und Dr. Gabriele Springath ein zweistündiges Gespräch mit Frau Phan thi Minh (Mitglied und Expertin der Delegation der PRR bei der beratenden Konferenz zwischen den beiden vietnamesischen Seiten in Paris) und Herrn Huynh Huu Nghiep (Unterchef des Sekretariats des Staatsministers der PRR Nguyn van Hieu). Die Vertreter der IIVS informierten über die Aktionen und Initiativen zur politischen und materiellen Solidarität mit dem vietnamesischen Volk in der Bundesrepublik. Besondere Beachtung fand die Tatsache, daß es der IIVS in letzter Zeit gelungen ist, breite Bevölkerungsschichten für die Unterstützung des vietnamesischen Volkes in seinem Kampf um Frieden und Unabhängigkeit auf der Grundlage des Pariser Vietnam-Abkommens zu gewinnen.

Die Vertreter der PRR erläuterte die gegenwärtige politische Lage in Südvietnam. Dabei verurteilten sie schärfstens die anhaltende Einmischung der US-Regierung in die inneren Angelegenheiten ihres Landes und die fortlaufende Sabotage des Vietnam-Abkommens durch das Thieu-Regime, das den Kriegszustand erhalten wolle.

Der Kampf um die Freilassung aller politischer Gefangenen und um die Verwirklichung der demokratischen Rechte in Südvietnam sei von großer Bedeutung.

Die Vertreter der Initiative Internationale Vietnam-Solidarität versicherten, in ihrer künftigen Arbeit diese Aspekte besonders hervorzuheben.

Zu den Ereignissen in Bonn anlässlich des Thieu-Besuches am 10.4.1973 stellten die Repräsentanten der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam klar, daß sie niemals in einer Grußadresse die Besetzung des Bonner Rathauses sowie die damit verbundenen Ausschreitungen gutgeheißen haben. Alle Behauptungen, die PRR unterstütze derartige Aktionen, sind nach Aussage der PRR-Vertreter absolut falsch. Ihre gesamte Politik sei — wie auch die Praxis in Vietnam zeige — darauf gerichtet, die Unterstützung breiter Bevölkerungsschichten zu gewinnen. Es entspräche weder ihrer Politik, sich in die inneren Angelegenheiten in dieser Weise einzumischen noch bestimmte Aktionsformen vorzuschlagen oder zu begrüßen. Die Vertreter der PRR bedauerten außerordentlich, daß es in der Sache Ihres Volkes zu derartigen Ausschreitungen in Bonn gekommen sei.

„Ist der Bundesregierung bekannt...?“

Offener Brief von Frank Werkmeister und Prof. Wulff

Schwere Vorwürfe gegen die Bundesregierung und den in Südvietnam eingesetzten „Malteser Hilfsdienst“ haben in einem offenen Brief an die Bonner Regierung die Mitarbeiter der „Initiative Internationale Vietnam-Solidarität“, Prof. Erich Wulff und Frank Werkmeister, erhoben. Prof. Wulff, der sechs Jahre lang als Arzt in Südvietnam gearbeitet hat (und unter dem Pseudonym Alsheimer in dem Suhrkamp-Buch „Vietnamesische

biete begaben, die ausdrücklich als Kampfgebiete gekennzeichnet waren.“ Weiter erklären Wulff und Werkmeister, daß in der von Bundesdeutschen eingerichteten und betriebenen Lehrwerkstatt der Deutschen Internationalen Flüchtlingshilfe (DIF) in Quang Ngai hauptsächlich Militärfahrzeuge der Amerikaner und der Saigener Armee repariert wurden und „Jugendliche als Kanonenfutter ausgebildet“ wurden (so der Sozialarbei-



Mit Ihren Schauermärchen in Spiegel und Stern haben sie sich gesundgestoßen: Malteser Schwinn und Diehl.

Lehrjahre“ darüber berichtete) ist Mitglied der Internationalen Kommission zur Untersuchung US-amerikanischer Kriegsverbrechen in Indochina. Frank Werkmeister ist Sekretär dieser Kommission. Anlässlich der Freilassung der zwei Malteser-Angehörigen Monika Schwinn und Bernhard Diehl aus vietnamesischer Gefangenschaft stellen Wulff und Werkmeister 14 Fragen zur bisherigen materiellen und „humanitären“ Hilfe für das Saigener Regime.

Zur Tätigkeit der Malteser wird gefragt, ob der Bundesregierung bekannt sei,
— „daß die Malteser bei ihren Arbeiten in Südvietnam auf Transportleistungen des US-amerikanischen Militäraparates angewiesen waren, wozu es entsprechende Vereinbarungen gab?“

— „daß Angehörige des Malteser-Hilfsdienstes in US-amerikanischen Militärflugzeugen und Maschinen der vom CIA gecharterten Luftlinie „Air America“ an ihren freien Tagen durch das Land reisten, wobei gelegentlich gleichzeitig von den Militärmaschinen Kampfaufträge durchgeführt wurden?“

— „daß sich die fünf Malteser am Tage ihrer Gefangennahme in Uniform in Ge-

ter Peter Schrader-Rottmers, der ebenfalls in Gefangenschaft der Volksbefreiungsstreitkräfte geraten war und durch die „Initiative Internationale Vietnam-Solidarität“ in die BRD zurückkehren konnte. 40 Prozent der Kosten für solche und ähnliche „humanitären“ Projekte in Südvietnam würden ohnehin auf die Gehälter der „Experten“ entfallen, heißt es in dem Offenen Brief. So sei es erklärlich, „daß man unter den „Humanitären“ von den „fetten Tagen in Vietnam“ (gemeint ist Südvietnam) spricht, weil kaum einer der Humanitäts-Spezialisten unter DM 4000 monatlich steuerfrei, nicht wenige sogar ca. DM 6000 verdienen“. Ein großer Teil der Restsumme verschwindet „in den Korruptionskanälen des Saigener Regimes“. In dem Offenen Brief an die Bundesregierung heißt es abschließend: „Wir fordern eine öffentliche Kontrolle der Gewerkschaften, Jugend- und Studentenverbände und aller jener Organisationen, die bisher konsequente Hilfe für die Bevölkerung Vietnams leisteten, über die zu vergebenden Gelder zur Behebung der Auswirkungen der US-amerikanischen Kriegshandlungen in Indochina.“

„ . . . sonst schlag ich Dir noch eine rein!“

Die bürgerliche Presse war voll von Sensationsberichten über die Schlägereien im Frankfurter Westend. Die Prügelszenen wurden zum Teil sinnlos durch anarchistische Rowdies – auch der KSV röhmt sich, dabei gewesen zu sein – provoziert. Was die Presse verschweigt, sind die berechtigten Forderungen der Frankfurter Mieter, ist die bodenlose Gemeinheit der Wohnungsspekulanten. Kein Wort auch über die Ausschreitungen der Polizei. Jürgen Roth notierte folgende Fälle:

Fälle von Folterungen

1. Das Mitglied einer sozialistischen Gruppe wird in Frankfurt verhaftet. Auf dem Revier soll er eine schon vorgefertigte Aussage unterschreiben, „daß er sich an Straftaten beteiligt habe“. Als er sich weigert, dieses Protokoll zu unterschreiben, drückt ihm ein Polizist seine glühende Zigarette auf dem Handrücken aus. Dazu die Bemerkung:

Wenn Du dich beschwerst, ist es Deine eigene Dummheit. Wie willst Du denn erklären, daß Du Deine Zigarette auf den Boden geworfen hast und dann draufgefallen bist?

2. Konrad Knappe, 37 Jahre: Er wurde von mehreren Streifenwagen gestoppt, als er seinen beschädigten PKW auf einen Abstellplatz transportieren wollte. Ihm wurden Handschellen umgelegt und mitgeteilt, daß man auf der Wache ein Protokoll anfertigen werde. Man fuhr ihn zum Polizeirevier Hammelgasse. Als er sich weigerte, ein vorgefertigtes Protokoll zu unterschreiben, in dem ihm unterstellt wurde, er habe sich mit seinem PKW auf dem Weg zum Kettenhofweg 52 befunden, um dort das Fahrzeug als Barrikade zu benutzen, wurden die Handschellen immer enger angezogen und mit gezielten Schlägen in den Magen versucht, ein Geständnis zu erpressen, nachdem die Polizeibeamten mit dem Gummiknöppel in seinem Mund herumgestochert hatten. Als er ohnmächtig wurde, versuchte man ihn durch Wassergüsse ins Gesicht wieder aufzuwecken.

Fälle von Mißhandlungen

1. Klaus Hinz. Ihn traf der Strahl eines Wasserwerfers mitten ins Gesicht. Er spürte brennende Schmerzen und konnte einige Minuten die Augen nicht öffnen. In der Augenklinik attestierte man ihm und anderen Demonstranten, die vom Wasserwerfer besprührt wurden, „eine doppelseitige conjunctiale Reizung beider Augen“. Die Polizeiführung in Frankfurt dazu: „In Zukunft werden wir häufiger dem Wasserwerfer diese Stoffe beimischen“.

2. Hans Georg Breidung. Er wurde während der Demonstration am 7. 4. 73 ver-

haftet und im Polizeipräsidium von drei Polizisten zusammengeschlagen.

3. Rainer Lindner: Im Fahrstuhl des Polizeipräsidiums wurde er gegen die Wand geknallt und mit dem Knüppel geprügelt.

4. Hubert Braun: Der Fahrer eines Mannschaftswagen stieg aus, nahm sein Schild und ging auf einen Passanten zu, der ca. 5 Meter von dem Polizeiwagen entfernt stand und prügelte auf ihn ein. Der Passant rief „Ich mache ja gar nichts“. Darauf schlug der Polizist ihm mit dem Schild auf den Kopf, so daß er hinfiel. Dann kam noch ein anderer Polizist und sie schlugen gemeinsam mit dem Schlagstock auf den liegenden Passanten ein.

5. In der Tagesschau des ARD-Fernse-

hens sah jeder am Abend des 31. 3. 1973 den jungen Mann, der auf einen Wasserwerfer gespritzt war und den Wasserstrahl gegen die Polizeibeamten richtete. Die Fernsehaufnahmen waren bis zu dem Zeitpunkt zu sehen, wo die Polizisten den jungen Mann vom Wasserwerfer herunterholten. Dann wurde geschnitten. Hier die Fortsetzung: „Als ich auf dem Boden ankam, bekam ich noch in der Hocke von 3 Polizisten Schläge auf den Kopf und die Stirn. Um die Schläge zu vermeiden, ließ ich mich auf alle vier hinfallen und bedeckte Kopf und Hals. Mittlerweile standen 10 Polizisten um mich herum und die Beamten schlugen weiter auf mich ein. Dann erst hörte ich den Befehl: „Aufhören“.“

Fälle von Psychoterror

1. Im Kriminalgerichtssaal des Polizeipräsidiums werden dreißig bis vierzig Polizisten als Zeugen in den Raum geholt. Sie sollen Demonstranten identifizieren. Ein Beamter nennt diese Gruppe laut hörbar das „Exekutionskommando“.

2. Ein Polizist: „Man sollte jedem einzelnen mehrmals einen Schlüsselbund in die Fresse schmeißen“.

3. Ein Zivilpolizist: „Komm, halts Maul, geh auf die Rampe, sonst schlag ich Dir noch eine rein“.

4. Beim Herausgehen der vorgeführten und inhaftierten Demonstranten versuchen die Beamten, den von der Rampe heruntergehenden Jugendlichen die Beine zu stellen.



EIN TRIBUNAL GEGEN BODENSPEKULATION UND MIETWUCHER will die südbayerische DKP im Rahmen einer längerfristigen Aktion für ein soziales Boden- und Mietrecht demnächst veranstalten. Dazu erklärte DKP-Präsidentenmitglied Jupp Angenfort, daß strenge Strafbestimmungen gegen den Wucher mit Boden erforderlich seien, notfalls durch ein Sondergesetz auf der Grundlage des Artikels 14 des Grundgesetzes mit dem Ziel, Bodenspekulation als Mißbrauch des Eigentums als kriminelles Delikt zu ahnden. Angenfort: „Die bekannte Schweinerei von München, wo der Multimillionär Finck allein pro Tag einen Bodengewinn von 1 Million durch seinen Bodenbesitz am Rande der Stadt erzielt, ist typisch für die Bodenspekulation in Bayern und bezeichnend für die ganze Bundesrepublik.“ Im DKP-Pressedienst wird als eine der Sofortmaßnahmen gefordert: „Der im Besitz der Großgrundbesitzer, Banken, Versicherungsgesellschaften, Industrie- und Handelskonzernen befindliche Boden in den Städten und Ballungsgebieten wird für den Bedarf der Städte und Gemeinden im Interesse der Allgemeinheit in öffentliches (kommunales) Eigentum überführt. Eine Entschädigung erfolgt zum Bilanzwert, d.h. zu dem Wert, den die Bodeneigentümer zwecks Versteuerung gegenüber dem Finanzamt selbst angegeben haben.“

Internationales

„Die US-Imperialisten konnten ihr Ziel nicht erreichen“

Der Genosse Franz Hutzfeldt, Mitglied des Sekretariats des Bundesvorstands des MSB Spartakus, besuchte auf Einladung der Partei der Werktätigen Ende Februar als Mitglied einer vierköpfigen DKP-Delegation die Demokratische Republik Vietnam. Es war dies die erste ausländische Parteidelegation, die sich nach Abschluß des Pariser Abkommens in der DRV aufhielt. Franz Hutzfeldt berichtet hier von seinen Reiseindrücken, dem Ausmaß der Zerstörungen und dem Aufbauwillen des vietnamesischen Volkes. Sein Bericht führt die Notwendigkeit der weiteren Solidarität mit Vietnam eindringlich vor Augen.

Als die IL 18, der alte Omnibus der sowjetischen Luftflotte, die dichte Wolkendecke über Hanoi durchbrach, lag vor uns der Stadtrand: Kein Reisfeld ohne Bomberkrater, kein Haus, das nicht getroffen wurde, keine Hütte, die nicht zerstört wurde!

Und das ist nicht nur so in Hanoi, sondern überall in der Demokratischen Republik Vietnam! Die US-Imperialisten haben buchstäblich alles bombardiert. Die Fels spitzen der malerischen Halong-Bucht im Norden der DRV haben sie für Zielübungen benutzt. Sie haben die Deiche des Roten Flusses bombardiert, die für den Reisanbau notwendigen Be- und Entwässerungssysteme, Schulen, Wohnungen, Fabriken und Brücken.

Ihre Bombardements waren umfassend. Sie dienten zwei Zielen: Einmal sollte die Bevölkerung demoralisiert werden.

Dazu wurden die Wohnviertel bombardiert, organisiert mit mörderischer Perfektion: So steckten die US-Bomber in Hanoi zwei Wohnviertel mit je 100 000 Einwohnern ab und bombten so lange und immer wieder, bis aus Wohnvierteln und Schulen eine Staub- und Steinwüste wurde.

So steht heute von den 24 Provinzhauptstädten keine mehr. Drei Viertel der Bevölkerung im dichtbesiedelten Gebiet des Roten Flusses sind obdachlos.

Von der Hafenstadt Haiphong stehen noch 20 Prozent. Als wir am Abend nach Haiphong hineinfahren, breitet sich rechts und links der Straße eine gewaltige Trümmerwüste aus. Nur einzelne Baumstümpfe ragen noch heraus. Auch Ruinenstufen kaum noch. Die US-Bomber leisteten die beinahe perfekte Sanierung im Planquadrat. Überall brennen Lichter. Denn die Menschen leben zwischen den Trümmern! Unter freiem Himmel. Einige haben sich Lehmhütten gebaut. Sie werden mit Beginn der Regenzeit Anfang Juni zerstören. Werden bis dahin nicht umfangreiche Notunterkünfte geschaffen, wird das Elend der Menschen gewaltige Ausmaße annehmen.

Trotzdem: Die US-Imperialisten konnten ihr Ziel nicht erreichen. Zwar sind die Menschenverluste hoch gewesen, trotz der Evakuierung weiter Teile der Bevölkerung, trotz Tausender Bunker in allen Straßen der Städte. Wie hoch, kann jeder abmessen, der die Verluste bei den Ter-

„Nhan Dan“ 25. 2. 1973

S. 1/2

Zentralorgan der Partei der Werktätigen der DRV
„Eine Delegation der Deutschen Kommunistischen Partei in Hanoi“

Hanoi, den 24. 2. Auf Einladung des Zentralkomitees der Partei der Werktätigen Vietnams ist eine Delegation der Deutschen Kommunistischen Partei, unter Leitung von Hermann Gautier, Mitglied des Präsidiums, Stellvertreter des Leiters des Sekretariats des Parteivorstandes, heute in Hanoi zu einem Freundschaftsbesuch in der Demokratischen Republik Vietnam eingetroffen.

Der Delegation gehören außerdem an: Sepp Mayer, Mitglied des Parteivorstandes, Vorsitzender der Landesorganisation Hessen, Peter Schütt, Mitglied des Parteivorstandes, Sekretär des Landesvorstandes Hamburg, und Franz Hutzfeldt, Mitglied des Sekretariats des Marxistischen Studentenbundes Spartakus.

Die Delegation wurde bei ihrer Ankunft von Hoang van Hoan, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der Partei der Werktätigen Vietnams, Nguyen van Tran, Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Werktätigen Vietnams, Nguyen van Kinh, Mitglied des Zentralkomitees der Partei der Werktätigen Vietnams, und Tran chi Hien, Stellvertreter des Leiters der Kommission für Internationale Beziehungen beim Zentralkomitee der Partei der Werktätigen Vietnams, und anderen Persönlichkeiten begrüßt.“



rorangriffen des zweiten Weltkrieges kennt.

Aber die Bevölkerung hat sich unter dem Terror der B 52 in ihrem Abwehrkampf nur noch stärker zusammengeschlossen. Ihre Moral ist ungebrochen! Es gibt keine Niedergeschlagenheit in der DRV, überall Optimismus, Selbstvertrauen und Siegesgewissheit. Vor allem aber der Wille, aufzubauen.

Am Sonntag nach unserer Ankunft war Subotnik, freiwilliger Arbeitseinsatz vor allem der Jugend. Zehntausende kamen allein in Hanoi. In allen Straßen waren sie seit halb sieben Uhr morgens dabei, neue Häuser zu errichten, schwer getroffene auszubessern. Überall in Hanoi standen und fuhren lange Reihen sowjetischer Lastwagen, beladen mit Baumaterial. Der Aufbau hat begonnen.

Zerstörte Industrie

Das zweite Ziel der Bombardierung war die ökonomische Zerstörung der DRV, um damit die Befreiungsbewegung im Süden Vietnams zu schwächen. Es gibt heute in der DRV kaum eine Produktionsstätte, die nicht getroffen

Der Erste Sekretär der Partei der Werktätigen, Genosse Le Duan (rechts, 2. v. l.) empfing die Delegation zu einem ausführlichen, vierstündigen Gespräch, das noch bei einem anschließenden Essen fortgesetzt wurde. Neben ihm Genosse Hermann Gautier, der Delegationsleiter. Auf der linken Bildhälfte (In der Mitte v. l. n. r.) Franz Hutzfeldt, der Hamburger Schriftsteller Peter Schütt und der hessische DKP-Vorsitzende Sepp Mayer.

wurde: Die Schwerindustrie, das erste Eisenhüttenkombinat, Düngemittelbetriebe, Textilkombinate, Zucker- und Papierfabriken, Maschinenfabriken, Werften, Eisenbahn- und Autoreparaturwerke. Sie alle wurden schwer getroffen oder vollständig zerstört.

Ein Beispiel ist die Werft Bach Dang bei Haiphong mit 3000 Beschäftigten; davon sind 40 Prozent Frauen. Die Werft wurde 1960/61 mit sowjetischer und polnischer Hilfe gebaut. Aber schon drei Jahre später, 1964, begannen die ersten Bombenangriffe. Bis zum Waffenstillstand waren es allein 130.

Aber die Arbeiter haben nicht wehrlos zugeschaut. Schon wenige Monate nach Beginn der Bombardierungen wurden Betriebskampfgruppen gegründet. Bei unserem Besuch wurde uns die 22jährige

Genossin Me Anh vorgestellt. Sie leitet eine Hundertschaft der Flugabwehr. Bei der Abwehr von 40 Angriffen hat sie mitgekämpft. Zweimal wurde sie verschüttet. Aber ihre Hundertschaft war auch die erfolgreichste, sie erhielt die höchste Auszeichnung der DRV. Über dieser Werft wurde die erste B 52 abgeschossen.

Die schwersten Angriffe gegen diese Werft und die angrenzenden Arbeitersiedlungen wurden in der Nacht vom 18. Dezember 1972 geflogen. Damals waren B 52 allein auf das Werftgelände 200 Bomben. Mit diesem Nachtangriff zerstörten die US-Bomber auch die angrenzenden Arbeitersiedlungen. 30 000 Menschen wurden obdachlos. Wie schwer der Aufbau ist, wird deutlich, wenn man die Ruinen, die vom Bom-



bendruck zerbogenen gewaltigen Eisenträger sieht. Das alles muß zuerst geräumt werden. Trotzdem wird schon gearbeitet, zwischen den Trümmern, in Werkhallen ohne Dächer, in Ruinen.

Schwer getroffene Landwirtschaft

Auch die landwirtschaftliche Produktion wurde schwer getroffen. Das wird deutlich im Deltagebiet des Roten Flusses. Hier im dichtbesiedelten Gebiet der DRV leben 1000 Menschen auf einem Quadratkilometer. 1958 wurde die Landwirtschaft umfassend kollektiviert, vorher waren 80 Prozent Großgrundbesitz. Um den Intensivanbau voranzutreiben, gibt es zahlreiche Staatsgüter, besonders für Gemüse, Tee, Kaffee, Tabak, Seidenraupen, Kokospalmen und Zitrusfrüchte. Mit Hilfe der DDR wurden Getreidesämtern und Schweinemästereien errichtet. Seit 1954 wurde der Reisertrag vervierfacht. Statl einer gibt es jetzt drei Reisemonten: Im Juni, August/September und im Dezember. Heute sind fast alle großen Plantagen zerstört wurden, alle Städte und 75 Prozent aller Dörfer. Nach der Zer-

störung der Bewässerungsanlagen muß das Wasser wie im Mittelalter mit menschlicher Kraft geschöpft werden.

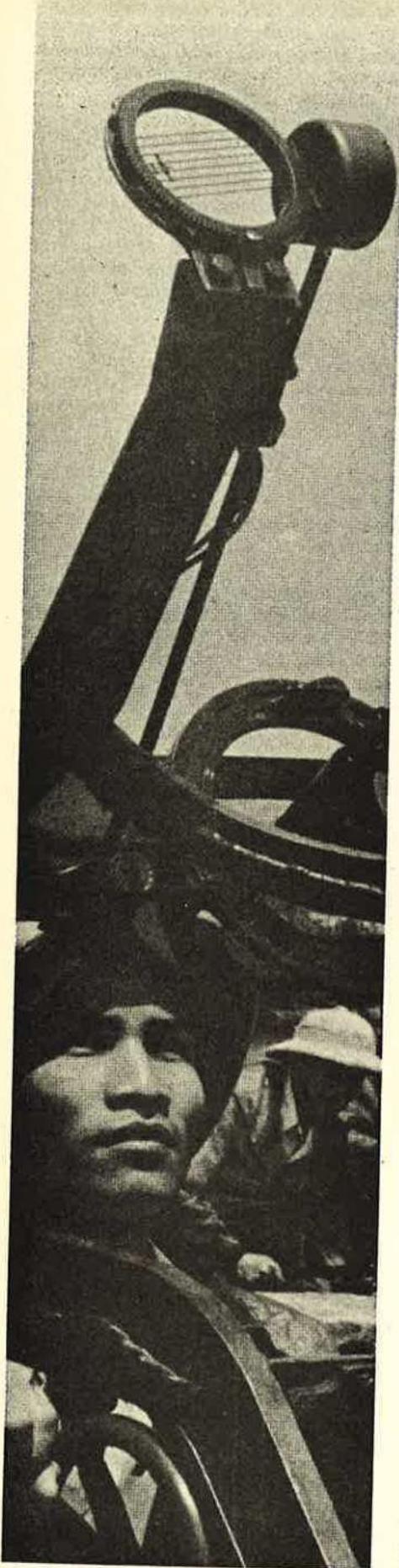
Zugleich wurde die Infrastruktur entscheidend getroffen. Fast alle Brücken wurden zerstört. Es gibt keine Eisenbahnlinie und keine Straße, die nicht von US-Bombern angegriffen wurde. Aber auch hier ist der Aufbau im vollen Gange: Als wir die DRV verlassen, ist die große Hanoier Brücke über den Roten Fluß wieder errichtet worden. Das ist um so beachtlicher, als technische Hilfsmittel wie Großkräne vollkommen fehlen. Die gewaltige Eisenbrücke wurde mit Menschenkraft, mit Seilen und Rollen wiederhergestellt. Beinahe wie der Bau der Pyramiden in Ägypten.

Aber auch hier gilt: Auch mit dieser ungeheuren Zerstörung der Industrie- und Agrarproduktion konnten die Imperialisten ihr Ziel nicht erreichen. Wo die Produktion ausfiel, wo Rohstoffe nicht mehr gefördert werden konnten, standen die sozialistischen Staaten bereit, an erster Stelle die Sowjetunion: Sie lieferten Rohstoffe, Lebensmittel und Industriewaren. Ihre Lieferungen bildeten das ökonomische Rückgrat des Kampfes.

An erster Stelle: der Aufbau

Als erste Aufgabe für die DRV steht heute der Aufbau. Wie schwierig, komplex und ineinander verbunden diese Aufbauaufgaben sind, machte das Gespräch mit dem ersten Parteisekretär von Hanoi deutlich. Sein Prioritätenplan für Haiphong für das Jahr 1973 ist beispielhaft für die gesamte DRV. Er nannte dabei

1. den Wohnungs- und Krankenhausbau, der allererste Aufgabe ist. Dafür aber ist die Wiederherstellung der Haiphonger Zementfabrik notwendig;
2. die Wiederaufnahme der Werftproduktion. Aber dazu ist die Inbetriebnahme des zerstörten Walzwerkes notwendig. Bis dahin wird der Stahl von der Sowjetunion geliefert werden;
3. die Wiederherstellung der Stromversorgung, die zu 92 Prozent zerstört worden ist. Während unseres Besuches war das E-Werk noch nicht arbeitsfähig;
4. die Reparatur der Wasserversorgung und der Kanalisation. Aber trotz ihrer Zerstörung hat es zu keiner Zeit Seuchen gegeben;



5. die Beseitigung der Schäden am Verkehrsnetz, an den Brücken und Eisenbahnlinien. Im Delta sind über 1000 Brücken zerstört worden, das sind 97 Prozent aller Brücken im Delta.

Zum Wiederaufbau trägt entscheidend bei die Hilfe der sozialistischen Staaten. Schon wenige Tage nach der Einstellung der Bombardierungen begannen Tausende Spezialisten, am Wiederaufbau mitzuwirken. Daß diese Hilfe entscheidend wird, ist auch der Masse der Bevölkerung bewußt. Das läßt sich sehr deutlich an einem Beispiel zeigen: Überall, wo wir hinkamen, liefen die Menschen, die Kinder zusammen, klatschten, winkten und riefen: Sowjets, Sowjets. Aber für den Wiederaufbau wird die DRV auch Hilfe von imperialistischen Staaten annehmen.

Unsere Gespräche mit Le Duan und die ganztägigen Verhandlungen mit einer Delegation des ZK's zeigten die Wachsamkeit von Partei und Regierung. Sie waren bestimmt von der Einschätzung, daß der US-Imperialismus auch nach dem Abzug seiner Truppen seine Ziele unverändert mit anderen Mitteln zu erreichen versuche. Gezielte Warenexporte und zielgesteuerte Investitionen treten an die Stelle von B 52. Und in diesen Wettkampf um das gemeinsame Ziel tritt vor allem auch die zweite Riege imperialistischer Staaten wie Japan und die BRD. Plötzlich haben die verschiedensten Staaten Interesse an Beziehungen mit der DRV und den Wunsch, Investitionshilfen zu leisten. In diesen Gesprächen wurden klar: Die DRV nimmt alle Hilfe an, alle Investitionen, aber Partei und Regierung bestimmen alleine, wohin das Geld fließt. Ohne ihre Kontrolle kommt kein Geld ins Land.

In diesem Zusammenhang hob Le Duan auch das Interesse der DRV an normalen gleichberechtigten Beziehungen mit der Bundesregierung hervor. Allerdings scheine die Bundesregierung zur Zeit noch unter Hinweis auf den Hauptverbündeten, die USA, solche gleichberechtigten Beziehungen abzulehnen. Und bisher habe sich die Bundesregierung ja vor allem durch die rückhaltlose politische Unterstützung der US-Aggression, ja durch die finanzielle Unterstützung dieser Aggression über die Devisenausgleichszahlungen verdient gemacht. Und damit Mitverantwortung für die Bombardierung und Verwüstungen übernommen. Es ist verständlich, daß damit Wiedergutmachungsleistungen der Bundesregierung notwendig würden.

Die Zähne ausgebissen

Aber die US-Terrorangriffe haben auch ihre Grenzen gefunden. Das machte der Besuch der Cam Pha im Norden der DRV deutlich. Denn diese Fabrik arbeitet vollständig im Berg. Schon 1965 wurden die Vorbereitungen zur Verlagerung der Produktion in fünf Grotten getroffen. Der Umzug wurde dann während der „Aktion Donnergrollen“ im Dezember 1967 be-

endet. Diese Aktion Donnergrollen wurde von den USA im Herbst 1967 gestartet, um vor allem die Provinz Quang Ninh, das Industriezentrum der DRV, dem Erdboden gleichzumachen. Seit dieser Zeit wird in fünf Grotten übereinander gearbeitet. Verdeckt in einer engen Schlucht liegt der Eingang, der zu einem tiefen gut ausgeleuchteten und gelüfteten Höhlensystem führt. Ein „Stockwerk höher“ befinden sich Verwaltung und Schlafräume. In drei Schichten arbeiten hier 3000 Menschen, darunter 300 Frauen. Auch während der härtesten Bombenangriffe lief die Produktion ungestört weiter. Die US-Bomber versuchten, den Eingang zu treffen, vergeblich. An diesen Produktionsstätten bissen sich die B 52 die Zähne aus. Die Grenzen der Terrorangriffe wurden deutlich.

Fortsetzung im nächsten Heft

Antiimperialistisches Informationsbulletin



monatlich,
15,- DM für 12 Nummern

- Dokumente und Selbstdarstellungen der nationalen Befreiungsbewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas (in deutscher Übersetzung)
- Dokumente über die Verbrechen des US-Imperialismus und seiner Verbündeten an den Völkern der „Dritten Welt“
- Analysen allgemeiner Entwicklungsprobleme des antiimperialistischen Kampfes
- Analysen der US-Globalstrategie, der NATO-Strategie und insbesondere der Rolle der BRD
- Karten und sozialökonomische Daten
- Berichte über aktuelle Ereignisse und Kurzinformationen

BESTELLUNGEN an:

„Antiimperialistisches Informationsbulletin“,
p. A. Barbara Schilling,
355 Marburg/Lahn, Liebigstr. 46

Erfolgreiche Aktionen der KSV gegen Thieu

„K“SV erledigt die Geschäfte der Reaktion

Demonstrationen überall in der Bundesrepublik, das waren die Antworten auf den Besuch des Saigener Diktators am 10. April in Bonn, auf seinen Empfang durch den Bundespräsidenten Heinemann! Allein in Bonn nahmen weit über 4000 Menschen an der Demonstration der Initiative Internationale Vietnamesolidarität teil!

Mit diesen Aktionen konnte die Solidaritätsbewegung einen Strich durch die Rechnung der Bundesregierung machen, den Diktator nach kurzfristiger Ankündigung möglichst still und heimlich zu empfangen, um somit ihren Obolus an den US-amerikanischen Hauptbündnispartner zu leisten. Denn die US-Regierung reichte Thieu in den verschiedenen europäischen Staaten herum, ja selbst bis hin zum Papst, um damit eine internationale politische und moralische Aufwertung des Thieu-Regimes zu erzielen! Denn mit einem solchermaßen gestärkten Regime erhoffen die US-Imperialisten, ihren Einfluß im Süden Vietnams weiter sichern zu können!

Es gelang in diesen Aktionen, entscheidende Punkte der Verlumdungsaktionen großer Teile der bürgerlichen Presse in ihrer Berichterstattung über Vietnam mit der Wirklichkeit zu konfrontieren, deutlich zu machen, daß es die Demokratische Republik Vietnam und die Befreiungsbewegung sind, die das Pariser Waffenstillstandsabkommen buchstabengetreu erfüllen wollen, daß aber das Saigener Thieu-Regime dieses Abkommen täglich bricht, wenn es Feuerüberfälle auf die Bevölkerung betreifte Gebiete übernimmt, wenn es 100 000 politische Gefangene in seinen Kerkern und Konzentrationslagern hält, wenn es der Bevölkerung die im Abkommen verankerten demokratischen Rechte verweigert!

Denn um diese Forderungen wird es auch in der weiteren Solidaritätsbewegung gehen!

Zugleich demonstrierte dieser Tage das politische Fiasko einiger Sektierergruppierungen, allen voran der Westberliner „K“SV. Unfähig, der Solidaritätsbewegung eine politische Perspektive des antiimperialistischen Kampfes zu geben, stürmte der „K“SV in einer planmäßigen Aktion das Bonner Rathaus, jagte die Angestellten und Arbeiter auf die Straße und warf das Mobiliar aus dem Feuer!

Selbst wenn diese Aktion nicht von Strauß und Springer bestellt wurde, so hat der „K“SV damit noch einmal eindeutig bewiesen, daß er die Geschäfte der Reaktion erfüllt. Nicht nur, daß er der

Presse das Material lieferte, um die gesamte Solidaritätsbewegung zu diffamieren. Sondern mit dieser Aktion erledigte er eine besondere Aufgabe der Reaktion, nämlich studentische Jugend und arbeitende Bevölkerung zu spalten. Denn die Verwüstung des Rathauses erweckt bei der Bevölkerung nur Unverständnis und Feindschaft gegenüber den Forderungen der demokratischen Bewegung, der Vietnamesischen Solidarität. Das aber bedeutet zugleich Sabotage am Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes!

Der MSB SPARTAKUS bekämpft diese Politik aufs schärfste! Uns kommt es darauf an, die Bevölkerung unseres Landes für die gerechten Forderungen der vietnamesischen Befreiungsbewegung zu gewinnen, Forderungen an die Bundesre-

gierung zu entwickeln, die das Verständnis der Bevölkerung wecken, die gemeinsame Aktionen von arbeitender Bevölkerung und Studenten möglich machen. Uns geht es darum, den Anteil der Bundesregierung an der US-amerikanischen Aggression in Vietnam deutlich zu machen:

Die vorbehaltlose politische Unterstützung der US-Aggression in Vietnam durch die Bundesregierung klar zu zeigen!

Die auch jetzt wieder verstärkte finanzielle Unterstützung der US-Aggression durch direkte Zahlungen der Bundesregierung an das Thieu-Regime und durch die Devisenausgleichszahlungen an die US-Regierung zu entlarven!

Denn damit zeigen wir zugleich die enge Verflechtung der imperialistischen Staaten untereinander, ihre vereinte Politik für das gemeinsame Ziel. Daran wird auch klar, daß die wichtigste Aufgabe antiimperialistischer Solidarität der Kampf gegen den Imperialismus im eigenen Lande ist, der organisierte Einsatz für demokratische Forderungen hier in der Bundesrepublik!

Für diese Perspektive antiimperialistischer Solidarität und demokratischen Kampfes hier in der Bundesrepublik gibt es keine Alternative!

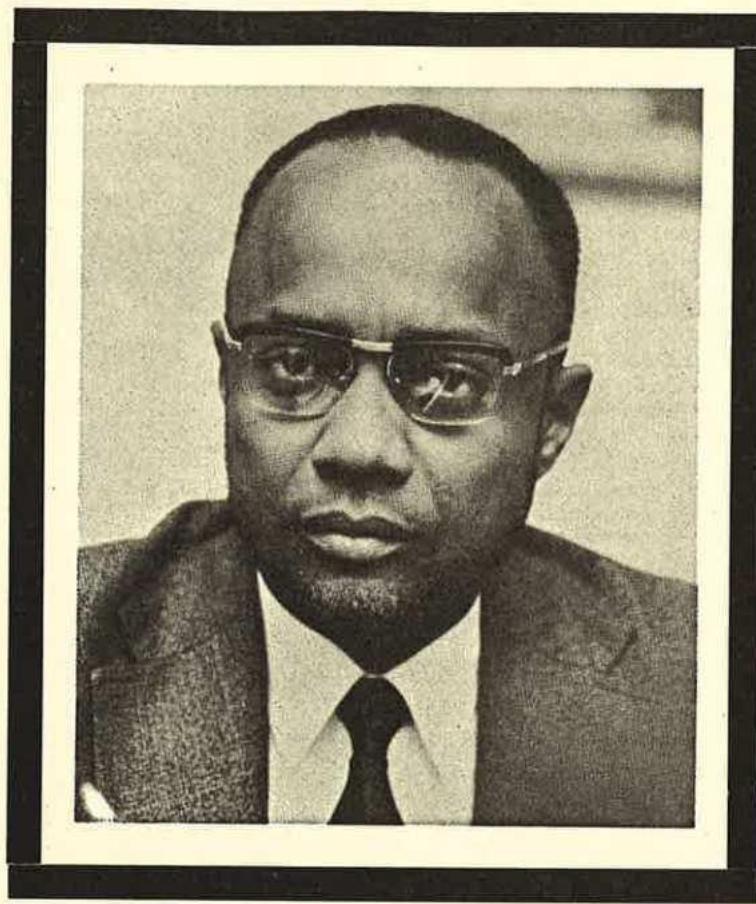


Prof. Tsatsos mit Familie

Freiheit für Prof. Tsatsos!

Solidarität mit den griechischen Antifaschisten – eine der dringendsten Aufgaben in diesen Wochen, da die Obersten-Clique die Unterdrückung des griechischen Volks und der Studenten immer weiter verstärken will und dabei die Unterstützung nicht zuletzt auch der BRD-Regierung einholt. Solidarität mit Professor Tsatsos, dem willkürlich in Athen verhafteten Wissenschaftler aus Bonn!

Amilcar Cabral, Generalsekretär der Afrikanischen Unabhängigkeitspartei von Guinea-Bissau und den Kapverdischen Inseln (PAIGC) — am 20. Januar in Conacry 48jährig heimtückisch ermordet — Opfer eines Komplotts imperialistischer Kräfte.



AMILCAR CABRAL

„Nichts bleibt den Portugiesen — nichts außer Napalm und Bomben auf wehrlose Dörfer. — Sie werden überall Terror säen und ihre Geheimagenten werden uns weiterhin Fallen stellen. Sie versuchen, die Führer unserer Befreiungsbewegungen physisch zu liquidieren, um den Kampfeswillen unseres Volkes zu brechen. Sie denken anscheinend, der Sieg und die Befreiung eines Volkes hängt allein von seinen Führern ab. Aber wenn einer von uns einem gekauften Mörder der Portugiesen zum Opfer fallen sollte — der Kampf wird unvermindert weitergehen bis zum Sieg.“

10.000 Schulhefte und Bleistifte

Zu einer Solidaritätsaktion zur Unterstützung der Schulkinder in den befreiten Gebieten von Angola, Guinea-Bissau und Mozambique, haben die Herausgeber und Mitarbeiter des in Marburg erscheinenden „Antiimperialistischen Informationsbulletins“ aufgerufen.

Bis zum Beginn der X. Weltfestspiele sollen wenigstens 10 000 Schulhefte und Bleistifte gesammelt werden, um auf diese Weise die Befreiungsbewegungen MPLA, PAIGC und FRELIMO zu unterstützen.

In den von den Freiheitskämpfern kontrollierten Gebieten wurde ein erfolgreiches Schulsystem aufgebaut. Gegenwärtig werden mehr als 150 Schulen unterhalten, denen es jedoch an Unterrichts- und Ausbildungsmaterial mangelt.

Die Initiatoren kündigten an, daß sie mit dieser Aktion eine größere Aufklärungskampagne über die Situation in den genannten Ländern starten wollen.

Geldspenden werden unter dem Stichwort „10 000 Schulhefte“ auf das Postscheckkonto Köln 171 387, Sonderkonto Wilhelm Breuer, erbeten. Sachspenden werden von der Redaktion des „Antiimperialistischen Informationsbulletins“ gesammelt: Barbara Schilling, 355 Marburg/L., Liebigstr. 46.

Symbolische Unterstützung

Zum dritten Male seit 1970 hat der Weltkirchenrat im Rahmen seines Anti-Rassismus-Programms 200 000 US-Dollar den Befreiungsbewegungen in Übersee zur Unterstützung humanitärer Maßnahmen zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig hat der Weltkirchenrat seine finanziellen Beteiligungen an Firmen, die in den südafrikanischen Ländern mit weißen Ministerien regieren arbeiten, zurückgezogen und Aktien im Marktwert von 4,8 Millionen Mark abgestoßen. Außerdem wurde eine Liste der rund 650 internationalen Unternehmungen veröffentlicht, die in Südafrika Geschäfte machen.

Diese Maßnahmen gehen auf Beschlüsse des ökumenischen Exekutivkomitees zurück, das Mitte Januar in Bangalore/Indien getagt hat. Die meisten der 25 antirassistischen Organisationen, von denen 13 schon zum zweiten oder dritten Male eine symbolische Geldzuwendung vom Weltkirchenrat erhalten, sind im südlichen Afrika tätig. Zu ihnen gehören auch die Befreiungsbewegung von Mozambique (Frelimo), Guinea-Bissau (PAIGC) und Namibia (SWAPO).



①



②



③



APPEL

zur Einberufung eines Weltkongresses der Friedenskräfte

Vom 16. bis zum 18. März hat in Moskau ein Internationales Konsultativentreffen zur Vorbereitung des Weltkongresses der Friedenskräfte für internationale Sicherheit und Abrüstung, für nationale Unabhängigkeit, Zusammenarbeit und Frieden stattgefunden. Auf Einladung des Weltfriedensrates nahmen daran Vertreter von 40 internationalen und 81 nationalen Organisationen aus 60 Ländern teil.

Die Teilnehmer wenden sich mit einem dringenden Aufruf an alle, die bereit sind zur erfolgreichen Vorbereitung und Durchführung dieses Kongresses, der in Moskau im Oktober 1973 stattfindet, beizutragen.

Der Weltkongress wird ein Ausdruck der machtvollen Bewegung sein, die die Völker in unserer Zeit begeistert und vereinigt. Er wird gleichzeitig der Auftakt eines neuen, entscheidenden Aufschwungs dieser Bewegung sein, um die noch bestehenden ernsten Gefahren für den Weltfrieden zu bannen. Die Friedenskräfte haben schon reale Erfolge erzielt. Der Sieg des heroischen vietnamesischen Volkes gegen die imperialistische Aggression ist auch das Verdienst der unermüdlichen Anstrengungen der Völker, die nach Gerechtigkeit und Frieden streben. In Europa sind große Erfolge bei der Milderung der Spannungen erreicht. Es verstärkt sich der Kampf für nationale Befreiung und ökonomische Unabhängigkeit. Einige gefährliche Kriegsherde wurden gelöscht. Zahlreiche Staaten mit unterschiedlichen sozialen Systemen sind zur friedlichen Koexistenz übergegangen. In einigen Erdteilen nimmt die Frage der Gewährleistung der Sicherheit konkrete Gestalt an und Schritte zur Abrüstung wurden eingeleitet.

Reichen aber alle diese positiven Erscheinungen für die Sicherung eines dauerhaften Friedens aus?

Nein, es besteht nach wie vor die Gefahr eines nuklearen Konfliktes, die Kriegsherde schwelen weiter, vor allem im Nahen Osten, wo die Besetzung von

arabischen Territorien durch Israel anhält und die UNO-Resolutionen nicht erfüllt sind; die Friedensregelung in Indochina aufgrund der Pariser Abkommen ist nicht abgeschlossen, das Werrüsten dauert an, Überreste des Kolonialismus, Rassendiskriminierung und Neokolonialismus gehören immer noch zu unserer Gegenwart.

Wir sind davon überzeugt, daß ein offenes Gespräch über diese Fragen trotz aller Unterschiede in den ideologischen Positionen und Meinungen von großem Nutzen für die Sache des Friedens und der Entspannung ist und das Vertrauen und die Zusammenarbeit zwischen den Völkern sich dadurch verstärken werden.

Geleitet vom gemeinsamen Ziel des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit, kann jeder seine Gedanken darlegen und seine Vorschläge unterbreiten. Die im Verlaufe der Diskussionen geäußerten konstruktiven Ideen werden zweifellos für die Tätigkeit der Organisation der Vereinten Nationen, der Organisation der Afrikanischen Einheit, der UNESCO und der anderen zwischenstaatlichen Organisationen internationalen und regionalen Charakters von Nutzen sein, deren Vertreter eingeladen sind, an der Arbeit des Kongresses teilzunehmen. Diese Ideen sind dazu angetan, einen positiven Einfluß auf die Regierungskreise zur Ausarbeitung von für sie annehmbaren Lösungen der kompliziertesten internationalen Probleme auszuüben.

Der Weltkongress wird unter Beachtung der vollen Gleichberechtigung aller Teilnehmer die vorrangigen Ziele unseres gemeinsamen Kampfes beraten und die Wege einer aktiveren Teilnahme der Öffentlichkeit aufzeigen.

Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß weitere Organisationen, Bewegungen, Parteien und Persönlichkeiten unserem Appell Folge leisten werden.

Der Friede ist die Angelegenheit aller und jedes einzelnen.

FESTIVAL-NEWS

Berlin/DDR, 28. Juli bis 8. August

Drei Festivalzentren werden errichtet: Das Internationale Solidaritätszentrum mit Indochinazentrum, Bau des Kinderkrankenhauses Nguyen Van Troi, Ausstellungen und Basar. Die nationalen Festivalkomitees wurden aufgefordert, mit Materialien, Dokumenten, Fotos und Filmen zur Ausgestaltung beizutragen. Für den Basar werden Gegenstände erbeten, deren Verkauf oder Versteigerung Gelder für die Befreiungsbewegungen erbringen soll. — Im „Anteilperialistischen Zentrum“, für das ebenfalls Dokumente als „Beweismaterial über die Verbrechen des Imperialismus“ erbeten werden, wird Haupttreff der Teilnehmer sein. Während des Festivals wird es als drittes Zentrum ein „Anteilperialistisches Tribunal“ geben, wo vor allem Vertreter Palästinas, Südamerikas, aus den portugiesischen Kolonien, Griechenlands, Portugals und Spaniens, Südafrikas, Namibias, Kubas, Chiles und Koreas auftreten werden. Im Kulturprogramm gibt es künstlerische Wettbewerbe in Volksmusik, Volkstanz, Pantomime, Puppenspiel sowie politisches Lied. Außerdem gibt es die Ausstellungen Intergrafik (Flugblätter, Plakate etc.) „Galerie der Freundschaft“ (Kinderzeichnungen) sowie eine Internationale Fotoschau. Schließlich wird in einer „Tribüne des Jungen Films“ jungen Filmschaffenden die Möglichkeit geboten, ihre Spiel-, Kurz- und Dokumentarfilme vorzuführen. Im Sportprogramm wird an Schaudarbietungen gedacht, nicht jedoch an Wettkämpfe.

Festival-Wochen im Mai und Juni

Dortmund (jpd). Der Arbeitskreis Festival hat Anfang Februar einen Arbeitsplan zur Vorbereitung der Weltjugendfestspiele beschlossen, in dem besonders Solidaritätsaktionen mit den Völkern Indochinas sowie Aktivitäten „für europäische Sicherheit und für die politischen

der UNO-Woche mit den Völkern der portugiesischen Kolonien sowie mit Südafrika und Zimbabwes umfassen sollen. Außerdem soll über die DDR informiert werden. Die Mitgliedsverbände des Arbeitskreises wollen sich für die Förderung ihres Zusammenschlusses aus Bundesjugendplanmitteln, für eine Sammlung unter Jugendlichen für ein Projekt in Vietnam sowie auch für einen Solidaritätsfonds einsetzen, der zur Finanzierung der Teilnahme von Jugendlichen aus Ländern der Dritten Welt an den Weltjugendfestspielen geschaffen wurde. Neu aufgenommen wurden in den Arbeitskreis die Schülermitverwaltung der allgemeinbildenden Schulen in Nordrhein-Westfalen und die Unidoc-Filmgesellschaft.

Zum Beispiel...

Havanna. „Die Besten nach Berlin“ — unter diesem Motto beginnt in diesen Wochen die Auswahl der kubanischen Jugend, die an den Weltfestspielen teilnehmen werden.

Daressalam. „Wir wollen die Weltjugend mit unserem Ringen um die Freiheit bekannt machen, und gleichzeitig soll unsere Delegation in Berlin die weltweite Solidarität mit unserem Kampf verspüren.“ Mit diesen Vorstellungen wird die Delegation Namibias am Festival teilnehmen — als Vertreterin des gegen die südafrikanischen Unterdrücker kämpfenden Volkes.

und sozialen Rechte der arbeitenden Jugend, der Studenten und Schüler“ vorgesehen sind. Für die Monate Mai und Juni wird die Durchführung von Festival-Wochen vorgeschlagen, die Solidaritätsaktionen mit den ausländischen Arbeitnehmern, mit Indochina und entsprechend



Helsinki. Über 50 Jugend- und Studentenorganisationen werden im nationalen Festivalkomitee neben Jugendabteilungen der Gewerkschaften in Finnland vertreten sein.

Paris. Aus nahezu allen politischen Richtungen setzen sich die 35 französischen Jugendorganisationen zusammen, die das nationale Festival-Vorbereitungskomitee bilden. Zur Zeit arbeitet das Komitee ein Programm aus, mit dem sich die jungen Franzosen in Berlin vorstellen wollen.

Ausland kurz

250 Sioux-Indianer halten Wounded Knee, eine ihrer alten Siedlungen, besetzt und verteidigen sie mit der Waffe. Sie wollen die Weltöffentlichkeit auf ihre soziale Lage aufmerksam machen: Den Indianern geht es noch schlechter als den Armen unter den Afroamerikanern. Ihr Jahreseinkommen macht im Durchschnitt nur etwa die Hälfte des Einkommens der Weißen aus. Unter den Weißen sind 5,2 Prozent arbeitslos, unter den Indianern 40 Prozent.

shington, das schwere Los der Indianer zu erleichtern. Aber es hat sich nichts geändert. Deshalb stehen wir heute hier, am Grab unserer Ahnen, bereit, auf diesem geheiligten Boden mit der Waffe in der Hand zu sterben, damit wenigstens unsere Kinder Hoffnung auf eine bessere Zukunft haben. Man hat uns die Waffe in die Hand gezwungen. Es wäre falsch, unsere Erhebung als einen Gewaltakt oder als eine militäri-



Die Geschütze des Westens schiessen schnell

Abbildung zeigt die Kanone der US-Army. Amerikanische Soldaten und technische Einheiten sind in einer militärischen Übung dabei, eine Kanone abzufeuern. Dies ist kein Krieg, sondern eine militärische Übung.

Eine von vielen Anzeigen westlicher Rüstungsfabrikanten in einer Schweizer Militärzeitschrift

WHO: Millionen Kinder sind bedroht

Millionen von Großstadtkindern sind von Bleivergiftungen bedroht. Bei einem Teil von ihnen hat der Bleigehalt im Blut schon die „Gefahrenmarke“ überschritten. Zu diesem Ergebnis kamen Wissenschaftler bei Studien, die in Zusammenarbeit mit der Weltgesundheitsorganisation (WHO) vom Forschungszentrum eines großen pharmazeutischen Konzerns in 18 westlichen Ländern unternommen werden. Die Forschungen, die noch nicht abgeschlossen sind, gehen davon aus, daß die Fälle von Kindersterblichkeit, die nicht auf eine spezifische Krankheit zurückzuführen sind, immer häufiger werden.

Auch das noch!

Das Programm des Westberliner DGB zur 1.-Mai-Feier: „1. Opening. Paul Kuhn und das SFB-Tanzorchester; Potpourrie; Work Song; Der Mai ist gekommen; If I Had a Hammer. 2. Begrüßung durch Walter Sickert, Vorsitzender des DGB-Berlin. 3. Erste Diskussionsgruppe: ‚Paritätische Mitbestimmung‘. 4. Musik-Schau Olivia Molina, Paul Kuhn und das SFB-Tanzorchester, Solist Eugen Cicero: a) Glory, Glory, Hallelujah; b) Schön ist die Welt; c) So oder So (Olivia Molina); d) Godfather (FSB-Tanzorchester, Solist: Milo Pavlovic); e) La Bamba (Olivia Molina). 5. Zweite Diskussionsgruppe: ‚Gewerkschaften heute‘. 6. Paul Kuhn und das SFB-Tanzorchester: Manhattan Spiritual. 7. Ansprache durch Walter Sickert. 8. Brüder zur Sonne zur Freiheit, gemeinsames Lied, begleitet vom SFB-Tanzorchester.“



Nicht von ungefähr wählten die Aufständischen Wounded Knee zum Stützpunkt. Im Dezember 1890 umzingelte ein Kavallerieregiment das Indianerlager und metzelte dessen 300 völlig wehrlose Bewohner nieder; auch Frauen, Greise, Kinder; aus nichtigem Anlaß. Die Indianer nennen das Dorf heute „unseramerikanisches Song My“.

Ein Sioux berichtet:

„Unser Aufstand in ‚Wounded Knee‘ ist keine zufällige Episode im Alleingang. Er ist ein Teil unseres dramatischen, langen Kampfes um ein besseres Los. Wir haben die Regierung immer wieder auf unsere Entbehrungen und auf die Gleichgültigkeit der Behörden aufmerksam gemacht. Im vorigen Herbst versprach man uns in Wa-

sche Bedrohung der Grundlagen des Staates hinzustellen. Unsere Aktion ist vor allem ein Aufstand des gedemütigten Bewußtseins, eine Erhebung gegen den Gleichmut, den man für unsere Leiden und Entbehrungen bekundet.

Es ist noch zu früh, vom Ende unseres Aufstands zu reden. Er geht weiter und wird es selbst dann tun, wenn die Schüsse verstummen und wir auseinandergehen, die einen nach Hause, andere, zum Beispiel ich, ins Gefängnis. Und doch wird der Aufstand meines unglücklichen Volkes andauern. Sei es an einem anderen Ort, sei es unter anderen Umständen, aber Washington wird noch oft unsere erzürnte Stimme und unsere Forderungen nach den uns genommenen Rechten zu hören bekommen.“

THEORIE

Zur Diskussion um Langzeitprogramm und „Stamokap“

SPD – Die moderne Partei der Monopole

Die Kernfrage: Aktionseinheit

Von Hermann Brandt

Aufgeschreckt durch Kritik am sog. Langzeitprogramm und Forderungen, eine materialistisch begründete Strategie zur Erringung des „demokratischen Sozialismus“ zu entwickeln, hetzt die rechte SPD-Führung in konzertierter Aktion mit der bürgerlichen Presse gegen eigene, ihr oppositionelle Parteigruppen. Demagogisch begrüßt sie den konsequenten Austritt von 30 Mitgliedern als „den aktiven Ausdruck

Kräften, die sich für eine Politik im Interesse der Arbeiterklasse einsetzen und für die Aktionseinheit mit Kommunisten eintreten, soll mit allen Mitteln entgegentreten werden. Glaubt man der SPD-Führung, geht es ihr nur um die Verhinderung einer vermeintlichen „Verfälschung des Wählerwillens“ vom November 72. Sie beschwört durch Wehner-Nachfolger Kühn angebliche Generationskonflikte, gesteht, in ihrem Pragmatismus die Theoriediskussion vernachlässigt zu haben und ruft zur Einheit der Partei auf.

Sieht man jedoch näher hin, stellt man fest: tatsächlich geht es den Rechten der SPD um das Ziel der Aufrechterhaltung des entwickelten kapitalistischen Ausbeutungssystems und die Integration der Arbeiterklasse. Der Monopolbourgeoisie bieten sie beharrlich die Zusammenarbeit, den „Dialog“ an und brüsten sich mit ihrem besonderen Einfluß in der werktätigen Bevölkerung und deren Gewerkschaften. Ihre Lügen über die DKP und den Sozialismus in der DDR unterscheiden sich inhaltlich kaum von denen der CDU/CSU. Durch Weiterentwicklung ihrer Traumwelt des „3. Weges“ versuchen sie darüberhinaus den Imperialismus aus seiner ideologischen Verteidigungsposition zu helfen.

Der Weg der Sozialdemokratie in die „Regierungsverantwortung“ ist der Weg einer Arbeiterpartei in den Opportunismus neuer Qualität. Begriffe wie „Re-

formismus“ oder „Revisionismus“ sind heute längst keine zutreffende Beschreibung der Politik und Ideologie der SPD mehr. Die vollständige Absage an die Überwindung des Kapitalismus, der spätestens mit dem Godesberger Programm vollendete Bruch mit dem Marxismus und der Übergang der SPD-Führung in einer Position der offensiven Verteidigung des kapitalistischen Eigentums an Produktionsmitteln haben sie zum gut geeigneten Vertreter der Monopole gemacht. Hätte sie noch eines Beweises ihrer Hoffähigkeit beim Großkapital und dessen Staat bedürft, mit ihrem „Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1973–1985“, kurz „Langzeitprogramm“ genannt, legte sie ihn als eine „Konkretisierung der Grundsätze des Godesberger Programms“ vor. Unter Weglassen aller sonst üblichen, Illusionen erzeugenden Phrasen wird klar gestellt, was das Ziel sozialdemokratischer Politik ist. Es geht mit Hilfe „rationaler Wirtschafts- und Finanzpolitik“ um den Ausbau des bestehenden staatsmonopolkapitalistischen Systems.

Den rechten SPD-Führern ist unter Mitarbeit des angeblich linken Stoffen nichts anderes eingefallen, als Perspektiven für die Verteilung der Staatsressourcen zu entwickeln und pragmatisch, im Sinne einer Stückwerk-Sozialtechnik („piece-meal social engineering“ — wie Karl Popper sagt) Reformen zu planen. Die Bedeutung der Fragen des Eigentums an

der resignierenden Erkenntnis, daß Vertreter des reaktionären Marxismus in einer modernen sozialistischen (!) Partei demokratischen Charakters ... völlig fehl am Platze sind.“ Schmidt warnt: „Sollten Jungsozialisten antiamerikanische Reden halten, so werden sie etwas auf den Hut bekommen, bis man den Hut nicht mehr erkennen kann.“²

den Produktionsmitteln und des Charakters der Staatsmacht war ihnen schon längst aus dem Blickfeld geraten, sie stellen sie als unwesentlich hin. Jetzt beschäftigen sie sich mit Erwerbsquoten, Zuwachsrate der Produktivität u. ä. Wie im hoffnungslosen Unterfangen des Sisyphus, wird versucht, den Reproduktionsprozeß des Kapitals zu planen und möglichst störungsfrei ablaufen zu lassen.

Im Vorwort zum Langzeitprogramm beteuert Brandt sehr richtig: „Niemand, der zu sachlicher Erörterung fähig ist, wird auf Grund dieses Entwurfs behaupten können, die SPD wolle die Marktwirtschaft zerstören oder konfiskatorische Steuern einführen. Davon kann keine Rede sein.“

Dass dieses Bekenntnis große Gruppen aktiver Sozialdemokraten desillusionierte, ist verständlich. Während der SPD-Vorstand mit klingenden Worten Monopolinteressen anbietet, wünschen fortschrittliche Kräfte in der SPD, die sich zunehmend mit dem Marxismus beschäftigen, die Durchsetzung von Arbeiterforderungen. Sie lehnen den Entwurf des Langzeitprogramms ab und es kommt ihnen nicht nur auf konzeptionslose Verschönerungen eines in den Grundzügen unveränderten prokapitalistischen Gesamtkonzepts an.³

Auch der Juso-Bundesvorstand artikulierte starke Kritik, kommt jedoch leider nicht zu einer prinzipiellen Einschätzung der Funktion des Programms. Mit seinem



Juso-BV-Mitglieder Strasser und Roth — das Foto ist, zugegeben, nicht sehr vorteilhaft

unten: Rainer Eckert (links) und der hessische DKP-Vorsitzende Sepp Mayer (Mitte) während der Pressekonferenz nach dem Austritt der 30 Frankfurter Jusos.



in erster Linie deklamatorischen Bekennnis zum „Demokratischen Sozialismus“ wird er auch weiterhin seinem rechten Parteivorstand ausgeliefert sein, vor allem, wenn die Annahme des vom Partei-

vorstand zur Beruhigung der Gemüter vorgeschlagenen „politischen Leitfadens“ in Verbindung mit eventuell errungenen „Positionen“ im Parteivorstand schon als Erfolg gewertet werden sollte. Denn im

„politischen Leitfaden“ wird lediglich die im Langzeitprogramm fehlende soziale Demagogie nachgeholt. Brandt selbst ist sich der Fähigkeit, „seine“ Linken im Zaum halten zu können, ja sie zur Erhöhung der Attraktivität der rechten SPD bei kritischen Jugendlichen missbrauchen zu können, äußerst sicher. Beleidigt erklärte er auf der Mitgliederversammlung des BDI am 14. 6. 72 (14 Tage nach Veröffentlichung des Langzeitprogramms): „Ich habe in dieser Zeit mehr als einmal feststellen müssen, daß man sich — nicht zuletzt in Unternehmerkreisen — für radikale Außenseiter häufig mehr interessiert hat als für das Integrationsvermögen einer großen demokratischen Reformpartei. Und ich könnte meinerseits versucht sein zu fragen: Wie stünde es wohl um unseren Staat und unsere gesicherte Zukunft, wenn es diese Integrationskraft nicht gäbe?“ Ehinke äußerte sich im theoretischen Organ der SPD, „Die neue Gesellschaft“, noch deutlicher: „Jedermann weiß, daß das Verdienst der deutschen Gewerkschaften und der deutschen Sozialdemokraten ist, daß wir in unserem Lande keine große kommunistische Partei und keine starke kommunistische Gewerkschaft haben... Nun verlange ich gar nicht von der CDU/CSU, daß sie im gleichen Maße in die Betriebe geht, sie könnte sich da ja die Hände schmutzig machen. Wir brauchen sie dort auch nicht. Aber wenn ich einmal den Standpunkt eines staatsbewußten Konservativen... nachzuvollziehen suche, dann müßte sich dieser doch folgendes sagen: Die Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, die deutsche Demokratie nach links abzuschirmen. Die Unionsparteien können diese Aufgabe nicht übernehmen. Das

Deutsche Volkszeitung

ein
demokratisches
Wochenblatt —
unentbehrlich
für
den
kritischen
Zeitgenossen

Probeexemplare unverbindlich und kostenlos durch MONITOR-VERLAG GmbH, Düsseldorf, Oststr. 154, Postfach 5707 — Anforderungskarten liegen dieser Ausgabe bei —

müssen diejenigen tun, die seit über hundert Jahren die politischen Vertreter der Arbeitnehmerschaft sind: die Gewerkschaften und die Sozialdemokraten. Im Interesse unseres demokratischen Staates muß man die Sozialdemokratie bei der Erfüllung dieser Aufgabe nach Kräften unterstützen.“⁴

Politik der SPD-Führung ist heute nicht mehr kleinbürgerliche und deshalb aussichtslose Strategie und Taktik, um zum Sozialismus zu kommen, sondern offene Verteidigung des Imperialismus, Aufgabe des sozialistischen Ziels, Zusammenarbeit mit der Monopolbourgeoisie, Verleugnung der Klassengesellschaft, Integration der Arbeiterklasse und Kampf gegen Demokraten, Sozialisten und Kommunisten. Sofort nach ihrem Wahlsieg setzte sie fort, dies zu beweisen. Schlag auf Schlag stellten die SPD-Rechten klar, wohin ihre Bestrebungen gehen. Jusos und Gewerkschaften wurden von SPD-Pressesprecher Schulz als „Heerhaufen“ und „Truppenenteile des Siegers“ beschimpft und von der Beteiligung an politischen Entscheidungen ausgeschlossen. Brandt kündigte unter dem Beifall der CDU/CSU in seiner

sich dann mit 40 Konzerngewaltigen. Die anschließende Quasi-Lohnleitlinie von 8,5 Prozent schmälerte die Reallöhne für Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte; und die politische Abhängigkeit von den USA riß während der letzten Währungskrise eine Milliardenlücke in den Staatshaushalt. Die Rechnung wird

le nahm Johanno Strasser, vom „Spiegel“ inzwischen zum Chefideologen der Jungsozialisten hochgejubelt, ein. Sein Papier „Zur Theorie und Praxis der ‘Stamokap’-Gruppe bei Jungsozialisten“, daß vom Juso-Bundesvorstand in großem Umfang vertrieben wurde, war Anlaß für die bürgerliche Presse, eine Diffamierungskampagne gegen fortschrittliche Jungsozialisten, die für die Aktionseinheit mit Kommunisten eintreten, zu starten.

Die Fehler Strassers in der Auseinandersetzung mit der Theorie über den Staatsmonopolkapitalismus und den aus ihr und der Geschichte der Arbeiterbewegung resultierend strategischen Anleitungen für den Kampf der Arbeiterklasse um Demokratie und Sozialismus sind die alten Fehler aller Opportunisten. Nicht nur, daß er die Theorie über den sog. Stamokap in seiner antikommunistischen Verblendung schon deshalb für falsch hält, weil sie von Kommunisten entwickelt wurde, nein: Strasser leugnet die Notwendigkeit einer einheitlichen

Schade

„Wir können derzeit in keinem einzigen Punkt sichtbar machen, was demokratischer Sozialismus ist.“

Der als links geltende Bremer SPD-Vorsitzende Henning Scherf

nur den Werktätigen serviert, dafür sorgt die sozialdemokratische Steuergesetzgebung.

Es bestätigte sich, was die DKP sagte: „Diese Regierung wird die Erwartungen, die Millionen Wähler in sie gesetzt haben, nicht erfüllen, weil sie grundsätzlich auf der Seite des Großkapitals steht.“ (G. Polikeit in UZ 1/73) Doch der Bundesvorstand der Jungsozialisten verstärkte sein Gerede über die Möglichkeiten, sozialistische Politik bald von der SPD tragen zu lassen. Er griff nun das Argument auf, die FDP sei der Hemmschuh und setzte sein taktisches Manövriert zwischen Parteivorstand und sozialistischen Gruppen fort.

Offenkundig wurde der Kurs der Juso-Führer in der Strategie-Debatte ihrer Arbeitsgemeinschaft in der SPD.

Daß die Interessen der werktätigen Bevölkerung so nicht vertreten werden, beginnen auch immer mehr Sozialdemokraten zu erkennen. Die Forderungen nach einer Politik im Interesse der Arbeiterklasse werden lauter, die Differenzierungsprozesse innerhalb der SPD nehmen zu. Das wird auch deutlich an dem sogenannten „Stamokap“-Streit innerhalb der SPD und hier besonders innerhalb der Jungsozialisten. Eine hervorstechende Rol-

Bravo!

Bremen (dpa) – Der Bremer Senat will künftig „rechtswidrige Nutzungen“ von leerstehenden Häusern „mit angemessenen Mitteln“ entgegentreten. Das erklärte Bürgermeister Hans Koschnick (SPD). Die Stadt werde es niemandem gestatten, „im Wege des Faustrechts auf Kosten der Allgemeinheit persönliche Vorteile zu erlangen“.

Weltanschauung für die Arbeiterbewegung überhaupt. Für ihn gilt nicht, was Marx und Engels schon mit dem „Manifest der kommunistischen Partei“ in den Vordergrund stellten, nämlich die Vereinigung der Arbeiterklasse in ihrer Partei auf der Grundlage einer dialektisch-

Das ist es!

„...Selbstverständlich: Fernseher, Radio und Durchwahltelefon. Well wir meinen, daß ein modernes Hotel weit mehr bieten muß als eine gute Übernachtung. Nämlich – um es mit einem treffenden Modewort zu sagen: Lebens-Qualität.“

Aus einem Prospekt des Kurhotels Hahnenklee in Intercity-Zügen.

Regierungserklärung an: „Wer den soliden Fortschritt will, der muß im Zuwachs des persönlichen Verbrauchs auch mal langsamer treten. Reformgerede, hinter dem sich nur Gehaltsforderungen tarnen, taugt wenig.“ Einen Tag später traf er

Die Zeitung der Arbeiter die Millionäre gegen

Dahinter steckt Erfahrung. Dahinter steckt die marxistische Arbeiterpartei, die DKP. In jeder Nummer der UZ: die Konzernpolitik wird entlarvt, die Situation an Schulen und Hochschulen wird durchleuchtet. Und was genau so wichtig ist: Anleitung zum Handeln für den gesellschaftlichen Fortschritt. Jede Woche.

Unsere Zeit Zeitung der DKP



Hiermit bestelle ich die UZ – Unsere Zeit – für ein Jahr zum vierteljährlichen Bezugspreis von DM 6,50



Bitte schicken Sie mir Probeexemplare

Unterschrift _____

Name _____

Wohnort _____

Straße _____

Absenden an:
Dr. Wenzel Verlag GmbH
4100 Duisburg-Beeck
Pothmannstraße 12

materialistischen Theorie. Er meint, daß der „Kampf gegen den ‚Pluralismus‘ und für eine ‚einheitliche Ideologie‘ in zwei Punkten unmarxistisch ist: Einmal enthält sie ein gutes Stück Voluntarismus, indem sie unterstellt, daß die Festigkeit und Einheitlichkeit der politischen Überzeugung der entscheidende Faktor in der realen politischen Auseinandersetzung sei, und zum anderen wird hier der bürgerliche Ideologiebegriff unbesehen übernommen.“⁵

So ist es verständlich, daß er kein Interesse daran hat, exakt die Grundfragen herauszuarbeiten, die die Arbeiterbewegung lösen muß. Ihm gerät der Kern des Ganzen, nämlich die Macht der Monopole, die das gesetzmäßige Resultat der Entwicklung der Produktivkräfte unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen ist,

„Im alten internationalen Arbeiterkampflied beginnt eine Strophe: „In Stadt und Land Ihr Arbeitsleute, wir sind die stärkste der Parteien“. Die Sozialdemokratische Partei ... ist nun im Parlament und nach Ihrer Mitgliederzahl die stärkste Partei...“

Werbert Wehner in „Die neue Gesellschaft“

alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringt und auch vor dem Staat nicht hält, durcheinander mit Problemen, die sich erst aus der Monopolherrschaft ergeben. Das dialektische Verhältnis von Basis und Überbau umkehrend führt Strasser aus: „Kapitalistische Herrschaft beruht heute sehr wesentlich auf der Stiftung und Erhaltung bestimmter Konsumgewohnheiten, auf der Manipulation von Bedürfnissen und Meinungen und auf dem komplizierten System gestufter Abhängigkeiten in Betrieb, Schule, Verwaltung, Familie usw.“⁶

Strasser hat also vom Marxismus entweder nichts begriffen oder verfälscht bewußt, mit demagogischer Absicht die Aussagen der Vertreter der Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus. Das Wesen des Monopols, die besonderen Aufgaben der Staatsmacht im Imperialismus, die Bedeutung der Eigentumsfrage sowie des Kampfes um Demokratie und Reformen und der Zusammenhang von antimonopolistischer Demokratie und Aufbau des Sozialismus, all das ist ihm unvollständig, verzerrt oder verdreht aus der Feder gegliett, denn der Popanz, auf den er in seiner Kritik schießt, hat mit der Theorie über den staatsmonopolistischen Kapitalismus wenig Ähnlichkeit. Doch die Verfälschungen und Unterstel-

lungen laufen — ob dies in Strassers Absicht lag oder nicht — nur darauf hinaus, die Ziele und den Kampf der Marxisten sowie den realen Sozialismus zu diffamieren und antikommunistische Vorurteile zu erwecken. Die eigene, reformistische Politik stellt er dabei als den wahren sozialistischen Kampf hin. —

Das ist nicht funktionslos: es geht dabei um die Isolierung und Einschüchterung eigener Parteigenossen, die zu begreifen begonnen haben, daß die Befreiung der Arbeiterklasse heute nur gegen das Monopolkapital und nur auf der Grundlage der Aktionseinheit von Sozialdemokraten, Kommunisten und anderen Demokraten im breiten, antimonopolistischen Bündnis mit allen vom Monopolkapital ausgebeuteten und unterdrückten Schichten erreicht werden kann.

Daß die Verwirrung zum Teil gelungen ist, zeigte der Bundeskongress der Jungsozialisten im März in Bad Godesberg. Es wurde zwar scharfe Kritik an der Politik der rechten SPD-Führung geübt und wichtige Beschlüsse, in denen die Verstaatlichung der Großkonzerne und Banken gefordert, die Solidarität mit den nationalen Befreiungsbewegungen erklärt und die Rolle des US-Imperialismus in der Welt und vor allem auch in Europa angeprangert wurde, wurden gefaßt. Aber es fehlte ein klares Bekenntnis zur Notwendigkeit der Aktionseinheit im Interesse der Arbeiterklasse. Verfeinerte antikommunistische Vorstellungen und die Illusionen des 3. Weges hinderten die Mehrheit an der Entwicklung einer Kampferspektive, mit der grundlegende Veränderungen der imperialistischen Gesellschaft erreicht werden können. Daß die Rolle des Juso-Bundesvorstands dabei nicht unzweifelhaft war, darauf deutet der Satz Böners hin: „Wenn ich auf dem Kongress gesagt hätte, wie gut das persönliche Verhältnis zwischen den Juso-Vorstandsmitgliedern und mir ist, würde der Vorstand nicht wiedergewählt werden.“⁷

Es ist konsequent, daß sich 14 Tage später 30 fortschrittliche Mitglieder der SPD entschlossen, ihre Partei, deren Charakter sie erkannt haben, zu verlassen. Sie ließen sich nicht durch die Funktion der Juso-„Doppelstrategie“, die die Mobilisierung von Massen einerseits und Einflussnahme auf SPD-Führungsbeschlüsse andererseits vorsieht und damit ständig zu Kompromissen tendieren muß, die letztlich nur allzu leicht auf die Bindung von Sozialisten an die opportunistische SPD hinauslaufen. Ein aktiver Kampf für den Sozialismus kann nur dann wirklich erfolgreich sein, wenn er in der Partei der Arbeiterklasse, der DKP, geführt wird, wenn die DKP in der BRD gestärkt wird. An alle Sozialdemokraten ist um so deutlicher die Frage zu richten, wie sie die z. T. fortschrittlichen Beschlüsse ihrer Parteidlerungen und eine Politik im Interesse der Arbeiter und Angestellten Geschichte der Arbeiterbewegung, aus den Geschichten der Arbeiterbewegung, den letzten Kämpfen bei Hoesch und Mannesmann und aus der Arbeit im VDS sind eindeutig. Nur im gemeinsamen Handeln der Klasse, in der Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten, christlichen und parteilosen Arbeitern

kann die Arbeiterklasse ihre Kraft entfalten und Erfolge erringen. Und was für die Arbeiterklasse richtig ist, gilt auch für die Studenten. Der MSB Spartakus hat in seiner ganzen bisherigen Arbeit bewiesen, daß er für diese Aktionseinheit im Interesse der Arbeiterklasse und der Studenten ohne Vorbedingungen aktiv eintritt.

berliner EXTRA dienst

Der linke Informationsdienst der Bundesrepublik und Westberlins. Undogmatisch. Kritisch. Präzise. Und der Meinung, daß ein Standpunkt kein Stehpunkt sein kann. Das paßt manchen nicht: „Verfassungsfeindliche Publikation“, sagt Amtsrichter Ruppender aus Westberlin. Das „prokommunistische Kampfblatt Berlins“ nennt uns die Würzburger „Tagespost“. Der Westberliner „Tagesspiegel“ sieht es klarer: „Eine Art Exklusivorgan für höheren Orts als unangenehm empfundene Mitteilungen.“

Lassen auch Sie sich etwas mitteilen. Zweimal die Woche auf jeweils 24 Seiten. Für DM 6,- im Monat. Bestellen Sie drei Monate zur Probe. Die 18 DM, die Sie dafür aufwenden, sind nächstes Jahr sowieso nur noch 12 Mark wert.

**EXTRA-Dienst, 1 Berlin 31,
Pfalzburger Strasse 20.**

1 Frankfurter Rundschau v. 28. 3. 73
2 Hamburger Morgenpost v. 29. 3. 73
3 vgl. JUSO-Hamburg 1/73, S. 23
4 Die neue Gesellschaft 9/72, S. 663
5 JUSO-Hamburg 1/73, S. 8
6 a. a. O., S. 4
7 Frankfurter Rundschau v. 12. 3. 73

Marxistische Bildungsarbeit -

Waffe im studentischen Massenkampf

Von Gunter Riechey

Für den MSB SPARTAKUS als marxistischen Studentenverband ist die marxistische Bildungsarbeit untrennbarer und erstrangiger Bestandteil der Verbandsarbeit überhaupt. Unsere Stärke liegt in unserer gemeinsamen Weltanschauung, der Theorie von Marx, Engels und Lenin. Diese Theorie existiert nicht um ihrer selbst willen, sie weist den Weg zu Demokratie und Sozialismus und sie ist nicht nur Waffe im Kampf der Arbeiterklasse. „Die Entwicklung der westdeutschen Studentenbewegung hat bewiesen“, so hielten wir bereits auf unserem ersten Bundeskongreß fest, „daß die konkrete Anwendung des Marxismus von entscheidender Bedeutung für den erfolgreichen Verlauf der politischen Bewegung an den Hoch- und Fachschulen ist.“ Der Kampf der Studenten um ihre Interessen, den sie an der Seite der Arbeiterklasse führen, der eine antimonopolistische Stoßrichtung und sozialistische Perspektive haben muß, will er erfolgreich sein, erfordert sozialistisches Bewußtsein.

In unserem auf dem 2. Bundeskongreß verabschiedeten Programm „Für die eigenen Interessen kämpfen – Mit der Arbeiterklasse verbünden!“ zeigen wir die gemeinsamen Interessen von Arbeiterklasse und Studenten auf und entwickeln, daß diese Interessen nur im Kampf gegen die Herrschaft des Großkapitals durchgesetzt werden können. Denn nur eine Gesellschaft, die nicht vom Profitinteresse einer Minderheit bestimmt wird, ermöglicht die volle Entfaltung menschlicher Anlagen und Fähigkeiten, die aktive Teilnahme der arbeitenden Menschen an allen wichtigen Entscheidungen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Erst in der sozialistischen Gesellschaft können die Studenten ihre wissenschaftlich gebildete Arbeitskraft schöpferisch zur planvollen Nutzung und Mehrung des gesellschaftlichen Reichtums und zum Wohl der arbeitenden Bevölkerung einsetzen. Wie entwickelt sich nun sozialistisches Bewußtsein unter den Studenten? Die letzten Semester an den Hochschulen und Fachschulen der BRD sind durch einen Aufschwung der studentischen Massenkämpfe gekennzeichnet. An vielen Hoch- und Fachhochschulen haben Streiks und Demonstrationen gegen reaktionäre Studien- und Prüfungsordnungen stattgefunden. Mit der Beteiligung an diesen Massenkämpfen ist aber noch nicht automatisch die Entwicklung eines sozialistischen Bewußtseins bei den Studenten verbunden. Sollen die Kämpfe Perspektive haben, die richtige Stoßrichtung erhalten, müssen diese oft noch spontanen ökonomischen Kämpfe mit höherem politischen Bewußtsein geführt werden. Das heißt, als Kämpfe mit dem Willen zur gesellschaftlichen Veränderung.

Welche Rolle kommt hierbei der zielgerichteten und organisierten Tätigkeit eines marxistischen Verbandes als Faktor für die Entwicklung des Bewußtseins, als entscheidende Voraussetzung für den Erfolg des Kampfes überhaupt zu?

Wir können dabei von den Erfahrungen der Arbeiterbewegung ausgehen. Die zentrale Erkenntnis ist, wie von Lenin in „WAS TUN?“ entwickelt, daß sich sozialistisches Bewußtsein nicht spontan herausbildet. Zwei Gründe hierfür müssen genannt werden. 1. Historisch entsteht die sozialistische Ideologie im Entwicklungsprozeß der Wissenschaft. Seit der wissenschaftliche Sozialismus zur Wissenschaft geworden ist, so stellte Engels bereits fest, will er auch als solche behandelt werden, d.h. studiert werden. Und 2., die spontane Bewegung in die Richtung des geringsten Widerstandes führt unweigerlich zur bürgerlichen Ideologie. Solange kapitalistische Produktionsverhältnisse existieren, kommt

es zur spontanen Produktion und Reproduktion der bürgerlichen Ideologie. Das ergibt sich schon aus den klassischen Verschleierungsmechanismen der kapitalistischen Warenproduktion, z.B. daß die Mehrwertproduktion nicht als solche erscheint. Im staatsmonopolistischen Kapitalismus treten neue Verschleierungsmechanismen hinzu. Staatsmonopolistische Regulierung, also Maßnahmen zur kurz- und langfristigen Profitsicherung, können als Maßnahmen der Gesellschaft für die Gesellschaft erscheinen. Dieser „stumme Zwang“ der ökonomischen Verhältnisse reicht aber immer weniger aus, um die überlebte Herrschaft der Monopbourgeoisie aufrechtzuerhalten. Hinzu kommt ein Instrumentarium der ideologischen Beherrschung. Lenin weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die bürgerliche Ideologie viel älter ist, als die sozialistische und über viel mehr Mittel der Verbreitung verfügt als diese.

Bürgerliche Ideologie begegnet dem Menschen überall in seinem ganzen Entwicklungsprozeß, in Familie, Schule, Kirche, Armee. Ein lückenloses Mediensystem der herrschenden Klasse ergänzt gerade heute das System der geistigen Manipulation in allen gesellschaftlichen Bereichen. Lenin unterstreicht, daß aus all diesen Gründen überall dort, wo die sozialistische Ideologie nicht ist, die bürgerliche Ideologie herrscht. Aus den beiden genannten Gründen muß das Klassenbewußtsein in die Arbeiterklasse hineingetragen werden, muß die spontane Herrschaft der bürgerlichen Ideologie kompromißlos bekämpft werden. Die sozialistische Ideologie kann nur in die Köpfe der Arbeiter getragen werden, wenn die bürgerliche Ideologie Schritt für Schritt beiseite gedrängt wird. „Jede Herabminderung der sozialistischen Ideologie bedeutet zugleich eine Stärkung der bürgerlichen Ideologie.“ (L.W. 5, 390)

Welche Bedeutung hat diese Erkenntnis für die Studenten und ihren Kampf? Das Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse ist die Widerspiegelung der Gesetzmäßigkeiten, die die Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus objektiv bedingen. Sein theoretischen Gehalt nach, seinen wesentlichen Inhalten nach, findet insofern das Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse seinen Ausdruck im wissenschaftlichen Sozialismus bzw. in den allgemeinen Prinzipien und Programmen der kommunistischen Weltbewegung. Bewußtheit des studentischen Kampfes heißt in Gegenüberstellung zum Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse die Erkenntnis, daß die eigenen Interessen nur an der Seite der Arbeiterklasse erkämpft werden können. Wie das Klassen-



bewußtsein der Arbeiterklasse seinen Ursprung in den materiellen gesellschaftlichen Verhältnissen hat, so ist das auch mit der Bewußtheit der Studenten, als Teil der Intelligenz. Bewußtheit der Intelligenz wie aller antimonopolistischen Schichten ist die Wider- spiegelung der Gesetzmäßigkeit im Monopolkapitalismus und verstärkt im staatsmonopolistischen Kapitalismus, daß die Monopole alle gesellschaftlichen Bereiche ihren Verwertungsbedingungen unterordnen. Bewußtheit, die dem Drang der Monopole nach Aggression nach außen und Reaktion nach innen, die sich in den ständigen Abbau demokratischer Rechte äußert, entgegensteht. Für diese Bewußtheit der Intelligenz gilt nicht nur die Erkenntnis, daß sie sich nicht spontan herausbildet; hier muß dem aktiven Hineinragen eine noch größere Bedeutung zugeordnet werden. Die Intelligenz bzw. die Studenten haben keine historische Mission zu erfüllen, sie können, um ihre eigenen Interessen durchzusetzen, sich nur auf die Seite der Klasse stellen, die historisch den gesellschaftlichen Fortschritt trägt.

Im Kampf um diese Interessen wird aber spontan in der Regel nicht die Rolle der Arbeiterklasse erkannt, ist deshalb der Kampf oft nach rückwärts gerichtet, geht er um alte Privilegien und Vorrrechte, kommt es zur Überschätzung der eigenen Kraft. Theorien, die diese Überschätzung zum Gegenstand haben, bringen das zum Ausdruck. Es sei hier nur auf Marcuse und beispielsweise auf Malèt verwiesen.

Wir können heute eine Verschärfung des ideologischen Klassen- kampfes beobachten. Die Bourgeoisie versucht, aus ihrer historischen Defensive, in die sie durch die Verschärfung der Widersprüche im eigenen Land und durch die Stärke des sozialistischen Weltsystems gedrängt ist, ideologisch in die Offensive zu kommen. Das Image des Kapitalismus soll durch Theorien einer humanen Leistungsgesellschaft, durch verstärkte Propagierung von Sozialpartnerschafts-Theorien und durch die Behauptung von der Reformfähigkeit des Kapitalismus aufpoliert werden. In die gleiche Richtung zielen bürgerliche bis rechtsopportunistische Theorien vom demokratischen Sozialismus, der nichts anderes ist, als die alte Ausbeuterordnung im neuen Gewand. Sie sollen das größer gewordene kritische Potential in dieses System integrieren, verhindern, daß sich sozialistisches Bewußtsein entwickelt. In die gleiche Richtung zielen allerdings auch ultralinke Gruppchen und Theorien, die wild ins Kraut geschossen sind. Sie spalten die fortschrittlichen Studenten und behindern den einheitlichen Kampf der Studenten mit richtigem Ziel und richti-

gen Mitteln. Letztlich nutzen sie nur den Herrschenden, wenn sie die Studenten in die Resignation führen. Daß das ultralinke Sektierertum in solchem Maße auftritt, ist aber auch auf den Charakter der Studenten im allgemeinen als soziale Schicht zurückzuführen. Lenin schrieb über die Intelligenz, daß „die labile widerspruchsvolle Übergangsstellung dieser Gesellschaftsschicht darin zum Ausdruck kommt, daß jene zwieschlächtigen, elektrischen Anschauungen unter ihr besonders weit verbreitet sind, jener Mischmasch entgegengesetzter Prinzipien und Ansichten“. (L.W. 4, 196)

Die Relikte bürgerlicher Ideologie werden auch bei Genossen, die in den MSB SPARTAKUS eintreten, nicht einfach liquidiert. Wir sagten deshalb auf unserem 1. Bundeskongreß, daß „die Studenten, die auf der Grundlage unseres Programms zu uns kommen, systematisch mit der marxistisch-leninistischen Theorie vertraut gemacht werden, mit der Strategie der nationalen und internationalen Arbeiterklasse des sozialistischen Systems und der kommunistischen Parteien. Es gilt, sie an diese Problematik heranzuführen“.

Wenn wir unserer Aufgabe gerecht werden wollen, sozialistisches Bewußtsein in die Studentenschaft hineinzutragen und damit dem studentischen Massenkampf Ziel und Richtung zu verleihen, müssen wir der innerverbindlichen Bildungsarbeit einen hohen Stellenwert einräumen. Dabei müssen alle Mitglieder und nicht nur die, die schon lange in der Bewegung stehen, befähigt sein, in der Diskussion und im persönlichen Gespräch den Standpunkt des SPARTAKUS gegen die bürgerliche Ideologie und auch ihrer sich links gebenden Varianten vertreten zu können. Jeder muß in der Lage sein, unsere richtige Orientierung und unsere Programme in der Auseinandersetzung mit dem Links- und Rechts- opportunitismus zu begründen und zu vertreten. D.h., es genügt nicht nur, das Richtigste sagen zu können, sondern er muß auch wissen, warum es richtig ist.

Auf dem 2. Bundeskongreß des MSB SPARTAKUS wurde beschlossen, daß erstmalig ab SS 73 ein MSB-Studienjahr im Verband durchgeführt und damit unsere Bildungsarbeit auf eine neue Stufe gehoben wird. Dieses MSB-Studienjahr umfaßt

1. die Bildungsthemen
2. den Kurs „Einführung in die Politik des MSB“
3. den Kurs „Einführung in den Marxismus“ mit den drei Zirkeln „Dialektischer und historischer Materialismus“, „Politische

„Ökonomie des Kapitalismus“ und „Wissenschaftlicher Sozialismus“.

Es kommt jetzt darauf an, die Arbeit mit dem MSB-Studienjahr in allen Gruppen aufzunehmen. Das heißt, daß in jeder Gruppe die drei Bildungsthemen pro Semester bearbeitet werden, daß in jeder Gruppe mit den neuen Genossen die Einführung in die Politik des MSB durchgenommen wird, daß nach den bereits erreichten politischen und ideologischen Kräften der Gruppe Zirkel aus dem Kurs „Einführung in den Marxismus“ eingerichtet werden.

Schwerpunkt des MSB-Studienjahres bilden die Bildungsthemen, die als Fortsetzung der bisherigen Bildungsbausteine gedacht sind. Sie greifen wichtige ideologische Fragen im aktualisierten Rahmen auf und sind das entscheidende Element zur ideologischen Qualifizierung der Genossen und zur Vereinheitlichung unseres Verbandes. Mit den Bildungsthemen müssen wir jeden Genossen erreichen, außerdem versuchen, sympathisierende und interessierte Studenten in die Diskussion mit einzubeziehen. Soweit bereits Sektionen bestehen, ist es sinnvoll, die Bildungsthemen auch auf Sektionsebene zu behandeln. Denn im kleineren Kreis ergeben sich erheblich bessere Möglichkeiten zur Diskussion. Die Bildungsthemen bieten außerdem eine Grundlage, nach der Diskussion im Verband eine öffentliche Veranstaltung durchzuführen.

Folgende Bildungsthemen sind vorgesehen:

für das SS 1973

1. Das politische Herrschaftssystem des BRD-Imperialismus
2. Die antiimperialistische Befreiungsbewegung
3. Marxistische Erkenntnistheorie kontra Neopositivismus und kritischer Rationalismus

Wintersemester 1973/74

1. Arbeiterklasse und Demokratie
2. Zur Politik der ultralinken Gruppen
3. Der Hauptinhalt unserer Epoche

Die „Einführung in die Politik des MSB“ soll die Grundlagen unserer Politik vermitteln. Die Einführung ist in erster Linie für neu eingetretene Genossen, für Sympathiesanten und Initiativgruppen etc. gedacht. Grundlage dieses Kurses sind die wichtigsten Dokumente unseres Verbandes.

Es sollte zum Prinzip jeder Gruppe werden, daß die neu eingetretenen Genossen obligatorisch an diesem Kurs teilnehmen. Der Grundkurs „Einführung in den Marxismus“ macht systematisch mit Problemen aus den drei Bestandteilen des Marxismus vertraut. Das geschieht in den Zirkeln „Dialektischer und historischer Materialismus“, „Politische Ökonomie des Kapitalismus“ sowie „Wissenschaftlicher Sozialismus“. Die Zirkel sollten jeweils nach einem Semester spätestens abgeschlossen sein. Sie sind so angelegt, daß sie in 8 Bildungsabenden durchgeführt werden können. Deshalb ist auch eine inhaltliche Beschränkung auf einige wesentliche Schwerpunkte unumgänglich. Die Zirkel können sich so auch unter keinen Umständen dem Anspruch stellen, die Problemkreise umfassend behandeln zu wollen.

Das MSB-Studienjahr deckt nicht unsere gesamte ideologische Arbeit ab. Es sollte aber als vorrangige Tagesaufgabe stehen, daß im kommenden Semester in allen Gruppen mit der Durchführung des MSB-Studienjahres begonnen wird. Daneben werden wir mit unserer marxistischen Fachqualifizierung vorankommen müssen. Denn Qualität und Effektivität unserer Agitation und Propaganda hängen davon ab, wie wir in der Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ideologie differenziert in jedem Fachbereich vorgehen können, wie es uns gelingt, allgemeine Prinzipien des Marxismus auf unsere Fachqualifikation hin zu vermitteln.

Auch das noch

„SPUTNIK“, das sowjetische Informationsmagazin, hat kürzlich einen Brief veröffentlicht, den Karl Marx in seiner Londoner Zeit von seinem Leipziger Verleger erhielt: „Sehr geehrter Herr Marx! Ihr Manuscript, ‚Das Kapital‘, das für mich zu schreiben Sie sich verpflichtet haben, ist seit 18 Monaten überfällig. Falls wir das Manuscript nicht innerhalb der nächsten Woche erhalten werden, sehen wir uns genötigt, einen anderen Autoren mit der Arbeit zu beauftragen.“

FACIT 30

Beiträge zur marxistischen Theorie und Praxis

MSB Spartakus

Inhalt u. a.:

K.-H. Heinemann: **Marxismus kontra Bürgerliche Ideologie**

P. Schäfer: **Entwicklung des Massenkampfs an den Hochschulen. Analyse der Ursachen und Aufgaben**

M. Wilmes: **Das demokratische Erbe in den Geisteswissenschaften**

L. Wagner: **Bürgerliche und marxistische Erkenntnistheorie und ihr Einfluß auf die Entwicklung der Naturwissenschaften**

O. Neumann: **Das Manifest und der Wissenschafts- und Geschichtsbegriff bei Karl Marx. Eine Auseinandersetzung mit Marx-Pluralismus**

außerdem Berichte und Rezensionen

facit 31:

Bildungspolitik im staatsmonopolistischen Kapitalismus

facit 32:

Demokratie – Formen, Inhalte und Geschichte

Bestellungen an:

facit, 53 Bonn
Poppelsdorfer Allee 58 a

In zwei Jahren 100 Mark BAFöG weniger

Von Gerd Hautsch

„Die Bundesbank hat zusätzlich zu den durch die vorausgegangenen Währungsverluste bereits eingebüßten 13 Mrd. DM nochmals weit über 11 Mrd. DM verloren. Wie lange könnte man mit den 24 Mrd. DM doch Karneval feiern...“ jammerte Harald Manske in der „Rheinischen Post“, und er stützte sich dabei auf offizielle Angaben der Deutschen Bundesbank (DBB).

Diese Verluste entstanden dadurch, daß infolge der

Deshalb ist es schlicht unwahr, wenn Helmut Schmidt behauptet, diese Verluste seien nur rechnerisch, nicht real vorhanden. Richtig ist allerdings, daß man von diesen über 24 Mrd. DM nicht nur Fasching feiern, sondern z.B. auch die Bildungsinvestitionen gewaltig hätte steigern können. Der Etat für Wissenschaft und Forschung im neuen Bundeshaushalt macht noch nicht einmal ein Viertel dieser Verlustsumme aus. Und wenn die jährlichen Bildungsausgaben bis 1975 sogar gesenkt werden sollen, weil angeblich kein Geld da ist, so ist wohl jeder weitere Kommentar überflüssig.

Aber das ist nicht der einzige Grund, warum die imperialistische Währungskrise uns Studenten interessiert. Am 16. 2. schrieb die DBB im Monatsbericht, daß während der ersten Dollarkrise von 1973 — 1.—9. 2. — durch Devisenkäufe weit mehr Zentralbankgeld neu geschaffen worden ist als in der ganzen vorausgegangenen Periode seit 1972 durch kreditpolitische Maßnahmen und durch Devisenabflüsse den Bank entzogen oder zumindest stilgelegt worden sei. Die Geldpolitik sei vorerst kaum in der Lage, die inflationär aufgeblähte gesamtwirtschaftliche Nachfrage in dem an sich notwendigen Umfang zu dämpfen.“

Schon vor der zweiten Dollarschwemme hatte die DBB etwa 19 Mrd. DM zusätzlich ausgeben müssen, um Dollars aufzukaufen. Am 1. 3. 73 kamen weitere 9 Mrd. dazu. Innerhalb von vier Wochen flossen 28 Mrd. DM zusätzlich in den Geldkreislauf. Das bedeutet eine Steigerung von über 16 Prozent, ein seit 1922 nicht mehr dagewesener Vorgang. Zusätzliche Geldmenge bei nicht genauso steigendem Güterangebot bedeutet aber Inflation. Selbst wenn ein Teil dieser zusätzlichen Gelder im Lauf der Zeit wieder abfließt: zunächst heizt auch er die Inflationsrate an.

Die Folgen zeichnen sich schon ab: obwohl selbst in amtlichen Prognosen 6 Prozent Preissteigerung für 1973 „geplant“ sind, errechnete das Statistische Amt von NRW für Februar 1973 schon 0,8 Prozent; das wären 9,6 Prozent jährlich (auch das war vor dem zweiten diesjährigen Währungs-

DM-Aufwertungen und Dollar-Abwertungen im Zuge der jüngsten Währungskrisen die Dollar-Guthaben der DBB jedesmal weniger wert wurden. (Insofern brachte die neuerliche Aufwertung der DM von 3 Prozent abermals Verluste.) Es entstehen in der Bilanz der DBB Verluste, die zu Lasten des Staatshaushalts ausgeglichen werden müssen.



rungskollaps). An 6 Prozent Preissteigerung glaubt heute kaum noch jemand ernsthaft. Was aber bedeuten Inflationsraten von auch „nur“ 8 Prozent für uns Studenten?

Bis 1975 sollen die BAFöG-Sätze eingefroren bleiben. Was 1972 als Höchstsatz von 420,— sowieso schon ungünstig war, ist dann 1973 noch 386,—, 1974 355,— und 1975 ganze 327,— Mark wert. Defacto wird der BAFöG-Höchstsatz also um fast 100,— Mark oder um 22 Prozent gekürzt! Wahrscheinlich wird es sogar noch schlimmer werden. Denn kürzlich erklärten CDU/CSU, SPD und FDP im Bundestag einrächtig, es gäbe kein wirksames Mittel gegen die Inflation mehr...

Angesichts dessen stellt sich die Frage,

ob die imperialistische Währungskrise

ein unvermeidliches Schicksal ist. Woher kommt diese Krise, was sind ihre Ursachen?

Zunächst gilt es festzuhalten, daß es sich nicht um eine „Weltwährungskrise“ handelt, denn ein erheblicher Teil der Welt — die sozialistischen Länder — sind davon nicht betroffen, und ein anderer Teil — die Entwicklungsländer — sind nur an den Auswirkungen beteiligt, nicht an den Ursachen. Es handelt sich also um eine kapitalistische — bzw. imperialistische — Währungskrise. Sie kann deshalb auch nur im Rahmen der allgemeinen Entwicklungsgesetze des Imperialismus betrachtet werden, deren Ausfluß sie ist.

Lenin erkannte, daß die Beziehungen der

einzelnen imperialistischen Staaten wesentlich durch das Gesetz von der verstärkt ungleichmäßigen Entwicklung bestimmt werden. Vor allem wegen der Anarchie und Planlosigkeit der kapitalistischen Produktionsweise entwickeln sich unter monopolistischen Bedingungen die kapitalistischen Länder ökonomisch verschieden schnell. Da die imperialistischen Monopole gleichzeitig bestrebt sind, sich möglichst viele Bereiche der Welt zur Ausplünderei unterzuordnen, ist eine Aufteilung der Welt unter den imperialistischen Staaten erforderlich. Diese kann nur gemäß der jeweils mobilisierbaren Macht erfolgen. Da sich aber im Laufe der Zeit die ökonomischen Potentiale der Staaten und damit auch die politischen Kräfteverhältnisse verändern, muß diese Aufteilung der Welt irgendwann infrage gestellt, eine Neuauftteilung gefordert werden. Das war die Ursache für die imperialistischen Kriege 1914 und 1939. Auch nach 1945 war eine Neuauftteilung fällig. Aufgrund objektiver Gegebenhei-

Spekulativer Gewinn von 500 Millionen

Kaum hatte die amerikanische Regierung die 10prozentige Dollarabwertung bekanntgegeben, als die Westpresse schon begann, die Devisengewinne der Spekulanten zu errechnen. Die Agentur Reuter meldete am Tage der Abwertung, die Spekulanten hätten 330 Millionen Dollar eingestrichen. Diese Rechnung erwies sich jedoch als untertrieben. Nach einer Woche, am 20. Februar, veröffentlichte die „New York Times“ einen umfangreichen Artikel, in dem sie bewies, daß der Gewinn aus Spekulationen eine halbe Milliarde, auf alle Fälle nicht weniger als 400 Millionen erreichte. Als Spekulanten nennt die Zeitung die Firmen du Pont de Nemours, IBM, Eastman Kodak und die Milliardäre Getty, Onassis, Niarchos.

ten ging es dabei nicht mehr nur um die territoriale Verteilung von Kolonien, sondern zunehmend um die Beherrschung des Welthandels. Das Währungssystem von Bretton Woods war im Grunde die Fixierung einer solchen Neuauflistung; es bringt die damaligen Kräfteverhältnisse klar zum Ausdruck. Die überragende Stellung der USA verschaffte deren Währung die privilegierte Funktion als Reservewährung, d. h. als jederzeit und überall zu akzeptierendes internationales Zahlungsmittel. England und Frankreich erhielten regional begrenzte Ersatz-Reservewährungen (Sterling- und Franc-Zone), Deutschland, Japan und Italien wurden währungspolitische Heloten.

Die USA hatten die einmalige Chance erhalten, mit ihrer nationalen Währung ausländische Waren bezahlen zu können. Und sie nutzten das aus: Importüberschüsse im Warenverkehr, Devisenbilanzdefizite aufgrund massenhafter Aufkäufe ausländischer Firmen durch US-Monopole — all das konnte aus der US-Notenpresse bezahlt werden, d. h. mit bedrucktem Papier. Das wurde anfangs durch die amerikanischen Goldbestände gedeckt, doch seit Beginn der 60er Jahre nicht mehr: im Mai 1971 standen 10,6 Mrd. Dollar Goldreserven 70 Mrd. Dollar kurzfristige Auslandsschulden der USA gegenüber. Im Grunde lebten auf diese Weise die USA teilweise auf Kosten ihrer Handelspartner, vor allem der anderen imperialistischen Länder.

Aber die ökonomischen Kräfteverhältnisse verschoben sich erneut:

Anteile an der kapitalistischen Industrieproduktion (in Prozent)³

Land	1950	1960	1970
USA	54,6	44,1	41,4
BRD	6,6	8,7	9,8
Japan	1,6	3,9	9,8
Gr. Brit.	11,6	9,4	7,0
Frankreich	4,4	4,9	4,8
Italien	2,5	3,4	3,6

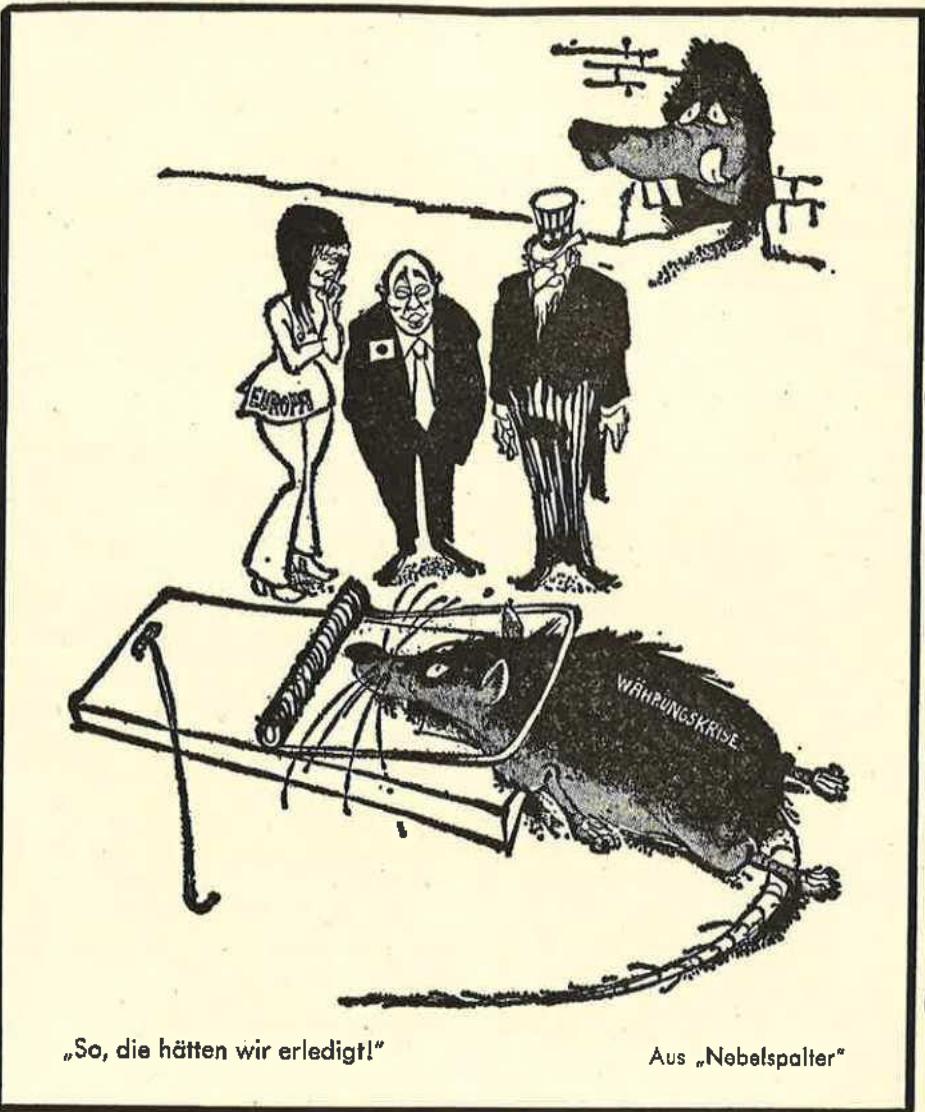
Die anderen imperialistischen Länder waren immer weniger bereit, sich die rücksichtslose Auspowerpolitik der USA gefallen zu lassen und konnten ihre Ansprüche immer machtvoller anmelden; die USA wollten aber auf ihr Privileg nicht verzichten.

Die Kämpfe um die Neuordnung des Währungssystems sind eine wesentliche Form, in der heute um eine „Neuauflistung“ gerungen wird. Zunächst ging es darum, den unrealistisch hoch bewerteten Dollar abzuwerten, um die Kapitaloffensive der US-Monopole zu bremsen. Dann ging es um die Absetzung des Dollar als Leitwährung überhaupt. In beiden Fällen haben die USA zurückstecken müssen, aber der Kampf ist noch lange nicht ausgestanden.

Es geht hier also in erster Linie um Machtfragen, weniger um währungstechnische Probleme. Das muß man auch beachten, wenn man diverse Reformvorschläge für das imperialistische Währungssystem beurteilt will. Was sich hier abzeichnet, ist eine generelle Neufestsetzung der Paritäten der einzelnen Währungen und deren Bezug auf eine neue Größe, wahrscheinlich die „Sonderziehungsrechte“ (SZR).⁴ Aber die imperialistische Währungskrise hat ihre Ursache nicht in einer Fehlkonstruktion des Bretton-Woods-Systems, sondern in der Nichtbeachtung der Tatsache, daß Welt-

handel kein abstrakt-technischer Mechanismus ist, sondern der Austausch von Werten über das Weltgold als Vermittlungsbasis. Dadurch, daß die USA ständig mehr internationale Zahlungsmittel in Umlauf

aufteilung der Einflußmöglichkeiten auf den Welthandel gemäß den derzeitigen Kräfteverhältnissen bedeuten, solange die Aufblähung der internationalen Geldmenge nicht auf das Maß reduziert wird, in dem die ausgetauschten Werte steigen.



Aus „Nebelpalter“

brachten, als sie an Werten für den Export produzierten, konnten sie zwar den imperialistischen Konkurrenzländern zusätzliche Lasten aufbürden. Sie konnten aber die zusätzlich geschaffenen überschüssigen Dollars nicht wegzaubern. Die Kluft zwischen umlaufender Weltgeldmenge und international getauschten Werten vergrößerte sich mit jedem Zahlungsbilanzdefizit der USA: 20 Mrd. Dollar 1971, 28 Mrd. Dollar 1972. Das hätte zu einer internationalen Inflationierung der verschiedenen Währungen führen müssen, wenn deren Kurs nicht künstlich fixiert worden wäre. So blieben Dollars einfach übrig, wurden „heimatlos“, „vagabundierten“ als Euro-Dollars von einer Spekulation zur anderen.

Eine Orientierung der Wechselkurse z. B. an SZR kann solange keine Lösung bringen, sondern tatsächlich nur eine Neu-

Das ist aber nicht zu erwarten, denn die internationale Inflation resultiert nicht aus der Unfähigkeit der Wirtschaftsminister. Es ist zum einen die Preispolitik der Monopole, die die Kaufkraft gefährdet. Zum anderen sieht sich der Staat durch objektive Notwendigkeiten gezwungen, wachsende Massen von Kaufkraft zu mobilisieren und dazu immer riskantere Finanzmanöver durchzuführen.

Das im staatsmonopolistischen Kapitalismus notwendig gewordene permanente Eingreifen in den Reproduktionsprozeß, die staatsmonopolistische Regulierung, insbesondere die Stimulierung des Wachstumstempo, die Militarisierung der Wirtschaft und damit ständige Aushöhlung der Währung, die durch die Zuspitzung der inneren Widersprüche geforderte Ver vollkommenung des Manipulations- und Unterdrückungsapparats sind ein Teil der

Ursachen hierfür. Ein anderer resultiert aus dem veränderten Kräfteverhältnis im Weltmaßstab: der Aufschwung der revolutionären Kräfte auf der ganzen Welt, der zunehmende Einfluß der sozialistischen Staatengemeinschaft auf die Ent-

Die Kosten der US-Globalstrategie zeigen sich aber nicht nur in den Ausgaben für Rüstung und Vietnamkrieg, sondern auch in den Milliardenbeträgen für Stationierungskosten für US-Truppen auf etwa 3000 Stützpunkten in anderen westlichen

zwingt zum Kampf gegen diese Bestrebungen, gegen die Preispolitik der Monopole, gegen die Rüstungs- und Aggressionspolitik des imperialistischen Staats usw. Von der Kraft dieses Klassenkampfes wird es entscheidend mit abhängen, was sich der Imperialismus an internationaler Reaktion in Zukunft noch wird leisten können. Hier wird schlagartig deutlich, wie eng der Kampf der anti-imperialistischen Kräfte in den Metropolen mit der Politik der friedlichen Koexistenz seitens der sozialistischen Länder und mit dem Kampf der nationalen Befreiungsbewegungen zusammenhängt. Zugleich verschärfen sich im Zuge der Währungskrise die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten ungeheuer, wie der Poker auf den Währungskonferenzen zeigt; dies stellt die Geschlossenheit des imperialistischen Machtkartells zunehmend in Frage, behindert Integrationstendenzen. Solche Widersprüche gilt es auszunutzen im Sinne der antiimperialistischen Kräfte. Das heißt für uns, daß wir uns gegen die Bemühungen der Brandt/Scheel-Regierung wenden, die bereit ist, unter größten Zugeständnissen an die US-Monopole (auf Kosten der westdeutschen Arbeiterklasse) das imperialistische Weltsystem zusammenzuhalten:

Deshalb fordert die DKP: „Die Bindung unserer Währung an die bankrote Politik des US-Imperialismus und an den kriegskranken Dollar ist zu lösen.“

Notwendig ist jetzt der Kampf aller Arbeiter, Angestellten, Bauern, Angehörige des Mittelstandes, der nichtmonopolistischen Wirtschaftskreise u. der Studenten für wirksame gesetzliche Maßnahmen gegen Steuer- und Preisdiktaturen, gegen Währungsspekulation und USA-Kapitalmacht. Neben dem Kampf für Erhaltung und Erhöhung der Realeinkommen, für Erkämpfung von Teuerungszulagen muß aber der Kampf gegen die Ursachen der Währungskrise geführt werden. D. h. 1. „für Überführung in- und ausländischen Konzerne und Banken in öffentliches Eigentum bei wirksamer Kontrolle durch die Arbeiterklasse und ihrer Organisationen“, um der monopolistischen Preispolitik ein Ende zu bereiten, und 2. für Veränderungen der Staatsausgaben, vor allem Senkung der Rüstungsausgaben. Das erfordert den Einfluß der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen auf die Wirtschaftspolitik. Als kurzfristige Maßnahmen ergibt sich notwendig: „Der durch die Dollarschwemme angeheizte inflationistischen Geldwertung durch staatlichen Preis- und Mietstopp unter öffentlicher Kontrolle ist entgegentreten. Strenge Kontrolle der Finanztransaktionen und Spekulationen der Banken und Konzerne aus dem In- und Ausland — Beschlagnahme der Spekulationsgewinne“.

Jeder gegen jeden



Karikatur nach „Prawda“

wicklungsländer, überhaupt die zunehmende Komplexität des internationalen Klassenkampfes erfordern vom Imperialismus, daß er immer mehr Mittel für „Hilfe“ stellt, daß er überall gegenwärtig ist, jede politische Regung im Auge behält, sich als „Weltgendar“ gibt.

Aus alldem und aus dem Umstand, daß sich das ökonomische Potential des Imperialismus im Verhältnis zum Sozialismus ständig relativ verkleinert¹, resultiert eine permanente Tendenz, über die eigenen Verhältnisse zu leben. Durch die Kosten der US-Globalstrategie insbesondere durch den Krieg in Vietnam und die gigantischen Rüstungsausgaben wurde die US-Wirtschaft schwer angeschlagen. Das drückt sich vor allem in einer hohen Inflationsrate, also in überdurchschnittlichen Preissteigerungen für die US-Güter aus. Darunter litt die Konkurrenzfähigkeit mit anderen kapitalistischen Hauptländern, insbesondere mit Japan und der BRD, die billiger produzieren konnten. Die Folgen der langjährigen „Vietnam-Inflation“ waren naturgemäß am Tage des Waffenstillstandes nicht aus der Welt. Die Rüstungsausgaben wurden nicht gesenkt, sondern für 1973 von 76 auf 80,4 Milliarden Dollar sogar noch erhöht.

Ländern. Hinzu kommen Milliarden an sog. Militär- und Entwicklungshilfe an reaktionäre und korrupte Regime in Asien und Lateinamerika und für kriegstreiberische Stellvertreter des US-Imperialismus wie z. B. Israel. Die hohen Stationierungskosten sind auch ein Grund, weshalb die westdeutschen Steuerzahler jedes Jahr höhere Beträge an sog. Deviseausgleichszahlungen für die USA aufbringen müssen (zuletzt 3,4 Milliarden DM pro Jahr). Die USA gaben 80–90 Mrd. Dollar mehr aus, als sie wertmäßig produziert hatten, und schufen so die Eurodollar, die heute die imperialistischen Finanzminister um den Schlaf bringen.

Die Eurodollar sind die Spitze eines Eisbergs von Gebrechen und Widersprüchen, die die Währungskrise chronisch und gesetzmäßig sein lassen: einerseits sieht sich der Imperialismus gezwungen, zur Aufrechterhaltung seiner Herrschaft immer mehr Potenzen zu mobilisieren, andererseits ist er dazu immer weniger in der Lage. U. a. auch durch die Währungskrisen, durch Inflation u. dgl. wird versucht, zusätzliche Lasten der werktätigen Bevölkerung aufzubürden. Das verschärft die inneren Widersprüche,

Anmerkungen:

1 zit. n. „Deutsche Volkszeitung“, Nr. 10, 8. 3. 73, S. 1.

2 zit. n. „Nürnberger Nachrichten“, 17/18. 2. 73.

3 Quelle: „Der Imperialismus der BRD“, Frankfurt/M. 1971, S. 415.

4 SZR beim Weltwährungsfonds sind im Grunde eine fiktive Recheneinheit, die dadurch zu „Weltgold“ wird, daß sie von allen Ländern als solches akzeptiert wird.

5 1950 stellte der Imperialismus 72 Prozent der Weltindustrieproduktion, der RGW 18 Prozent; 1970 hatte der Imperialismus noch 55 Prozent, der RGW 35 Prozent.

6 Vorschläge des Präsidiums der DKP vom 13. 2. 73. Literaturrempfehlung:

K. H. Domdey, D. H. Kühne, Die chronische Krise des kapitalistischen Währungssystems, Verlag Marxistische Blätter, Ffm 1972 236 S. DM 9,80.

KULTUR

Martin Walser in DKP-Betriebszeitungen:

Warum wir in die Gewerk- schaft wollen

„Das Ungewöhnliche, Arbeiter treten an die Schriftsteller, Schriftsteller an die Arbeiter ihres Landes heran, sollte Gewohnheit werden. Wir sind das, was man schreibende Arbeiter nennt. Wir machen Betriebs-Zeitungen der DKP. Kleine Zeitungen mit großem Ansehen bei den Belegschaften. Selbst geschrieben und hergestellt und vor den Werktooren verteilt, erscheinen nahezu 500 unserer Zeitungen mit einer Gesamtauflage von monatlich einer Million Exemplaren ...“

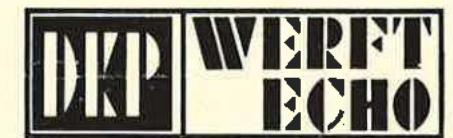
Da wir wissen, daß für Sie Demokratie die Grundlage Ihres Schaffens ist und Sie sich für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung engagieren, machen wir Ihnen einen Vorschlag: Schreiben Sie in unseren Betriebszeitungen. Schreiben Sie über Ihre Probleme, Ihre Meinung zu den Konflikten in der kapitalistischen Gesellschaft. Wir geben Ihnen in unseren Zeitungen dafür eine Tribüne.“

Das boten Redakteure von DKP-Betriebszeitungen den Delegierten des Schriftstellerkongresses an, der Ende Januar in Hamburg getagt hatte und den Beitritt zur IG Druck und Papier beschloß. Einer von denen, die das Angebot annahmen, war Martin Walser, der den Hamburger Betriebszeitungen folgenden Artikel schickte, den wir hier mit freundlicher Genehmigung nachdrucken.

Im Herbst 1972 sendeten zwei Rundfunkanstalten ein Hörspiel von mir, das im Jahre 1955 zum erstenmal gesendet worden war. Damals bekam ich 1000 Mark Honorar. Jetzt bezahlte eine Anstalt etwas über 600 für die Wiederholung, die andere etwas über 2100. Oder: ich hielt eine Rede, eine sich als sozialdemokratisch verstehende Zeitung druckte die Rede ab, ohne etwas dafür zu bezahlen; ich frage nach und erfahre: Wenn sie Reden auch noch honorieren müßten, dann könnten sie sie nicht mehr drucken. Oder: der Feuilletonchef einer großen Tageszeitung druckte 16 vierzeilige Strophen ab, als ich Monate später fragte, ob

man etwas dafür bekäme, sagte er, er habe nicht gewußt, daß ich Geld dafür wolle.

Das heißt: die Arbeit eines Schriftstellers wird in unserer Gesellschaft immer noch nach Lust und Laune eingeschätzt. Jeder könnte, wenn er ein wenig nachdächte, einsehen, daß wir diese Arbeit zwar nicht wegen des Geldes tun, aber daß wir sie ohne Bezahlung auch nicht tun können. Wir sind abhängig von denen, die uns Sendezeiten oder Zeilenzahlen oder Buchseiten zur Verfügung stellen. Traditionell gehören wir zum Bürgertum. Das Bürgertum ist durch die Intellektuellen zu sich selbst gekommen. Im Bürger-



tum ist dann der Kapitalismus tonangebend geworden. Der Intellektuelle geriet in die Opposition. Seit Anfang dieses Jahrhunderts diskutieren Schriftsteller darüber, ob sie zum Bürgertum oder ob sie zur Arbeiterklasse gehören. Bei Marx und Engels steht wenig darüber. Im Jahr 1970 hat der 1. Kongreß des Verbandes deutscher Schriftsteller sich dazu entschieden, mit den Gewerkschaften Verhandlungen aufzunehmen. In den einzelnen Landesverbänden wurde dann zwei Jahre über einen möglichen Beitritt zur Gewerkschaft diskutiert. Das waren zwei lehrreiche Jahre. Zum erstenmal sahen sich Kollegen, die sich als Dichter

verstehen, mit Kollegen konfrontiert, die sich eher für Arbeiter oder Angestellte halten. Das heißt, die einen leiten ihr Selbstverständnis ab aus dem, was sie tun, und die anderen aus der ökonomischen Basis, auf der ihre Arbeit sich aufbaut. Der Staat hat sich um diese Geburtswehen unseres Selbstbewußtseins

nicht gekümmert und uns einfach als Unternehmer eingestuft, die Umsatzsteuer zahlen müssen.

Es war nicht schwer, in allen Landesverbänden bald schon eine gewerkschaftsfreundliche Stimmung zu schaffen. Auch die Dichter sahen, daß immer mehr kleine Verlage verschwanden, daß die Ver-

lagskonzerne immer mächtiger und wir ihnen gegenüber immer ohnmächtiger wurden. Die Rundfunkanstalten arbeiten immer enger mit den Konzernen zusammen. Unsere Abhängigkeit wurde unübersehbar. 91 Prozent der Kollegen, die im Januar 1973 zum 2. Kongreß des Verbandes nach Hamburg gekommen waren, stimmten jetzt dafür, daß man der Gewerkschaft Druck und Papier beitrete; aber mit der Auflage, daß diese Gewerkschaft sich entwickle zu einer „Gewerkschaft Medien“.

Erst wenn ALLE in der Kulturindustrie Tätigen in EINER Gewerkschaft sein werden, können wir auf eine effektive Vertretung unserer Interessen hoffen. Das sind zwar in erster Linie ökonomische Interessen (Tarifverträge, Honorarrahmen, Urlaubsregelung, Altersvorsorge), aber schon in der Frage der Mitbestimmung etwa wird die ökonomische Frage zur ideologischen; und eine ist ohne die andere nicht lösbar. Noch sind alle Legitimierungsgewalten (Verkauf und Kritik) in der Hand, in der auch das Kapital ist. Der beste Honorarvertrag nutzt ja nichts, wenn das Kapital die Möglichkeit hat, Schriftsteller, die ihm nicht passen, erst gar nicht zu drucken oder ihnen die kulturellen Weihen in einem fast vernichtenden Ausmaß vorzuenthalten. Das ist das Feld der berufspolitischen Aufgaben.

Beides, das ökonomische Interesse und die berufspolitische Entwicklung, ist durch den jetzt beschlossenen Gewerkschaftsbeitritt nur als Aufgabe klarer geworden: Die Lösungen sind noch längst nicht in Sicht; wohl aber die Richtung, in der sie erreicht werden können.



Während eines Empfangs Hamburger Betriebszeitungsredakteure für fortschrittliche Schriftsteller in den Räumen des DKP-Landesvorstands: Peter Schütt, Martin Walser, der Hamburger DKP-Vorsitzende Jan Wlenecke und Conrad Schuler vom Kürbiskern.

• SOZIALISTISCHE POLITIK Nr. 23

AUFSÄTZE, ANALYSEN

Zur sozioökonomischen Entwicklung Spaniens (I)
Neuere Tendenzen der Widerstandsforschung in der
BRD und Westberlin

KURZANALYSEN, BERICHTE

1. Mai und Aktionseinheit in Westberlin
Sozialistische Demokratie als Problem der Ge-
staltung der entwickelten sozialistischen Gesell-
schaft

DISKUSSION, BESPRECHUNG

Zur Marxschen Wertlehre
Technische Intelligenz
Friedliche Koexistenz

Bezugsbedingungen: Einzelheft: DM 4.-,

Abonnement: DM 20.- (inclusive Porto)

Herausgegeben in Westberlin

SOZIALISTISCHE POLITIK
1 Berlin 41 Postfach 270

Beteiligt euch am Festival-Wettbewerb des vds

(Verband Deutscher Studentenschaften)

Macht die Kampfziele der Festival-Bewegung zum Gegenstand eurer künstlerischen Tätigkeit in Studium und Freizeit.

Stellt euer Können in den Dienst der antiimperialistischen Solidarität des Kampfes der Völker der Welt um Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt.

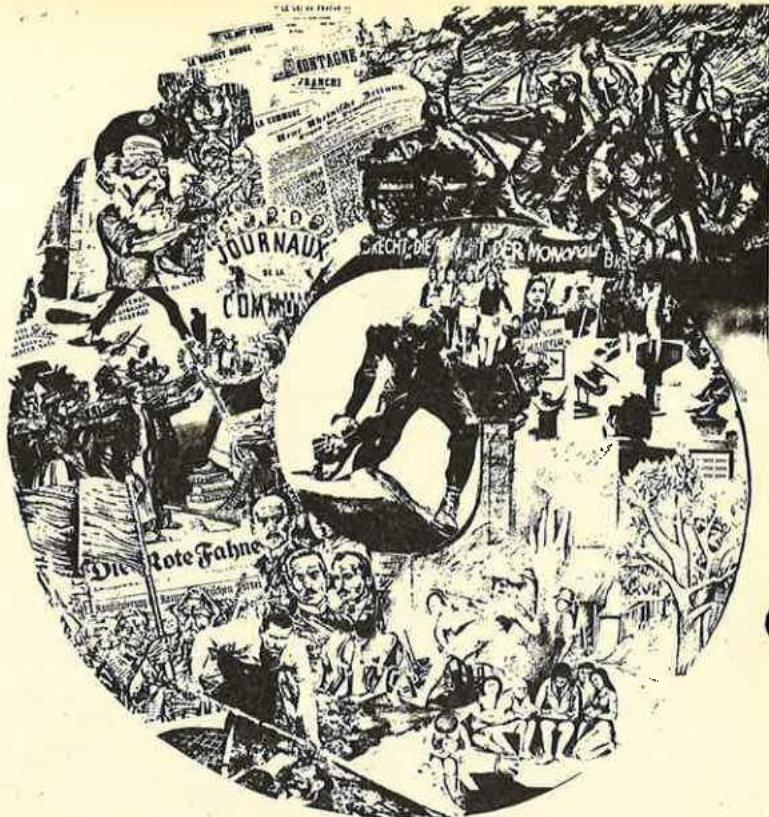
Nutzt eure Fähigkeiten, damit der Festival-Gedanke in der BRD vankommt.

Der Verband Deutscher Studentenschaften richtet zur Vorbereitung der 10. Weltfestspiele Weltbewerbe zu den Themen aus:

> Kämpfe der Jugend und Studenten in der BRD< (aus der Zeit von 1967 bis 1973)
Fotografie
(Einzelbilder oder Fotoserien)
Film (8, 16 oder 35 mm)
Plakat (alle Formate)

> Solidarität mit dem vietnamesischen Volk<
Bildende Kunst
(Graphik, Malerei, Plastik)

Einsendeschluss: 15. Mai 73
Nähere Teilnahmebedingungen beim ASTA oder vds-Fachkonferenz Kunst und Medien, 48 Bielefeld, Lärchenweg 2



10. Weltfestspiele der Jugend und Studenten 1973 in Berlin (DDR) Für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft

Zur Vorbereitung der X. Weltfestspiele hat der vds mehrere Wettbewerbe für die Studenten der künstlerischen Hochschulen und Fachbereiche ausgeschrieben. Sie umfassen die Bereiche „Bildende Kunst“ (Graphik, Malerei, Plastik) unter dem Thema „Solidarität mit dem vietnamesischen Volk“, „Plakat, Film/Video“ und „Fotografie“ unter dem Thema „Kämpfe der Jugend und Studenten in der BRD für die Erhaltung und den Ausbau demokratischer Rechte“ bzw. ein Thema des antiimperialistischen Kampfes der Jugend aus der Zeit von 1967 bis 1973. Der Fotowettbewerb richtet sich über den Kreis der Kunststudenten an jeden Fotoamateur.

Das Ergebnis der Weltbewerbe soll zu Ausstellungen zusammengestellt und als kultureller Beitrag des vds bzw. der Delegation der BRD auf den X. Weltfestspielen gezeigt werden. Ein Teil der eingereichten Arbeiten soll noch in den Vorbereitungen zu dem X. Festival eingesetzt werden. Der vds bereitet auch einen Kompositionswettbewerb vor. Zur künstlerischen Beratung und Mitwirkung konnte Hans-Werner Henze gewonnen werden.

Projektbereich Kunst und Medien des vds aktiv bei Festival- Vorbereitung

In München trafen sich am 22. März 1973 Dirk Krüger (VDS und Sprecher des Arbeitskreises Festival), Wolfgang Florey (Sekretär der Fachkonferenz Kunst und Medien im VDS) und H. K. Bast (Demokratischer Kulturbund Deutschlands) mit Erika Runge und Hans-Werner Henze, um ein Konzept auszuarbeiten, das der ARBEITSKREIS FESTIVAL als Beitrag der Delegation der Bundesrepublik während der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten, die in der Zeit vom 28. Juli bis 5. August 1973 in Berlin/DDR stattfinden werden, aufführen wird. Der erfolgreiche Streik bei Mannesmann wurde als Sujet des Textbuches

für eine szenische Kantate für Schauspieler und ein Instrumentalensemble gewählt. Den Text wird Erika Runge schreiben. Junge Komponisten der BRD, die sich an dem vom vds ausgeschriebenen Weltbewerb beteiligen, werden gemeinsam mit Hans-Werner Henze kollektiv die Vertonung und musikalische Gestaltung erarbeiten.

Orientiert
an den Bedürfnissen
der Bevölkerung
und nicht
an den Interessen
des Großkapitals

Deutsche Volkszeitung

Anforderungskarten für Probeexemplare liegen dieser Ausgabe bei.

„Und alle lieben Heinrich Heine . . .“

Von Heinrich Ernst

„Der ist ja weg nach Frankreich, der hat sich sicher schlecht benommen.“ So wegwerfend urteilt der rheinische Volksmund über den Dichter, der Düsseldorfs Stadtvätern seit mehr als einem Jahrhundert Kopf- und andere Schmerzen verursacht.¹

Ein derartig vernichtendes Urteil würden Vertreter der gebildeten Stände natürlich niemals abgeben. Man versteht, bedenkt, berücksichtigt die Zeitumstände usw. — und kommt zu dem Schluß: Heinrich Heine ist Düsseldorfs größter Sohn. Und so spendiert der zweitgrößte Sohn der Stadt, Konrad Henkel, dessen Faible fürs Poetische bekannt ist („Die Wäsche im Persil-Weiß sehen, bringt Sie im Nu auf Reim-Ideen“), ein Fasanenessen zum Gedenken an die Nr. 1.

Nein, kein Zweifel: Alle lieben Heinrich Heine, auch wenn sich ihre Liebe zuweilen ungewöhnlicher Ausdrucksformen bekleidet. Nachdem der Düsseldorfer R. Visscher bereits 1893 im kongolesischen Urwald ein Heine-Denkmal errichtet hatte², wollten die Düsseldorfer Stadtväter an Heines 100. Todestag nicht zurückstehen: Eine nackte Schönheit des französischen Hitler- und Speer-Verehrers Maillol, die unbestätigten Gerüchte zu folge dazu geschaffen worden war, ein Schwimmbad zu dekorieren, gemahnt die Düsseldorfer seit 1956 an den im Exil gestorbenen Dichter. Offenbar als Ausgleich dafür, daß Heines Bücher 1933 von Nazi-Horden verbrannt worden waren, schuf ein weiterer Nazi-Bildhauer, Willi Hoselmann aus Düsseldorf, die Gedenktafel am Geburtshaus Bolkerstr. 53.

Nein, und hierin muß ich dem Genossen Süverkrüp entschieden widersprechen, man hat Heinrich Heine fast alles verziehen. („Er hatte ja vielleicht sogar ein bißchen recht — damals.“)

Da sich seine Geburt in Düsseldorf nun einmal nicht vermeiden lassen hat, will man ihn auch ehren — man ist ja kein Kulturbanause.

Da erhebt sich die große Frage: Wie? Zu allem Überfluß beschließt der nordrhein-westfälische Kultusminister 1965, die medizinische Hochschule Düsseldorf zur Universität auszubauen; und ehe man sich versieht, steht der Namensvorschlag im Raum: „Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf“.

„Das geht nicht!“ erklären die Ratsfraktionen von CDU und FDP, die Universität sei nicht das rechte Objekt für eine solche Namensgebung, aber vielleicht könne man eine Rheinbrücke... „Das geht nicht!“ erklärt Gründungsrektor Alwin Diemer; es sei, so erfuhr die stauende Fachwelt, nicht mehr zeitgemäß, einer Universität den Namen eines Dichters zu geben. Nein, gegen Heine als

Die mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät der Universität Düsseldorf hat beschlossen, dem Konzernchef Dr. Konrad Henkel am 14. Mai die Ehrendoktorwürde zu verleihen. Die Heinrich-Heine-Universität ist tot — es lebe die Konrad-Henkel-Universität! Konrad Henkel 1945: „Von den Dutzenen Parteien, die vor 1933 im Reichstag saßen, gab es nur eine hundertprozentige antikommunistische Partei, und das war die Nazi-Partei. Als uns Hitler 1932 erklärte, daß er mit den Kommunisten aufräumen würde, entschlossen wir uns, ihn zu unterstützen.“ Konrad Henkel 1973: „Die Unternehmer sind apolitisch. Aber ich glaube, das wird sich jetzt ändern... Nicht ohne Grund habe ich mich bereit erklärt, mich zum Präsidenten des Verbandes der chemischen Industrie wählen zu lassen.“



Das Urteil westlicher Ideologen über FDJ-Singebewegung und VII. Kunstausstellung

Die „einheitliche Kulturnation“

ein Beitrag der FDJ-Zeitung „Junge Welt“

Wir kennen alle die Wunschvorstellungen der herrschenden Kreise in der BRD von den „innerdeutschen Beziehungen“ und der „einheitlichen Kulturnation“. Wir übersehen deshalb nicht die übergroße Neugier der bürgerlichen Presse für die kulturellen Leistungen der DDR. Aber sosehr sich die westlichen Schreiber auch bemühen, über die sozialistische Kunst mitreden zu wollen, so sehr fällt auf, daß ihnen diese sozialistische Kunst mißfällt, daß sie sie anders haben möchten. Ihre Betrachtungsweisen verraten den stillen Haß in den Redaktionsstuben auf den Vormarsch des Sozialismus, verraten den unversöhnlichen Gegensatz zwischen sozialistischer und imperialistischer Ideologie. Wenn auch freiwilliger DDR gesagt wird, es schallt aus den westlichen Rundfunkstationen und dem Blätterwald wie eh und je der altbekannte zynisch-besserwissenische Ton darüber, wie Kunst zu sein hat.

„Alle sagen drüben DDR, ach, wie fallen neue Wörter schwer“ — diese Textzeile aus einem Lied Hartmut Königs vom 1. Festival des politischen Liedes 1970 klang dem Klassengegner damals schlimm in den Ohren, wie überhaupt die FDJ-Singebewegung bei ihm von Anfang an schlecht wegkam. Das liest sich beispielsweise so: „Freilich, im Hämmer sind auch die Melodie-Werker der DDR geübt — etwa wenn der ‚Oktoberklub‘ sich als ‚Stück der Partei‘ und die ‚Klasse der Millionen Millionäre‘ besingt, für die ‚gute Arbeit Pflicht und Ehre‘ ist.“ (Spiegel) Was hier mißfällt, ist das politische Bekenntnis der FDJ-Singegruppen. Weil der Gegner die Erfolge der Singebewegung und ihre Verbindung zu progressiven Gruppen in der kapitalistischen Welt für den gemeinsamen antiimperialistischen Kampf nicht leugnen kann, versucht er, die Sache zu entideologisieren. Der „Spiegel“ bestimmt deshalb, was die Zuhörer bei „Quilapayun“ aus Chile oder „Agit-Prop“ aus Finnland zu fesseln hat: „Weniger Klassenkampf-Funktion als die modischen und folkloristischen Elemente der Gesänge.“

Dem gleichen Journal mißfiel selbstverständlich auch der DEFA-Film „Trotz alledem!“ über den Kampf Karl Lieb-

kchts, und er rechnet mit den Künstlern und Zuschauern der DDR ab, die sich zu diesem Film bekennen. In der westlichen Fachsprache heißt das natürlich nicht Film, sondern „koloriertes Revolutions-Lichtspiel“. Als der Leser Lothar Schulz in der Jungen Welt — beeindruckt vom Liebknecht-Film — schrieb, daß „mit den Mitteln der Kunst Geschichte nachempfindbar gemacht werden kann“, ahnte er sicher nicht, daß diese Äußerung die Verärgerung der Spiegel-Redakteure nach sich ziehen würde, denen vor allem die überzeugende Entlarvung des Sozialdemokratismus in diesem Film überhaupt nicht schmeckte. Auch hier wieder der stille Haß darüber, daß sich die DDR-Jugend mit dem Kampf der großen Söhne der deutschen Arbeiterklasse identifiziert.

Nicht anders ist es mit der Bewertung der VII. Kunstausstellung der DDR, wo sich die Angriffe hinter den Komplimenten verbergen. So schreibt die „Frankfurter Allgemeine“, der Besucherandrang sei in der Tat das „übragende Phänomen“, und sogar eine Erkenntnis wird mitgeliefert: „Daß dem Arbeiter die Kunst uninteressant sei, ist ganz offenbar falsch.“ Dann wird aber doch die Katze aus dem Sack gelassen, wenn es heißt, die Besucher bezeugten „Ehrfurcht“ vor einer Kunst, die keine wäre. Denn „für westliche Augen zerrinnt dieses gewaltige Stilgemisch zu einem Plagiathorror-Keller aller Akademien zwischen 1850 und 1925“. Und der „Kölner Stadt-Anzeiger“ beleidigt unsere bildenden Künstler, wenn er schreibt: „Lenin, Vietnam, Angela Davis, die Pariser Kommune, das sind zur Zeit die immer wiederkehrenden Motive, an denen sich jeder versucht, der das richtige Bewußtsein beweisen will.“ Was sich hinter diesen Kritteleien verbirgt, ist der offene Angriff auf die Methode des sozialistischen Realismus. Die westlichen Ideologen hätten unsere Kunst gern ohne sozialistischen Ideengehalt, ohne Parteilichkeit und Volksverbundenheit. Mit ihren Fehlurteilen und Anmaßungen über die DDR-Kultur beweisen die Vertreter der imperialistischen Ideologie, daß es gar keine „einheitliche Kulturnation“ mehr gibt und geben kann.

schilder, sondern nur handgemalte Transparente verkünden: „Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf“.

Der Streit um die Benennung der Düsseldorfer Universität ist eine eminent politische Frage. Er ist nur die Spitze des Eisberges bundesdeutscher Heine-Diffamierung. Denn was lernt man in der Schule von Heine? Bestenfalls die „Loreley“ und den „Belsazar“.

Über den seit vier Jahren andauernden und mit der Entscheidung des Satzungskonvents keineswegs beendeten Kampf der Bürgerinitiative Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf informiert deren Gründer Otto Schönfeldt in dem soeben im Pahl-Rugenstein Verlag Köln erschienenen Buch „Und alle lieben Heinrich Heine...“

Ein lesenswertes Buch, weil es einmal eine sonst weniger beachtete — die kulturelle — Seite des Klassenkampfes beleuchtet.

Wie bekommt man es?

Als Student, indem man 5 DM + 1,50 DM Versandkosten auf das Postscheckkonto Otto Schönfeldt, Dortmund, 43305-467 einzahlt oder einen Scheck einschickt an die Bürgerinitiative Heinrich-Heine-Universität, c/o Otto Schönfeldt, 4 Düsseldorf 1, Grunerstr. 26. (Der reguläre Preis beträgt 10 DM zuzüglich Versandkosten.)

Anmerkungen:

¹ In der Fernsehsendung „Über die Schwierigkeiten eines deutschen Dichters, gelehrt zu werden“.

² Inschrift:

Heinrich Heine!

Hier hat in einer dunklen Nacht
Ein deutscher Sänger Dein gedacht.
Den Wohlklang Deiner schönen Lieder
Gab hier des Urwaldes Echo wider.
Hier hat der Stadtrat keine Macht,
Und da die Welt genug gelacht
Ob diesem kannibalischen Treiben,
Soll Heine hier ein Denkmal bleiben!
Hier, wo die göttliche Natur
Noch nicht nach Christ und Jude frug,
Da sei des Menschen nur gedacht,
Des Sängers, seiner Lieder Pracht.



Kultur kurz

Carlos Alvarez

Der fortschrittliche columbianische Filmemacher Carlos Alvarez — seit über einem Jahr wegen seiner oppositionellen Filme im Gefängnis — sollte vor einigen Wochen aus der Haft entlassen werden. Er hatte die für seine angeblichen Vergehen verhängte Strafe abgesessen. Zwei Stunden vor seiner Freilassung jedoch entzog das militärische Oberkommando dem Zivilgericht das Verfahren. Am 14. Februar, um 11 Uhr, wurden Carlos Alvarez sowie sein ebenfalls inhaftierter Mitarbeiter Manuel Vargas in das berüchtigte Konzentrationslager für politische Häftlinge in Bucamaranga verlegt. Seine Frau Julia, die ein Kind erwartet, soll direkt nach dessen Geburt wieder ins Gefängnis eingeliefert werden.



Volkstheater Rostock darf nicht ins Theater Bremerhaven

Der Magistrat von Bremerhaven hat es abgelehnt, das städtische Theater für ein Gastspiel des Volkstheaters Rostock zur Verfügung zu stellen. Die weit über die Grenzen der DDR bekannte Bühne wollte auf Einladung der Bremerhavener DKP-Kreisorganisation mit einer Aufführung zum 125. Jahrestag des Kommunistischen Manifestes und des 90. Todestages von Karl Marx gastieren.

Umfangreicher Kulturaustausch

„Die Entscheidung der Sowjetregierung, dem Welturheberrechtsabkommen beizutreten, entspricht völlig ihrem beständigen, auf die Festigung des Friedens und die Entwicklung der kulturellen Beziehungen zwischen den Staaten gerichteten außenpolitischen Kurs“, erklärte Boris Stukalin, Vorsitzender des Staatlichen Komitees für Verlagswesen der UdSSR, auf einer internationalen Pressekonferenz in Moskau. Der Beitritt zur Urheberrechtskonvention tritt am 27. Mai dieses Jahres in Kraft. Die Teilnahme der UdSSR am System des Schutzes der Autorechte gestatten einen noch umfangreicheren Kulturaustausch zwischen den Völkern, unterstrich Stukalin. Ausländische Autoren haben jetzt dieselben Rechte wie sowjetische. Der Beitritt zur Konvention sichert gleichzeitig sowjetischen Autoren eine bessere Rechtsgrundlage bei Veröffentlichungen im Ausland.

CSU gegen Lehrlingstheater

In Abstimmung mit der Regierung von Oberbayern hat das bayerische Kultusministerium dem Münchner Theater der Jugend jegliche finanzielle Unterstützung gestrichen. Aktueller Anlaß war die Aufführung des Lehrlingsstückes „Stifte mit Köpfen“.

Schulklassen wurde der Besuch des Stükkes von Werner Geifrig untersagt.

Nürnberg: Progressives Kommunikationszentrum

Mit dem Klein-Theater am Kopernikusplatz in Nürnberg eröffnet der Schauspieler und Regisseur Horst W. Blome, der in den 60er Jahren in der fränkischen Metropole durch sein Links-Kabarett „Die Hintertreppe“ weithin Aufmerksamkeit provozierte, ein Kulturzentrum progressiver Orientierung. In dem Mini-Theater (hundert Plätze) sollen fortschrittliche in- und ausländische Stücke aufgeführt, Kinder- und Lehrlingstheater gemacht sowie Lesungen veranstaltet werden. Gleichzeitig ist geplant, im Theater, dem das Lokal „Destille“ angeschlossen ist, progressive Kunstwerke auszustellen sowie verschiedene Veranstaltungsreihen („Theater im Film“, „Theater auf der Schallplatte“) durchzuführen. Der Spielplan, der zusammen mit interessierten Künstlern erarbeitet wird, soll auch historische und moderne Beiträge des Arbeitertheaters aufnehmen. Das von Horst W. Blome geleitete Theater, an dem bisher die Schauspieler Linny Claudio, Helga Budowski, Heinz Herki und Alfred Prasser engagiert sind, wird getragen vom „Verein zur Förderung zeitgenössischen Theaters-Nürnberger Volksbühne e. V.“. Das „Theater am Kopernikusplatz“ öffnete seine Pforten am 6. April mit einer Solo-Inter-

pretation der „Dreigroschenoper“ von Gerhard Lenssen. Theaterleiter Horst W. Blome sucht zur Fortentwicklung seines progressiven Kulturzentrums Kontakt zu interessierten Kulturschaffenden (Adresse: „Theater am Kopernikusplatz“, 8500 Nürnberg, Brosamerstraße 12, Telefon: 0911/443770).

Spaß in Rot

Die populärsten linken Künstler der Bundesrepublik machen eine gemeinsame Anti-Schnulzen-Tournee — organisiert vom „pläne“-Verlag. Nicht ganz zufällig im Mai! Von der Bremer Stadthalle bis zum Münchener Zirkus Krone sind bereits jetzt die größten Hallen angemietet. „Spaß in Rot“ wird die Tournee des Jahres heißen, die durch mindestens 15 Großstädte führen wird.

Dafür, daß es die Tournee des Jahres wird, bürgen bereits die großen Namen aus der „linken Hitparade“. Fest zugesagt für „Spaß in Rot“ haben bisher

Dieter Süverkrüp, finger- und zugenfertigster Star unter den linken Liedermachern (und übrigens auch Mitbegründer des Verlag „pläne“),

Floh de Cologne, populärste, härteste und melstzensierte Polit-Rock-Band der BRD, Dietrich Klittner, kompromißloser Einzelkämpfer und Vollblutkabarettist, der immer noch kein Feigenblatt vor den Mund nimmt, Hanns Ernst Jäger, der bundesdeutsche Brecht- und Tucholsky-Interpret,

Klaus Lachmann, (noch) Geheimtip für Brecht-Fans

und Franz Xaver Kroetz, dem man nachsagt, er sei die Entdeckung unter den Jungen deutschen Dramatikern.



Leserpost

„Manches wirkt Plump“

Die neuen *rb* sind so interessant, daß ich gestern nachmittag erst wieder etwas anderes tun konnte, als ich sie gelesen hatte. Was mich und einige Freunde stört: Bei vielen Artikeln muß noch ein Schlußsatz hin, indem steht, wie gut der Spartakus ist und daß man sich unbedingt organisieren soll. Das ist zwar richtig, aber für Leute, die sich noch nicht organisiert haben, wirkt das plump, die Artikel sprechen für sich, ein dauernder Appell schrekt eher ab. Ansonsten, macht weiter so...

Brigitte Kübler,
Freiburg

Kommunistische Theologin?

Artikel: Für wen gilt das Grundgesetz?
(*rb* 10, S. 9)

In der Meldung aus Frankfurt lese ich: „Angesichts der massiven Proteste . . . vermochte die . . . Kirchenleitung . . . in dem Wahlengagement der kommunistischen Theologin . . .“

Dabei bereitet mir der Begriff der „kommunistischen Theologin“ Schwierigkeit. Insbesondere weil hier ohne die geringste

Die Redaktion der roten blätter freut sich über Leserzuschriften, bittet aber, die Briefe möglichst kurz zu halten. die Anschrift: MSB Spartakus, rote blätter, 53 Bonn 1, Postfach.

Erläuterung scheinbar davon ausgegangen wird, daß diese Wortkombination das Selbstverständliche ist. Vielleicht wäre es möglich, in einer der nächsten Ausgaben der *rb* auf diese Frage einmal näher einzugehen. Insbesondere scheinen sich mir folgende Probleme in diesem Zusammenhang zu stellen:

1. Der wissenschaftliche Sozialismus hat eine eindeutige Aussage über Funktion und gesellschaftliche Bedingungen der Religion getroffen. Das Bekenntnis zum wissenschaftlichen Sozialismus schließt die aktive Auseinandersetzung mit „theologischen Schrullen“ und idealistischer Philosophie ein.
2. Solite „Theologin“ eine Art Berufsbezeichnung darstellen, so sollte in diesem Zusammenhang zumindest auf die Problematik eines Kommunisten in diesem Berufsfeld eingegangen werden.

Helmut Wlenert
Göttingen

„Zu leicht gemacht“

Ich finde, daß Ihr Euch den theoretischen Teil der „*rb* 10“ etwas zu leicht gemacht habt, indem Ihr einfach einige Auszüge aus dem Vorwort des gemeinsamen Regierungsprogramms der KPF und SP nachgedruckt habt.

Ich könnte mir vorstellen, daß gerade wegen der Wichtigkeit und Lehren, die dieses Programm auch in der BRD für uns bietet, die innerverbandliche Diskussion darüber relativ stark ist. Darum wäre es m. E. Aufgabe des Artikels gewesen, diese Diskussion aufzunehmen und weiterzutreiben, denn der theoretische Teil unseres Organs sollte uns doch auch einen gewissen theoretischen Vorlauf geben. Für Interessierte, die das Vorwort des Programms schon gelesen haben, bleibt der Artikel jedoch hinter eigenen Überlegungen zurück. Mit solidarischen Grüßen

Werner Hennicke,
Hamburg

Das Sekretariat des Bundesvorstands des MSB Spartakus, mit ihm die Redaktion der roten blätter und facit e. V., sind umgezogen. Die neuen Büros befinden sich in Bonn, Poppelsdorfer Allee 58 a. Die Briefanschrift (Spartakus Bundesvorstand, 53 Bonn 1, Postfach) und die Telefonnummern (0 22 21/63 12 02-3) sind gleichgeblieben.

Die großen Möglichkeiten der Aktionseinheit

Sie fordern nach meinen langjährigen Erfahrungen als Gewerkschafter, Betriebs- und Personalrat mit Recht das Bündnis mit der Arbeiterklasse und ein gemeinsames Handeln von Arbeitern und Studenten, um die Demokratisierung von Hochschulen und Gesellschaft voranzutreiben. Nun besteht aber eine erhebliche Diskrepanz zwischen dem gesellschaftlichen Bewußtsein vieler Gewerkschaftsmitglieder und dem Bewußtsein, das Ihre Mitglieder darüber besitzen. Es ist nicht nur eine Frage der Praxis, dies so zu sehen, wie es ist, sondern auch eine Frage der Solidarität. Solidarische Hilfe muß darin bestehen, wenn sie diesen Namen verdienen soll, daß man sich uneingeschränkt an die Seite desjenigen stellt, der dieser Unterstützung im Kampf um seine demokratischen Rechte bedarf, ohne seinen Vorteilen und Mängeln mit vorgefaßten Urteilen zu begegnen. Ein solches Verhalten würde nicht Solidarität bedeuten, sondern Bevormundung beinhalten. Es würde damit ausgedrückt, daß eine sich ihrer selbst gesetzten Bewertung bewußte Minderheit, im Gefühl eine fortschrittliche, der „Wahrheit“ näher stehende Elite zu sein, sich anschickt, der überwiegenden Mehrheit ihre Auffassung von den Dingen unbedingt beibringen zu wollen. Ein Gefälle von oben nach unten entsteht zwischen sich für fortschrittlich Haltenden und vermeintlichen Hinterwäldlern. Anstatt einem brüderlichen Handeln von gleich zu gleich, wie es zur Solidarität gehört, wird so anstatt Hilfe Belehrung geboten. Wird dies Belehrung, da sie eben Bevormundung ist, nicht angenommen, so ist es für die sogenannten Fortschrittlichen aus mit der „Aktionsgemeinschaft“, da sie mit Dummen, Unbelehrbaren nichts zu tun haben wollen und sie ziehen sich in den Elfenbeinturm ihrer Besserwisserei zurück.

Sie tun dies aber nicht, bevor sie durch Ausnutzen von für sie zufällig günstigen Mehrheiten hier und da ihre eigenen Beschlüsse und Resolutionen durchdrücken, also durch „Umfunktionieren“. Solche Beschlüsse haben dann nur kurze Lebensdauer und dienen keineswegs dem ange strebten Fortschritt, da sie meistens jeder Entwicklung weit voraus eilen, oft nur von Wunschenken bestimmt sind, und vor allem die breite Mitgliedschaft sie gar nicht zu tragen bereit ist. Sie fördern damit nicht die Aktionseinheit, sondern sie stören, behindern sie und lähmen die Aktionen selbst.

Warum schreibe ich das nun? Ich möchte Sie bitten, diese Dinge immer so klar zu sehen, wie Sie es selbst auf Seite 60 Ihres Programmes beschreiben: „Jede Aktion

muß das Ziel haben, die gemeinsamen Interessen von Arbeitern und Studenten hervorzuheben. Verbale Kraftmeierei, sektererische Parolen und Aktionsformen bringen uns keinen Schritt weiter. Sie führen nur in die politische Isolierung. Wir müssen vielmehr anknüpfen an den Forderungen der Gewerkschaften und der Arbeiterjugendorganisationen.“ Bringt Sie dies immer wieder zum Ausdruck, sagen Sie es den Gewerkschaften selbst so oft wie möglich, daß Sie Mitglieder der Gewerkschaften sein wollen, wie jedes andere Mitglied dort auch, daß Sie von dem geübten Umfunktionieren der Ultras nichts halten, weil dies eben nicht funktioniert, daß sie wie diese in den Gewerkschaften keine Ersatzparteien sehen als Plattform zum selbstsüchtigen Handeln. Begegnen Sie so dem Mißtrauen, das oft genug einem solchen notwendigen Angebot auf Aktions-

Mitteilung der Redaktion

Unser Mann in Moskau

Die sowjetische Nachrichten-Agentur Nowosti hat der Redaktion der roten blätter angeboten, ihr einen ständigen Korrespondenten in Moskau zur Verfügung zu stellen. Wir möchten hiermit unsere Leser auffordern, uns ihre Themenwünsche für Berichte aus der UdSSR mitzutellen, die wir dann weiterleiten können. Die Redaktion dankt sich an dieser Stelle noch einmal recht herzlich bei den sowjetischen Genossen für das großzügige Angebot.

Inheit gegenüber mit Recht geäußert wird. Die Arbeitnehmerschaft, und insbesondere die Arbeiter unter ihnen, sind nicht bereit, sich Vorschriften, Belehrungen und einseitige Beschlüsse aufdrängen zu lassen. Sie sind gewillt, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen, selbst nach bestem Ermessen zu regeln im gemeinsamen Beschuß. Sie sind aber bereit, bessere Argumente zu hören, sie inhaltlich zu verarbeiten, um so aufgrund neuer Erkenntnisse zu in die Zukunft weisenden Beschlüssen zu kommen, denn auch ihr unverrückbares Ziel ist die Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft und des gemeinsamen Handelns von Arbeitern und Studenten auf vielen Ebenen aufgrund eines gemeinsamen Lernprozesses. Sie so zu verwirklichen, sollte unser gemeinsames Ziel sein.

Wie ich glaube, ist dies nicht nur meine persönliche Auffassung, sondern auch die Meinung vieler Kolleginnen und Kollegen in den Betriebsgruppen unserer Gewerkschaften.

Eduard Bäumer
Westberlin



Literatur im Klassenkampf

Beiträge zur sozialistischen Literatur aus der Weimarer Republik. 148 S., 6,— DM.
Arbeitsgespräch mit Prof. Alfred Klein

Alfred Klein / „Unsere Front“. Zur Entwicklung der sozialistischen Literaturbewegung in der Weimarer Republik.

Friedrich Albrecht / Deutsche Schriftsteller in der Entscheidung. Aus der Zeit der Weimarer Republik.

Friedrich Albrecht / „Ein Mensch unserer Zeit“. Der Weg Johannes R. Beckers zum Schriftsteller der Arbeiterklasse.

Alfred Klein / „Von unten auf“. Zur literaturgeschichtlichen Stellung der revolutionären Arbeiterschriftsteller.

Klaus Kändler / Drama und Klassenkampf. Zur Entwicklung der sozialistischen Dramatik in der Weimarer Republik.

Weltkreis-Verlags-GmbH, 46 Dortmund, Brüderweg 16

Mitbestimmen. Mehr Demokratie

in Politik und Gesellschaft. In Betrieben und Kasernen. In Schulen und Hochschulen.

Im Interesse der Mehrheit



Ich wünsche kostenlos und unverbindlich Probeexemplare der „tat“

Vorname und Name

PLZ und Wohnort

Straße

Beruf und Alter (dient nur zur Leseranalyse)

5 T 1 2 3 4 5 6 7 8

Fordern Sie Probe-Exemplare an!
Kostenlos und unverbindlich.

Es genügt, wenn Sie uns auf dieser Karte Ihre Anschrift mitteilen.

Vor- und Zuname

Beruf

Postleitzahl / Wohnort

Straße / Nr.

Ihre Investition:
30 Pfennige.
Ihr Gewinn:
die informative „tat“

POSTKARTE

An
„die tat“
Röderberg-Verlag

6 FRANKFURT/M.1

Schumannstraße 56

Postfach 4129

94

Werbeantwort

0,30 DM
die sich
lohnen

An die

DEUTSCHE VOLKSZEITUNG

4 Düsseldorf

Oststraße 154
Postfach 2726



Programm

für das
gemeinsame
Handeln
der Studenten

FÜR DIE EIGENEN
INTERESSEN
KÄMPFEN

MIT DER
ARBEITERKLASSE
VERBÜNDETEN

Einsenden an: MSB Spartakus 53 Bonn 1 Postfach

Ich bestelle Exemplare des Studenten-
aktionsprogramms zum Preis von mindestens
50 Pfennig

Name

Anschrift

.....

Hochschule